

Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

1 Präambel – dafür steht DIE LINKE

2 DIE LINKE steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir, demokratische
3 Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politi-
4 schen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer,
5 Alte und Junge, Alteingesessene und Zugewanderte, haben uns in einer neuen
6 linken Partei zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest,
7 dass eine bessere Welt möglich ist.

8 Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der
9 Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander
10 unterscheidbar sind.

11 Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein
12 Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozia-
13 ler Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten
14 können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesell-
15 schaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

16 Wir wollen die großartigen Ideen, die Visionen und schöpferischen Kräfte der Men-
17 schen für überzeugende politische Vorhaben nutzen, um Hunger und Armut zu
18 überwinden, um die Folgen des Klimawandels und der Umweltkatastrophen in den
19 Griff zu bekommen.

20 Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der Profitinteressen über die Lebensper-
21 spektive von Milliarden Menschen entscheiden und Ausbeutung, Kriege und Impe-
22 rialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden. Wo vor allem der
23 Profit regiert, bleibt wenig Raum für Demokratie. Die ungebändigte Freiheit der
24 Finanzkonzerne bedeutet Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen.

25 Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der
26 Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus,
27 Imperialismus und Militarismus. Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse
28 überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden
29 und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.

30 Wir wollen die neuen Möglichkeiten der Wissensaneignung, des kulturellen Aus-
31 tauschs und der Kommunikation für eine lebenswerte Zukunft nutzen. Rechts- und
32 Sozialstaatlichkeit wollen wir ausbauen, damit Frauen und Männer souverän über

33 ihre Arbeits- und Lebenszeit entscheiden können, Chancen der Beteiligung, der
34 Bildung, des sozialen Füreinander ergreifen können.

35 Grenzenloser Reichtum für die oberen Zehntausend, Entwürdigung für immer mehr
36 Arme und sinkender Wohlstand für die große Mehrheit sind nicht Ergebnis der
37 Internationalisierung von Produktion und Handel, sondern des globalen Kapitalis-
38 mus. Die Konsequenzen für Deutschland sind allgegenwärtig: ein wachsender
39 Niedriglohnsektor, Jobvernichtung, Abbau von sozialen Leistungen, verarmte
40 Kommunen, fehlende Ausbildungsplätze, soziale Bildungsprivilegien, Zwei-Klassen-
41 Medizin, alte Menschen in Armut oder ohne menschenwürdige Pflege. Die herr-
42 schende Politik hat sich den Interessen der Konzernchefs und Vermögensbesitzer
43 untergeordnet. Diese Agenda ist gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen
44 gerichtet. Wir setzen auf globale Kooperation statt auf das Recht des Stärkeren.
45 Eine Welt unter dem Diktat eines allmächtigen globalen Kapitalismus ist keine
46 erstrebenswerte Welt. Im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik müssen die Le-
47 bensbedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Menschen stehen.

48 Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir
49 setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Wi-
50 derstand entgegen. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern
51 und ringen um eine andere Politik. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit,
52 Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie
53 sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden.
54 Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit,
55 Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.

56 Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für
57 Freiheit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und
58 sozial ist, ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant.
59 Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, in Europa und weltweit,
60 mit Gewerkschaften und Bewegungen suchen wir nach alternativen Lösungen und
61 gesellschaftlichen Alternativen. Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen
62 Sozialismus aufbauen, in der die wechselseitige Anerkennung der Freiheit und
63 Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung
64 aller wird. Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu
65 einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus
66 überwindet.

67 In unserem Programm werden drei Grundideen verknüpft:

68 • Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch
69 sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens

70 und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesell-
71 schaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und
72 gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.

73 • Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt
74 der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-
75 ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten
76 Wachstums.

77 • Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatori-
78 scher Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische,
79 soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des de-
80 demokratischen Sozialismus entsteht.

81 DIE LINKE kämpft

82 • **für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung**, die die Marktsteuer-
83 ung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologi-
84 schen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss auf öffentlichem
85 und demokratisch kontrolliertem Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der ge-
86 sellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor be-
87 ruhen. Wir wollen eine demokratische Vergesellschaftung weiterer struktur-
88 bestimmender Bereiche auf der Grundlage von staatlichem, kommunalem, ge-
89 nossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum. Der privatwirtschaftliche
90 Sektor ist einer strikten Wettbewerbskontrolle zu unterwerfen. In allen Unter-
91 nehmen sind wirksame Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte zu sichern.

92 • **für einen sozial-ökologischen Umbau** in Richtung eines nachhaltigen, res-
93 sumbercensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Wir
94 brauchen eine regulierte, nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit mehr so-
95 zialer Gerechtigkeit. Wir wollen eine Energiewende auf der Basis von erneuer-
96 baren Energien ohne Atomkraft.

97 • **für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit**. Gute Arbeit für alle, aber
98 weniger Arbeit für die Einzelnen – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.
99 DIE LINKE steht für die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung,
100 für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und einen existenzsichernden, gesetzli-
101 chen Mindestlohn. Wir kämpfen gegen Billigjobs, Hungerlöhne und gegen den
102 Ersatz regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit oder Scheinselbstständigkeit.

103 • **für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern**.
104 Im Leben von Männern und Frauen soll genügend Zeit für die Erwerbsarbeit,
105 für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde, für politisches Engage-

106 ment, für individuelle Weiterbildung, Muße und Kultur sein. DIE LINKE tritt da-
107 für ein, dass alle Menschen mehr Entscheidungsspielraum darüber bekom-
108 men, wie sie ihre Lebenszeit verbringen. Das Eintreten für die Verfügung über
109 Zeit ist eine Antwort auf die Geschichte von Unterdrückung, Herrschaft über
110 Arbeit und Verfügung über andere.

111 • **für ein Leben in sozialer Sicherheit**, für eine sanktionsfreie, armutsfeste
112 Mindestsicherung und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss weg.
113 Jeder und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsange-
114 bote sanktionsfrei abzulehnen.

115 • **für eine armutsfeste gesetzliche Rente** für alle Erwerbstätigen, die paritätisch
116 von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird, den Lebensstandard
117 im Alter sichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der
118 Finanzmärkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die Millionen alte Menschen zu
119 einem Leben in Armut verdammt, ist unmenschlich. Bei Bedarf muss die ge-
120 setzliche Rente aus Steuermitteln auf eine armutsfeste, solidarische Mindest-
121 rente angehoben werden.

122 • **für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**, in
123 die alle Menschen nach Maßgabe ihrer Einkommen einzahlen und die im Be-
124 darfsfall alle medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Die me-
125 dizinische Versorgung darf keine Frage der persönlichen Brieftasche sein –
126 Ungleichbehandlung von Patienten lehnen wir ab.

127 • **für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe
128 über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung**. Bildung soll die
129 Grundlagen für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben, die aktive Teilhabe
130 an der Gesellschaft und demokratisches Engagement schaffen.

131 • **für kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der
132 Gesellschaft, für kulturelle Bildung von Anfang an**. Alle Menschen sollen
133 die Möglichkeit zu kulturellem Selbstausdruck und zur Teilnahme an der kultu-
134 rellen Kommunikation haben. Der Staat hat die Pflicht, Kultur zu schützen und
135 zu fördern.

136 • **für ein gerechtes Steuersystem**, das Gering- und Mittelverdiener entlastet,
137 Spitzenverdiener stärker belastet und große Vermögen, Erbschaften, Kapital-
138 erträge und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwe-
139 sens und zum sozial-ökologischen Umbau heranzieht. Wir wollen Einkommen
140 und Vermögen von oben nach unten umverteilen und die Finanzierung der öf-
141 fentlichen Leistungen sicherstellen und verbessern.

- 142 • **für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**, gegen die
143 Erpressungsmacht großer Konzerne, für ein Verbot von Spenden von Unter-
144 nehmen an Parteien und die Unvereinbarkeit von politischen und Wirtschafts-
145 mandaten, für mehr direkte Demokratie unter anderem in Form von Volksab-
146 stimmungen, für die Einklagbarkeit von Recht unabhängig vom eigenen Geld-
147beutel, für politische Streiks und Generalstreik als Kampfmittel der Beschäftig-
148ten, für den Ausbau der Bürgerrechte und die Demokratisierung aller Gesell-
149schaftsbereiche. Der Kapitalismus zerstört Demokratie durch Wirtschafts-
150macht. Deshalb sagen wir: Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des
151 demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung.
- 152 • **für die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung**, aufgrund des
153 Geschlechts, des Alters, der Religion, der ethnischen Herkunft, sexuellen Ori-
154 entierung und Identität oder aufgrund jedweder Behinderungen. Für DIE LIN-
155 KE ist gelebter Antifaschismus verbunden mit dem Kampf gegen Kriegstreibei-
156 rei, Antisemitismus, Rassismus und nationalen Dünkel.
- 157 • **für einen Neustart der Europäischen Union** als demokratische, soziale,
158 ökologische und Friedensunion, für den Vorrang sozialer Rechte vor den Bin-
159 nenmarktfreiheiten, für hohe und bessere europaweite Mindeststandards des
160 sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Vermögenssteu-
161 ern, für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und eine eu-
162 ropäische Wirtschaftsregierung. Eine EU, die vor allem auf Standortkonkur-
163 renz, Wettbewerb und Dumpingwettlauf und deren militärische Absicherung
164 setzt, diskreditiert die europäische Idee.
- 165 • **für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg**, für eine Welt
166 ohne Massenvernichtungswaffen und ein Verbot von Rüstungsexporten. Die
167 Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Ein-
168 satz im Inneren ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz
169 der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben. DIE
170 LINKE fordert die Achtung von Völkerrecht und Menschenrechten, eine Stär-
171 kung der zivilen Entwicklungsunterstützung und ein Ende der ökonomischen
172 Ausbeutung der Dritten Welt. **Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des**
173 **Problems.**

174 I. Woher wir kommen, wer wir sind

175 DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der
176 sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung

177 sowie aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an. Wir
178 bündeln politische Erfahrungen aus der Deutschen Demokratischen Republik und
179 der Bundesrepublik Deutschland.

180 Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit,
181 Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels.
182 Humanismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestim-
183 mend für die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung. Sie forderten die Ver-
184 wirklichung von Recht und Freiheit für alle Menschen. Doch erst die Befreiung
185 aus der Herrschaft des Kapitals und aus patriarchalen Verhältnissen verwirklicht
186 die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen.
187 Dies haben insbesondere Marx, Engels und Luxemburg gezeigt.

188 Im 19. Jahrhundert organisierten sich Arbeiterinnen und Arbeiter in Gewerkschaf-
189 ten. Sie setzten der Ausbeutung durch das Kapital Widerstand entgegen, um ihre
190 Interessen durchzusetzen. Sie kämpften für bessere Arbeits- und Lebensbedingun-
191 gen, für höhere Einkommen und Mitbestimmungsrechte. Sie bildeten Genossen-
192 schaften und Vereine, um Alltag und Freizeit solidarisch zu gestalten und Kultur-
193 und Bildungsansprüche zu verwirklichen. Mit der zunehmenden Politisierung der
194 Arbeitermilieus entwickelte die Arbeiterbewegung auch ihre politischen Interes-
195 senvertretungen. Diese wurden von der Staatsmacht mit Zuckerbrot und Peitsche,
196 mit Sozialreformen und Sozialistengesetz heftig bekämpft. Trotzdem wurde die
197 Sozialdemokratie an der Schwelle zum 20. Jahrhundert in Deutschland zu einer
198 mächtigen politischen und kulturellen Kraft, deren Traditionen uns Verpflichtung
199 sind. Anfang des 19. Jahrhunderts erstarkte die Frauenbewegung. Sie kämpfte
200 für die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung der
201 Frau und für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse auch im Privaten.
202 Wir beziehen uns auf politische Theorien der Frauenbewegung und des Femi-
203 nismus, die die Kritik an allen Herrschaftsverhältnissen, die Frauen unterdrü-
204 cken und benachteiligen, in den Mittelpunkt stellen und weltweit die Durchset-
205 zung der Menschenrechte für die Frauen und die Abschaffung jedweder Dis-
206 kriminierung aufgrund des Geschlechts fordern.

207 1914 spaltete die Haltung zum Krieg die deutsche Sozialdemokratie. Die SPD-
208 Führung befürwortete die Politik der nationalistischen Abgrenzung und stimmte
209 schließlich für den Krieg. Der europäische Zusammenhalt der Arbeiterschaft für
210 den Frieden wurde aufgegeben. Gegen diese verheerende Entwicklung der deut-
211 schen Sozialdemokratie leisteten neben vielen anderen Karl Liebknecht und Rosa
212 Luxemburg Widerstand, den sie mit ihrem Leben bezahlten. Die deutsche Revoluti-
213 on von 1918/19 war eine sozialdemokratische Revolution, die mit Hilfe der sozial-
214 demokratischen Führung niedergeschlagen wurde. Gegensätzliche Haltungen zur

215 Revolution in Deutschland und später auch zur Sowjetunion vertieften die Spaltung
216 der Arbeiterbewegung. Die USPD, die KPD und linkssozialistische Bewegungen
217 gehören heute ebenso zum historischen Erbe der LINKEN wie die Geschichte der
218 Sozialdemokratie.

219 Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich Deutschland bis Sommer 1919 in einem
220 blutigen Bürgerkrieg, der Tausende von Opfern forderte und große Bitterkeit hinter-
221 ließ. Die Konsequenzen waren dramatisch. Denn die Spaltung der Arbeiterbewe-
222 gung erleichterte den Aufstieg der deutschen Faschisten und verhinderte gemein-
223 samen Widerstand gegen ihre Machtübernahme. Das Ermächtigungsgesetz Hitlers
224 im Jahre 1933 beendete die Weimarer Demokratie. Der Widerstand von Kommu-
225 nistinnen und Kommunisten, von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, von
226 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, religiös engagierten Menschen und
227 anderen gegen die nun einsetzende faschistischen Barbarei wurde brutal unter-
228 drückt. Viele sind von den Nazis ermordet worden, andere saßen in den Gefängnis-
229 sen und Lagern oder befanden sich auf der Flucht. Der Kampf gegen antidemokra-
230 tische Positionen, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen die Unterdrü-
231 ckung von Arbeiterorganisationen und gegen Kriegstreiberei ist daher für uns mit
232 einem gelebten Antifaschismus verbunden.

233 Die Barbarei und der verbrecherische Krieg der deutschen Faschisten zerstörten
234 weite Teile Europas. Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Partisanen und
235 andere wurden systematisch ermordet. Bei der Zerschlagung des Faschismus
236 erbrachte die Sowjetunion die größten Opfer. Nach dem Krieg wurden unter dem
237 Einfluss der Siegermächte in Westeuropa bürgerliche Demokratien mit kapitalisti-
238 scher Wirtschaftsordnung und in Mittel- und Osteuropa Staaten mit sozialistischem
239 Anspruch aufgebaut.

240 Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdin-
241 nen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung
242 und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg
243 entgegentreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das
244 Existenzrecht Israels einzutreten. Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung
245 des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völker-
246 rechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen
247 Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.

248 Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ hatte in
249 den 50er Jahren nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland
250 eine große Ausstrahlung. Die Erfahrungen der vom deutschen Faschismus Verfolg-
251 ten prägten das ursprüngliche Asylrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik

252 Deutschland, das heute bis zur Unkenntlichkeit durchlöchert ist und das die LINKE
253 wiederherstellen will.

254 In Westdeutschland blieben, wie in anderen Ländern Westeuropas, sozialistische
255 Neuordnungsbestrebungen nach dem Krieg erfolglos. Der beginnende Kalte Krieg
256 diktierte die politische Entwicklung. Die Kommunistische Partei war in der 1949
257 gegründeten Bundesrepublik Deutschland schwach und zunehmender Repression
258 ausgesetzt, 1956 wurde die KPD verboten. So litten auch antifaschistische Wider-
259 standskämpferinnen und Widerstandskämpfer unter Repressionen wie erneuten
260 Verhaftungen und Berufsverboten. Die Entnazifizierung in der Gesellschaft blieb
261 hingegen weitgehend aus. Die SPD war während der "Adenauer-Ära" in der Opposi-
262 tion. Ab 1959 gab sie Zug um Zug ihre Vorstellungen einer über den Kapitalismus
263 hinausweisenden Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft auf.

264 Zu den Erfahrungen der Menschen in der Bundesrepublik gehörten zunehmender
265 gesellschaftlicher Wohlstand, an dem auch die unteren gesellschaftlichen Schich-
266 ten teilhatten, sowie eine parlamentarische Demokratie. Doch gleichzeitig bestan-
267 den autoritäre und obrigkeitstaatliche Strukturen fort. Seit den 60er Jahren ent-
268 wickelte sich eine gesellschaftskritische außerparlamentarische Opposition. Das
269 war eine Bewegung für mehr Demokratie und Solidarität, gegen autoritäre Tenden-
270 zen, für andere Lebensentwürfe, für mehr Selbstverwirklichung der Einzelnen,
271 gegen Bildungsprivilegien und gegen Medien- und Kapitalmacht.

272 Die Gewerkschaften setzten in harten Auseinandersetzungen Lohnsteigerungen,
273 Arbeitszeitverkürzungen und verbesserte sozialstaatliche Leistungen durch. Mehr
274 Demokratie sollte in Wirtschaft und Gesellschaft möglich sein. Die Erfahrungen
275 dieser Kämpfe zeigen allerdings auch, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft
276 die Demokratie an den Werkstufen, Büro- und Ladentüren endet. Ständige Ausei-
277 nandersetzungen sind notwendig, um die Achtung der Menschenwürde, akzeptable
278 Arbeitsbedingungen und das Recht auf Privatsphäre auch in den Betrieben zu ge-
279 währleisten.

280 Eine neue Frauenbewegung bildete sich, um gegen patriarchale, Frauen unterdrü-
281 ckende und benachteiligende Strukturen im Öffentlichen wie im Privaten zu kämp-
282 fen. Auf dem Weg zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse mit dem Ziel
283 einer geschlechtergerechten Gesellschaft erwies sich die Gleichstellung von Män-
284 nern und Frauen als ein wesentlicher Schritt.

285 Die Umweltbewegung entstand und setzte sich für eine naturverträgliche Produkti-
286 ons- und Lebensweise und gegen die Nutzung der Atomkraft ein. Internationalisti-
287 sche Gruppen unterstützten Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und
288 Asien und stritten für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit.

289 Die Friedensbewegung forderte Abrüstung und vor allem die Beseitigung von Mas-
290 senvernichtungswaffen. Sie unterstützte und prägte die Entspannungspolitik, der
291 es in den 70er und 80er Jahren gelang, die gefährliche Blockkonfrontation der
292 Nachkriegszeit aufzuweichen und so zu entschärfen. Trotz der von Gewerkschaften
293 in harten Auseinandersetzungen durchgesetzten Lohnsteigerungen, Arbeitszeitver-
294 kürzungen und verbesserten sozialstaatlichen Leistungen blieb durch die Not-
295 standsgesetze und eine repressive Innenpolitik im Zuge der Auseinandersetzung
296 mit der RAF die Erfüllung der Ansprüche der Demokratiebewegung auf halber Stre-
297 cke stehen.

298 Im Osten Deutschlands prägte der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte der
299 Menschen. Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besse-
300 ren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutsch-
301 land ein. Mit der Verstaatlichung der Großindustrie, Banken und Versicherungen
302 sowie der Bodenreform wurden Eigentumsverhältnisse geschaffen, die eine Aus-
303 richtung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf das Gemeinwohl und den Schutz der
304 Beschäftigten gegen Ausbeutung sichern sollten. Im April 1946 wurde die Sozialis-
305 tische Einheitspartei Deutschlands gegründet. Der Zusammenschluss von SPD und
306 KPD wurde mit dem gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus begründet.
307 Doch erfolgte er unter Druck. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten,
308 die ihm Widerstand entgegensetzten, wurden verfolgt. Die große Mehrheit der
309 Kommunistinnen und Kommunisten und zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der
310 SPD unterstützten jedoch die Vereinigung. Sie sollte eine Lehre aus Jahrzehnten
311 der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung sein.

312 Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung
313 von Erwerbslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weit-
314 gehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein
315 hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen
316 sowie in der Kultur sowie die Umstrukturierung der Landwirtschaft in genossen-
317 schaftliche und staatliche Betriebe. Das Prinzip „Von deutschem Boden darf nie
318 wieder Krieg ausgehen“ war Staatsraison. Auf der anderen Seite standen Erfahrun-
319 gen staatlicher Willkür und eingeschränkter Freiheiten, wie der Aufbau eines staat-
320 lichen Überwachungsapparates gegen die eigene Bevölkerung.

321 Wichtige Reformansätze wurden nach kurzer Zeit immer wieder autoritär abge-
322 würgt. Die Demokratie blieb auf der Strecke, und eine ökologische Orientierung
323 hatte wenig Chancen. Die Zentralisation der ökonomischen Entscheidungen und
324 die bürokratisierte Form der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie die
325 weitgehende Einschränkung betrieblicher Selbstständigkeit führten langfristig zu

326 einem Zurückbleiben der Innovations- und Leistungsfähigkeit. Damit sank die An-
327 ziehungskraft des ökonomischen Modells der DDR.

328 Es ist deutlich geworden: Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehr-
329 heit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteifüh-
330 rung autoritär gesteuert wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie
331 kein Sozialismus. Deshalb formulierten die Mitglieder der SED/PDS auf einem
332 außerordentlichen Parteitag im Herbst 1989: „Wir brechen unwiderruflich mit dem
333 Stalinismus als System“. Dieser Bruch mit dem Stalinismus gilt für DIE LINKE
334 ebenso. Die Geschichte der DDR, auch die der SED, auf den Stalinismus zu verkür-
335 zen, ist jedoch unhistorisch und unwahr. Auch in der DDR gab es in unterschiedli-
336 chen Etappen eine lebendige Sozialismus-Diskussion, eine reiche kulturelle und
337 geistige Landschaft, großartige Filme, Romane, bildende Künste, Musik und eine
338 engagierte Vermittlung von Kunst, Kultur, Bildung in die Bevölkerung. Der Bruch
339 mit dem Stalinismus betrifft nicht nur den Osten, sondern hat auch für den Westen
340 hohe Bedeutung. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind unver-
341 zichtbar.

342 Teile der Bürgerbewegung der DDR, darunter auch Reformerrinnen und Reformer
343 innerhalb der SED, setzten sich im Herbst 1989 für einen friedlichen, demokrati-
344 schen, sozialen und ökologischen Aufbruch und einen politischen Wandel zu einem
345 besseren Sozialismus ein. Doch 1990 scheiterte dieses Projekt. Es gelang ebenso
346 wenig, eine demokratische Neubegründung des vereinigten Deutschlands durchzu-
347 setzen. Aus dem demokratischen Aufbruch im Osten wurden ein bloßer Beitritt und
348 ein für viele Menschen schmerzlicher sozialer Absturz. Auf der einen Seite gab es
349 einen Zugewinn an demokratischen Rechten, individueller Freiheit, rechtsstaatli-
350 cher Sicherheit und internationaler Öffnung. Auf der anderen Seite einen wirt-
351 schaftlichen und sozialen Niedergang vieler ostdeutscher Regionen und die Aneig-
352 nung ostdeutschen Staatseigentums durch nationale und internationale Konzerne
353 mithilfe der Treuhandanstalt.

354 Im vereinten Deutschland wurden die Errungenschaften und Erfahrungen der Ost-
355 deutschen kaum genutzt. In einem schwierigen und selbstkritischen Prozess ging
356 aus der ehemaligen SED die Partei des Demokratischen Sozialismus hervor. Sie
357 behauptete sich als unabhängige Kraft und erstarkte, je mehr sie sich der konkre-
358 ten Probleme der Menschen vor Ort annahm und für demokratische Lösungen
359 stritt. Wesentlicher Bestandteil dieses Engagements war der Anspruch, Interessen
360 der Menschen in Ostdeutschland politisch zu vertreten. Ihre Versuche, Menschen
361 in Westdeutschland zu gewinnen, hatten jedoch nur geringe Erfolge.

362 Die Linke in Deutschland war lange Zeit in der Defensive. Sie war schwach und
363 marginalisiert, und wenn sie innerhalb der Sozialdemokratie politische Verände-
364 rungen anstrebte, waren die Handlungsmöglichkeiten sehr eng. Teile der Linken
365 setzten auf die Grünen oder kleinere sozialistische und kommunistische Organisa-
366 tionen. Viele der in Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen aktiven
367 Linken hatten keine Bindung zu einer Partei. Die in der zweiten Hälfte der 90er
368 Jahre entstehende globalisierungskritische Bewegung, die sich in zahlreichen in-
369 ternationalen Mobilisierungen und Gipfelprotesten widerspiegelte und die zugleich
370 den Raum für eine politische Kritik des Kapitalismus eröffnete, inspirierte und
371 ermutigte viele Linke in Deutschland.

372 Das Projekt "Rot-Grün", von vielen mit hohen Erwartungen begrüßt, enttäuschte ab
373 1999, da es soziale und ökologische Ziele den Interessen des Kapitals unterordne-
374 te und die Tür für internationale Kriegseinsätze deutscher Soldaten öffnete. In
375 rasantem Tempo wandten sich SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN von Grundsät-
376 zen sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und den Interessen der
377 Bevölkerungsmehrheit an einer friedlichen Welt ab. Das "Hartz IV"-Gesetz und die
378 Agenda 2010 führten zum endgültigen Bruch vieler sozial und links gesinnter Men-
379 schen mit SPD und Grünen und zur Entwicklung einer neuen politischen Kraft, der
380 Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG).

381 Im Jahr 2007 haben sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE
382 vereinigt. DIE LNKE ist Teil der 2004 gegründeten Partei der Europäischen Linken.
383 Wir laden alle Menschen ein, die eine andere Politik und eine bessere Welt wollen,
384 die für Freiheit und Gleichheit eintreten, für Emanzipation und soziale Gerechtig-
385 keit, für internationale Solidarität, Frieden und Ökologie, daran mitzuwirken.

386 Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System, zu
387 seinen Krisen und Ungerechtigkeiten: eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur,
388 die sich auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung
389 und Unterdrückung. Wir wollen sie gemeinsam erkämpfen.

390 II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation

391 Der Kapitalismus von heute ist räumlich und zeitlich entgrenzt, er hat sich die gan-
392 ze Welt untertan gemacht. Das Verhältnis zur Natur und fast alle menschlichen
393 Beziehungen werden zu Warenbeziehungen. Pflanzliche und menschliche Gene
394 werden patentiert, damit der Allgemeinheit entzogen, Saatgut ist nicht mehr frei
395 verfügbar, von dörflichen Brunnen bis zu den Metropolen wird Wasser privatisiert,
396 Mutterschaft wird zur Handelsware, Landraub zerstört ganze Gemeinschaften.

397 Nahrungsmittel werden zu Spekulationsobjekten an den Börsen, ausreichende und
398 gesunde Nahrung ist für Millionen Menschen nicht mehr erschwinglich, die Früchte
399 des Bodens landen darüber hinaus als Kraftstoff in den Tanks der Reicheren. Mul-
400 tinationale Konzerne bestimmen die Preise, bestimmen, was angebaut und geför-
401 dert wird, dominieren die Handelsketten. Sie üben maßgeblich Einfluss aus auf die
402 Welthandelsorganisation WTO, auf Weltbank und Internationalen Währungsfonds,
403 die die internationalen Handelsflüsse, die Wirtschafts- und Sozialpolitiken weltweit
404 bestimmen. Die Macht der multinationalen Konzerne muss begrenzt, einge-
405 schränkt und gebrochen werden. Land- und Bodenreformen stellen wichtige Schrit-
406 te zur Sicherung der Ernährungssouveränität und des Rechts auf Nahrung dar.
407 Unter diesen entfesselten kapitalistischen Bedingungen schlagen immer rascher
408 und weitreichender Produktivkräfte in Destruktivkräfte um. Zugleich werden Ar-
409 beitsplätze vernichtet, Wohlstand wird zerstört und an der Natur Raubbau betrie-
410 ben. Auch Kriege werden in Kauf genommen, wenn auf diese Weise Profite gesteigert
411 und gesichert werden können. Kriege werden auch unter dem Deckmantel der
412 humanitären Hilfe geführt.

413 Der Kapitalismus hat in den Jahrhunderten seiner Existenz unermesslichen Reich-
414 tum hervorgebracht und in vielen Ländern den Wohlstand großer Teile der Bevölke-
415 rung erhöht. Zugleich bleiben Milliarden Menschen von diesem Reichtum ausge-
416 schlossen. Die soziale Ungleichheit ist größer geworden, die Kluft zwischen Armut
417 und Reichtum klafft immer weiter auseinander. Das gilt national und erst recht
418 international. Die Krisen der kapitalistischen Marktwirtschaft haben Massen-
419 erwerbslosigkeit und Einkommensverluste zur Folge. Zwar hat der Kapitalismus die
420 technologischen Voraussetzungen geschaffen, um Armut für immer zu überwinden.
421 Doch er zementiert eine Weltordnung, in der alle fünf Sekunden ein Kind verhun-
422 gert und mehr als eine Milliarde Menschen zu wenig zu essen und keinen Zugang
423 zu sauberem Trinkwasser haben.

424 Auch in der westeuropäischen Nachkriegsentwicklung lässt sich diese Wider-
425 sprüchlichkeit finden. Die Idee einer "sozialen Marktwirtschaft" war eine Antwort
426 auf den Schock von Krise, Faschismus und Krieg und resultierte daher aus den
427 Erfahrungen mit einem entfesselten barbarischen Kapitalismus. Sie war die Ant-
428 wort auf die Kämpfe starker Gewerkschaften, antikapitalistischer Bewegungen und
429 sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien. Auch die
430 Existenz des "sozialistischen Lagers" war eine Herausforderung, auf die mit sozial-
431 staatlichen Zugeständnissen reagiert wurde. Soziale Sicherungssysteme wurden
432 ausgebaut, demokratische Rechte ausgeweitet, der Wohlstand stieg. Mit dem
433 Wegfall der Systemkonkurrenz hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und
434 Kapital zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten verändert.

435 Die "soziale Marktwirtschaft" stellte einen Kompromiss zwischen Lohnarbeit und
436 Kapital dar, der die Herrschaft des Kapitals nicht in Frage stellte. Das Modell funk-
437 tionierte, solange schnelle Produktivitätsfortschritte und hohe Wachstumsraten die
438 Profite der großen Unternehmen stabilisierten und starke gewerkschaftliche und
439 demokratische Gegenmächte existierten. Der Kompromiss zwischen Lohnarbeit
440 und Kapital beseitigte weder den Raubbau an der Natur noch die patriarchalen
441 Verhältnisse im Öffentlichen und Privaten.

442 Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre markiert das Ende dieser "goldenen Jahre"
443 hohen Wachstums. Der Kapitalismus kehrte zu seiner Normalität zurück, ein-
444 schließlich periodisch auftretender Krisen- und Stagnationsphasen. Die Zahl der
445 aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten stieg und verfestigte sich zu struktureller
446 Massenerwerbslosigkeit. Die gewonnene wachsende Individualität vieler Menschen
447 wurde zunehmend zu Individualismus in der Konkurrenz gegeneinander. Mit wach-
448 senden Erwerbslosenzahlen und schwächer werdenden Gewerkschaften und politi-
449 schen Gegenkräften wurden die Ansprüche der Kapitaleigner wieder aggressiver.
450 Sie wurden untermauert durch die wachsende Macht der Konzerne, deren Erpres-
451 sungs potenzial durch zunehmende Aktivitäten auf dem internationalen Markt stark
452 gestiegen war. Sie konnten die Politik "ins Schlepptau" nehmen, und die hat es mit
453 sich geschehen lassen.

454 **Patriarchale Unterdrückung und Arbeitsteilung**

455 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts finden wir eine Gesellschaft vor, in der einige We-
456 nige sich auf Kosten Vieler bereichern, in der Wenige über das Leben und die Zeit
457 der Vielen bestimmen, in der die Jagd nach Profit alle Lebensbereiche erfasst hat
458 und in der Frauen noch immer unter alten Unterdrückungsverhältnissen leben. Die
459 Grundlagen dieser Verhältnisse, die Fundamente von Kapitalismus und Patriarchat
460 beginnen mit der Geschichte der Arbeit und ihrer Verteilung.

461 Mit zunehmender Teilung der Arbeit konnte effektiver und mehr produziert werden
462 und umgekehrt, die gestiegene Produktivität ermöglichte weitere Arbeitsteilung:
463 Eine entscheidende Arbeitsteilung war die der Teilung in „Frauen-“ und „Männerar-
464 beit“. Dabei wurden Männer in Produktionen tätig, in denen der technische Fort-
465 schritt vorangetrieben wurde, die zunehmend außerhalb in eigenen Produkti-
466 onsstätten erfolgten und Einkommen ermöglichten, während Frauen die Arbeiten
467 rund ums Haus und die Verantwortung für die Sorge und Pflege aller Familienmit-
468 glieder zugewiesen wurden, also Arbeiten ohne Einkommen. Bis heute erfährt die
469 traditionelle „Männerarbeit“ eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung, während

470 Arbeit, die traditionell als „Frauenarbeit“ gilt, weniger geschätzt und gar nicht oder
471 schlechter entlohnt wird.

472 Mit zunehmender Produktivität wurde es möglich, eine immer größere Zahl von
473 Menschen von der Gemeinschaft mit zu versorgen. Zugleich aber gelang es einem
474 Teil, sich die Arbeit anderer nutzbar zu machen, über deren Zeit zu verfügen, ihnen
475 Tätigkeiten vorzuschreiben und somit Klassen- und Herrschaftsverhältnisse zu
476 begründen. Diese hierarchische Arbeitsteilung wurde zur Voraussetzung der Un-
477 terdrückung der Frauen. Mit der arbeitsteiligen Familie wurden Frauen und Kinder
478 Eigentum des Mannes, der über die Arbeitskraft und den Körper der Frau verfügte.
479 Bis heute sind Eigentums- und Klassenverhältnisse eng mit der patriarchalen Fami-
480 lie verwoben.

481 Patriarchale Unterdrückung gab es lange vor der Einführung kapitalistischer Pro-
482 duktion. Doch auch im Kapitalismus ist die Unterdrückung der Frau, das Machtge-
483 fälle zwischen den Geschlechtern in den ökonomischen, gesellschaftlichen und
484 kulturellen Strukturen fest verankert und wird zur Sicherung der Verhältnisse ge-
485 nutzt. Die erfolgreiche Verbreitung des Kapitalismus in alle Lebensbereiche und
486 alle Winkel der Erde gelingt, indem tradierte Produktionsweisen und bisher nicht
487 kapitalistisch organisierte Bereiche verdrängt oder kapitalistisch übernommen
488 werden. In der Phase der Industrialisierung wurde die Arbeitskraft der Frauen so
489 massiv ausgenutzt, dass schließlich sogar die Reproduktion der nächsten Genera-
490 tion gefährdet war. In der nachfolgenden Phase wurden Frauen für die Wiederher-
491 stellung der Arbeitskraft des Familienernährers und der Erziehung der nächsten
492 Generation zuständig, während Männern der Erwerbsbereich zugeordnet wurde, im
493 Gegenzug für ein Einkommen, das die ganze Familie ernähren sollte, aber oft nicht
494 ausreichte.

495 Bis heute leisten Frauen den Großteil der Haus- und Familienarbeit. Die westdeut-
496 sche Nachkriegsordnung war geprägt vom Ideal der Hausfrauenehe, die bis heute
497 steuerlich begünstigt wird. Frauen waren in der Erwerbsarbeit gar nicht, oder bes-
498 tenfalls in der Rolle der „Zuverdienerin“ vorgesehen, die ökonomisch vom „Fami-
499 lienernährer“ abhängig blieb. In der DDR waren Frauen im hohen Maße in die Er-
500 werbsarbeit integriert, häufig auch in traditionellen „Männerberufen“ mit gleichem
501 Lohn für gleiche Arbeit. Es gab einerseits eine deutlich besserer Infrastruktur und
502 eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Andererseits waren je-
503 doch Haus- und Familienarbeiten grundsätzlich nicht anders verteilt. Zahlreiche
504 Frauen hatten Leitungsfunktionen inne, in den höchsten Führungsgremien waren
505 sie jedoch nicht angemessen vertreten. Bis heute sind Frauen in deutlich größerer
506 Zahl in prekärer Beschäftigung, zu niedrigeren Löhnen und in Teilzeit erwerbstätig.

507 **Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse**

508 Die kapitalistische Produktion findet statt als Warenproduktion und setzt die be-
509 ständige Reproduktion der in ihr beschäftigten Arbeitskräfte voraus. In der Produk-
510 tion der Güter und Lebensmittel findet eine rasante Entwicklung der Produktivkräf-
511 te statt, wird ein Überschuss produziert und damit die Grundlage für die menschli-
512 che und gesellschaftliche Entwicklung gelegt. Die alte Geschlechteraufstellung
513 wirkt weiter in der Organisation der Reproduktionsarbeiten. Im Bereich der Arbeit
514 am Menschen, Erziehung, Gesundheit, Ernährung, Pflege sind vor allem Frauen
515 tätig, un- und unterbezahlt und oft geringer geschätzt. In dieser Rolle werden Frau-
516 en zu einer gesellschaftlich unbedeutenden Randgröße ohne öffentlichen Einfluss.

517 Die geschlechtsspezifische Teilung der gesellschaftlichen Arbeitsbereiche sowie
518 ihre hierarchische Anordnung haben bis heute die gesellschaftliche Unterdrückung
519 der Frauen zur Folge. Berufssparten, in denen überwiegend Frauen tätig sind, wei-
520 sen in der Regel ein geringeres Lohnniveau auf. Unternehmen profitieren von der
521 Frauenunterdrückung, indem sie Frauen zu niedrigen Löhnen beschäftigen. Frauen
522 leisten zusätzlich zur Erwerbsarbeit eine ungeheure Anzahl von unbezahlten Stun-
523 den Arbeit pro Jahr in den Familien, in deutlich größeren Umfang als ihre Männer.

524 Übersehen wird gern, dass die bezahlten und unbezahlten Arbeiten für die Betreu-
525 ung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen sowie die Hausarbeit von
526 elementarer Bedeutung sind für das Funktionieren der kapitalistischen Gesell-
527 schaft und für gesellschaftlichen Wohlstand. Deshalb versteht sich DIE LINKE als
528 sozialistische und feministische Partei, die patriarchale und kapitalistische Ver-
529 hältnisse überwinden will.

530 **Geschlechterverhältnisse im Umbruch**

531 In all dieser Zeit haben Frauen für ihre Rechte gekämpft: Suffragetten erstritten
532 das Frauenwahlrecht. Die proletarische Frauenbewegung setzte sich für die Rechte
533 der Arbeiterinnen ein. Ebenso wie die bürgerliche Frauenbewegung kämpfte sie um
534 die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Nach 1968 kämpfte die
535 neue Frauenbewegung für umfassende gesellschaftliche Emanzipation. Im Ergebnis
536 kann die Frauenbewegung als eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen gel-
537 ten. Frauen haben die Grenzen des angeblichen Frauenortes Haushalt gesprengt,
538 sie haben sich das Recht auf Bildung, auf eine eigenständige berufliche Entwick-
539 lung und auf ökonomische Unabhängigkeit von ihren Männern erkämpft. Frauen
540 können ihre Sexualität freier leben und die Familienplanung unabhängiger gestal-
541 ten. Mädchen von heute haben eine viel bessere Bildung als ihre Groß- und Ur-
542 großmütter, sie können studieren, Karriere machen, „Männerberufe“ erlernen.

543 Mittlerweile ist die Mehrheit der Frauen erwerbstätig, doch ein großer Teil von
544 ihnen hat lediglich eine Teilzeitstelle, die nicht ihre Existenz sichert und die sie
545 häufig unfreiwillig akzeptieren müssen. In Deutschland verdienen Frauen über 20%
546 weniger als Männer. Sie tragen die Doppelbelastung von Beruf und Familie fast
547 alleine. Wenn sie Erfolg haben wollen, müssen sie sich einer männlich geprägten
548 Welt anpassen. In Führungspositionen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
549 sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Steuer- und Sozialrecht sind
550 noch immer auf die traditionelle Alleinernterfamilie zugeschnitten. Das Patriar-
551 chat formt die symbolische Ordnung in Sprache, Kultur, Körperlichkeit und Politik.
552 Noch immer werden Frauen Opfer von Vergewaltigung und häuslicher Gewalt.
553 Frauen mit Behinderung sind nach wie vor doppelt diskriminiert.

554 Die traditionelle bürgerliche Kleinfamilie mit dem berufstätigen Ehemann und der
555 abhängigen Hausfrau verliert an Bedeutung und wird zunehmend in Frage gestellt,
556 da die Herausbildung neuer Produktionsweisen neue flexible Lebensweisen der
557 Menschen mit sich bringt. Der alte Geschlechtervertrag des fordistischen Kapita-
558 lismus zwischen männlichem Ernährer und Hausfrau ist aufgekündigt. Das hat
559 Frauen viele neue Freiheiten und häufig ökonomische Unabhängigkeit von ihren
560 Männern beschert. Doch die neoliberale Deregulierung belastet mit den Anforde-
561 rungen nach Flexibilität, der Unfreiheit durch prekäre und unstetige Arbeitsbedin-
562 gungen, Doppel- und Überbelastung. Während in den Industrieländern immer mehr
563 Frauen erwerbstätig sind, geht der Anteil der Haus- und Familienarbeit, den Män-
564 ner übernehmen, weit hinter den der Frauen zurück. Häufig werden Frauen mit
565 schlechten Berufschancen oder Migrantinnen zu schlechten Löhnen und prekären
566 Bedingungen für solche Arbeiten beschäftigt. Dies führt zu neuen Ungleichheiten
567 unter Frauen. Von wirklicher Emanzipation sind wir weit entfernt.

568 In dieser Lage reichen alle Forderungen nach Gleichstellung, nach alternativen
569 Familienmodellen, nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht aus. Mehrfach-
570 belastung darf nicht individualisiert werden. Die Schwierigkeit der Vereinbarkeit
571 von Beruf und Familie hat gesellschaftliche und ökonomische Ursachen.

572 **Deutschland – eine Klassengesellschaft**

573 Deutschland ist eine Klassengesellschaft. Die Produktion von Waren und Dienst-
574 leistungen findet überwiegend in privaten Unternehmen mit dem Ziel statt, mög-
575 lichst hohe Gewinne zu erzielen. Die große Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet
576 als abhängig Beschäftigte. Sie erhalten nur einen Teil der von ihnen geschaffenen
577 Werte als Lohn, den Überschuss eignen sich die Kapitaleigner an. Diese bestim-
578 men über seine Verwendung, über die Investitionen und somit über die wirtschaft-

579 liche Entwicklung und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Die
580 wirtschaftliche und die gesellschaftliche Entwicklung werden ebenso wie das
581 Staatshandeln und die Politik entscheidend von den Interessen des Kapitals be-
582 stimmt. Die Lebens- und Bildungschancen der Menschen hängen in hohem Maße
583 von ihrer Klassenlage und sozialen Herkunft ab.

584 Die Struktur der Arbeiterklasse hat sich im Laufe der Entwicklung erheblich verän-
585 dert. Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie und den großen Unternehmen
586 sinkt, immer mehr Menschen arbeiten in Dienstleistungsbereichen und kleinen und
587 mittleren Unternehmen. Auch die Tätigkeiten und Arbeitsinhalte haben sich verän-
588 dert. So ist der Anteil der manuellen und körperlichen Arbeit zurückgegangen,
589 während der Anteil der geistigen, überwachenden und planenden Tätigkeiten zu-
590 genommen hat. Die Unterschiede von Arbeitern und Angestellten sind schwächer
591 geworden. Dabei haben sich zum Teil auch die Spielräume für eigenverantwortliche
592 Tätigkeit erweitert.

593 Auch die Arbeitsverhältnisse haben sich verändert. Der Anteil der regulären Voll-
594 zeitbeschäftigung geht zurück. Immer mehr Arbeitsplätze werden nur noch befris-
595 tet besetzt, in Leiharbeitsplätze umgewandelt oder in mehrere Minijobs aufgespal-
596 ten. Der Anteil der Beschäftigten, die durch Tarifverträge geschützt sind, hat abge-
597 nommen. Die Zahl der im Niedriglohnsektor Beschäftigten weitet sich aus. Die
598 prekäre Arbeit nimmt zu. Auf der anderen Seite sind auch vermehrt selbstständige
599 Tätigkeiten entstanden. Dabei handelt es sich aber nicht immer um wirkliche und
600 freiwillige Selbstständigkeit, sondern oft um erzwungene und Schein-
601 Selbstständigkeit mit geringer Bezahlung und wirtschaftlicher Unsicherheit.

602 Am schlechtesten ist die Lage der Erwerbslosen, insbesondere, wenn sie schon
603 längere Zeit ohne Erwerbsarbeit sind und kaum noch Chancen auf gute Arbeit
604 haben. Sie sind zunehmend Armut, Repression und Ausgrenzung ausgesetzt.

605 Auch wenn die Arbeitsverhältnisse und Tätigkeiten sehr differenziert sind, so ergibt
606 sich doch die gemeinsame Klassenlage aus dem allgemeinen Charakter der Lohn-
607 arbeit mit ihrer Abhängigkeit vom Kapital. Die Lohnabhängigen haben das gemein-
608 same Interesse, ihre Einkommen, Arbeitsbedingungen und ihre soziale Absiche-
609 rung durch betriebliche, tarifliche und gesetzliche Regelungen zu verbessern und
610 so die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung zu beschränken.

611 Frauen unterliegen zudem der Unterdrückung durch patriarchale Strukturen. Die
612 Unterdrückung der Frau und das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern sind in
613 Wirtschaft und Gesellschaft fest verankert. Die Geschlechterverhältnisse sind
614 Bestandteil der Produktionsverhältnisse und drücken sich insbesondere in der

615 Organisation der Reproduktion aus. Frauen wird die Hauptverantwortung für die
616 Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen aufgebürdet.

617 Aus der gemeinsamen Klassenlage ergibt sich nicht unmittelbar auch eine gemein-
618 same Interessenvertretung oder gar ein Klassenbewusstsein. Dies wird insbeson-
619 dere durch die Differenziertheit der Arbeits- und Lebensverhältnisse erschwert.
620 Unterschiede im Einkommen, der beruflichen Stellung, der Qualifikationen, familiä-
621 re Herkunft und verschiedene Migrationshintergründe prägen die verschiedenen
622 Milieus der Lohnabhängigen. Dies führt, zusammen mit religiösen und politischen
623 Traditionen, zu unterschiedlichen Wertorientierungen und politischen Einstellun-
624 gen innerhalb der Arbeiterklasse. Unter dem Druck der Massenerwerbslosigkeit
625 wird die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen verstärkt. Ein gemeinsames Be-
626 wusstsein und eine gemeinsame Interessenvertretung bilden sich am stärksten in
627 den sozialen Auseinandersetzungen heraus.

628 Auf der anderen Seite ist aber auch die Klasse der Kapitalisten keineswegs homo-
629 gen. Kapital als Eigentum und Kapital als Funktion sind häufig getrennt, so dass
630 zwischen Kapitaleignern und ihren Beauftragten, dem Management, zu unterschei-
631 den ist. Dieser unterschiedlichen Stellung können auch unterschiedliche Interes-
632 sen entsprechen. Zu unterscheiden ist weiter zwischen Unternehmern, die Funkti-
633 onen im Wertschöpfungsprozess wahrnehmen, und reinen Finanzkapitalisten.

634 Neben großen Kapitalbesitzern und Finanzmagnaten gibt es aber auch viele kleine
635 und mittlere Unternehmer und Freiberufler, die nicht durchweg von der Ausbeu-
636 tung fremder Arbeit leben. Sie leiden zum Teil selbst unter der Übermacht des
637 großen Kapitals. Sie haben daher unterschiedliche Interessen und weisen durch-
638 aus auch Gemeinsamkeiten mit der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung auf.

639 **Die neoliberale Wende – Umverteilung und Spekulation**

640 Die neoliberale Wende seit den 70er Jahren diente vor allem dem Ziel, die Profitra-
641 te der großen Konzerne nach oben zu treiben. Zentrale Mittel zu diesem Ziel waren
642 die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die politische Schwächung der Gewerk-
643 schaften, um das Lohnniveau zu drücken. Demokratische und soziale Rechte sowie
644 Leistungen wurden abgebaut und Steuern auf Gewinne und Kapital gesenkt, um
645 die Unternehmen zu entlasten und ihre Flexibilität zu erhöhen. Umfassende Privati-
646 sierungen zuvor öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen sowie sozialer
647 Sicherungen eröffneten dem Kapital zusätzliche profitable Anlagesphären. Die
648 herrschende Klasse versucht, sich den mit technologischen Umwälzungen weiter
649 wachsenden gesellschaftlichen Reichtum als Zuwachs ihres privaten Vermögens
650 und ihrer Macht anzueignen.

651 Die neoliberale Ausrichtung wurde mit dem Zusammenbruch des Währungssys-
652 tems der Nachkriegszeit und der Aufgabe regulierter fixer Wechselkurse zu Beginn
653 der 70er Jahre eingeleitet. Zunächst wurden die Währungsmärkte und im An-
654 schluss daran die globalen Finanzmärkte mehr und mehr liberalisiert. Die Liberali-
655 sierungen der Finanzmärkte wurden entscheidend mit über die EU vorangetrieben.
656 Mit den EU-Verträgen – vom Maastrichter bis hin zum Vertrag von Lissabon – und
657 den EU-Richtlinien zur Liberalisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge
658 wurde die neoliberale Politik der Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung,
659 u.a. durch die Ausrichtung auf eine „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbe-
660 werb“ zementiert. Die Entwicklungsländer wurden zur Öffnung ihrer Volkswirt-
661 schaften, zum Abbau von Kapitalverkehrskontrollen, zur Beschränkung von Sozial-
662 ausgaben und zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen. Viele wurden zum
663 Abbau von Schutzmechanismen für die eigene Landwirtschaft und zum Aufbau
664 agrarischer Exportproduktionen genötigt – mit der Folge des Verlustes ihrer Ernäh-
665 rungssouveränität. Der neoliberale Siegeszug fand seinen Höhepunkt mit dem
666 Übergang zu kapitalistischen Marktwirtschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa
667 und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

668 Im Ergebnis haben die Nationalstaaten die Bildung wichtiger Preise auf den Welt-
669 märkten, wie Wechselkurse und Zinsen, aus der Hand gegeben und der Spekulation
670 von Banken und Devisenhändlern überlassen. Der globale Kapitalkreislauf be-
671 trägt heute ein Vielfaches des Weltsozialprodukts. Plötzliche Richtungsänderungen
672 der Kapitalströme können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen. Mit der
673 Deregulierung der Finanzmärkte wurde aber nicht nur ein zusätzlicher Faktor der
674 Instabilität erzeugt. Die deregulierten Finanzmärkte eröffneten zugleich ein weites
675 Feld spekulativer Profiterzielung, auf das sich wachsende Teile der wirtschaftlichen
676 Aktivität im globalen Kapitalismus konzentrieren.

677 Auch die Europäische Union, deren Gründung einst dazu beigetragen hatte, den
678 Frieden in Europa zu sichern, entwickelte sich zunehmend zu einem Motor der
679 neoliberalen Umgestaltung. Städte, Regionen und Länder konkurrieren auf einem
680 gemeinsamen Binnenmarkt mit möglichst niedrigen Steuersätzen, laschen Um-
681 weltauflagen, mit niedrigen Löhnen und Sozialabgaben. Die Standortkonkurrenz
682 führt zu einem Dumpingwettlauf mit verheerenden Auswirkungen nicht zuletzt auf
683 die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Damit waren die Absenkung der
684 Staatsquote, umfassende Privatisierungen und eine allmähliche Zerstörung der
685 Sozialsysteme der Mitgliedstaaten vorgezeichnet. Ganze Volkswirtschaften in der
686 EU drohen zu kollabieren. Insbesondere die deutsche Sozial- und Lohndumpingpo-
687 litik, aber auch die Ausplünderung der Volkswirtschaften durch die Banken tragen
688 dafür die Verantwortung.

689 **Finanzblase und soziale Spaltung**

690 Der neoliberale Kapitalismus führt dazu, dass sich über einer Realwirtschaft mit
691 schwachen Wachstumsraten eine gewaltige Finanzblase aus Geldvermögen und
692 Schulden aufbläht. Steigende Gewinne und die Umverteilung der Einkommen zu-
693 gunsten von Kapitalbesitzern und Besserverdienenden bewirken einen riesigen
694 Überschuss an weltweit anlagensuchendem Kapital. Zusätzlich verstärkt wird dies
695 durch weltweite Privatisierungstendenzen in der Altersvorsorge und weiteren sozia-
696 len Sicherungssystemen.

697 Zugleich verschärfen die Abkoppelung der Löhne von der Entwicklung der Produk-
698 tivität und sinkende Sozialeinkommen das Problem industrieller Überkapazitäten
699 und entmutigen reale Investitionen. Eine Ökonomie der Enteignung macht Mehr-
700 heiten ärmer, um die Reichen reicher zu machen. Dass wir in einer Klassengesell-
701 schaft leben, lässt sich an der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen
702 und Vermögen ablesen.

703 Drei Jahrzehnte Wirtschaftswachstum sind nicht nur in Deutschland, sondern
704 weltweit an vielen Menschen vorbeigegangen. Zwar eröffneten sich in den Entwick-
705 lungsländern für Millionen Menschen, insbesondere für Frauen, Möglichkeiten der
706 Erwerbsarbeit und damit der Emanzipation. Doch zugleich wurden sie neuen kapi-
707 talistischen Zwängen unterworfen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und natürli-
708 che Lebensräume wurden zerstört. Die Lebensverhältnisse von Niedrigverdienern
709 und Erwerbslosen, kleinen Selbstständigen und Kreativen in den Industrieländern
710 haben sich wesentlich verschlechtert. Viele wissen nicht mehr, wie sie ihr tägliches
711 Leben und das ihrer Kinder finanzieren sollen. Viele junge Menschen sind von
712 umfassender Bildung und Qualifikation ausgeschlossen. Inzwischen gehören in-
713 formelle und prekäre, unterbezahlte und sozial ungesicherte Arbeit zur Normalität.
714 Mehr Eigenverantwortung und Kreativität in der Arbeit hat sich für viele unter die-
715 sem Druck mit verstärkter Auslieferung und Selbstanpassung an Unterordnungs-
716 und Herrschaftsverhältnisse verbunden; die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit
717 verschwimmen, und die persönlichen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse
718 insgesamt sind immer stärker eigennützigem Gewinnstreben und maximierten
719 Renditeerwartungen unterworfen.

720 Die neoliberale Politik hat keines ihrer Versprechen eingelöst. Statt für mehr Leis-
721 tungsgerechtigkeit steht sie für eine rabiate Umverteilung zu Lasten der Arbeit-
722 enden und zum Vorteil leistungsloser Zins- und Dividendeneinkommen. Mehr Eigen-
723 verantwortung statt Sozialstaat hat zu mehr Ausgrenzung und Armut geführt. Nicht
724 mehr Wettbewerb, sondern eine beispiellose Konzentration von Wirtschaftsmacht
725 ist die Folge.

726 Um die Nachfrage trotz der Angriffe auf die Masseneinkommen zu steigern, wur-
727 den in den USA, aber auch in anderen Ländern Rahmenbedingungen für eine ex-
728 zessive Konsumentenverschuldung geschaffen. Das amerikanische Modell, sin-
729 kende Löhne durch steigende Schulden auszugleichen, war zugleich die Vorausset-
730 zung für die riesigen Exportüberschüsse anderer Länder, so der Bundesrepublik
731 Deutschland. Auch die steigende Verschuldung des US-Staates zur Finanzierung
732 von Rüstung und Kriegen hat zum Aufblähen der Finanzblase beigetragen.

733 In den großen Wirtschaftskonzernen selbst haben schuldenfinanzierte Übernahmen
734 und Aktienrückkaufprogramme zur Steigerung der kurzfristigen Rendite zuneh-
735 mend reale Investitionen in neue Anlagen und Technologien sowie innovative For-
736 schung und Entwicklung verdrängt. Großanleger und Finanzinvestoren nötigen
737 Unternehmen, in deren Aktien sie oft nur für kurze Zeit investieren, zu rücksichts-
738 losen Rationalisierungsschüben, zur Abtrennung von weniger rentablen Firmentei-
739 len, zur Senkung von Löhnen, Arbeits- und Sozialstandards. Selbst hochproduktive
740 Unternehmen mit achtbaren Gewinnen und niedrigem Lohnkostenanteil werden so
741 zur Entlassung von Tausenden von Beschäftigten oder gar zur Schließung von Be-
742 triebsstätten getrieben.

743 **Die Weltwirtschaftskrise am Beginn des 21. Jahrhunderts**

744 Die tiefe Weltwirtschaftskrise, die im Jahr 2008 begann, ist die Krise einer Wirt-
745 schaftsordnung, die allein für den Profit produziert und für die Bedarf nur dann
746 existiert, wenn er sich als zahlungskräftige Nachfrage geltend macht. Eine Kon-
747 junkturkrise, eine Strukturkrise und die Krise der internationalen Finanzmärkte
748 haben sich zur schwersten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise seit 1929 zuge-
749 spitzt. Mit dieser Krise ist ein globales Modell an seine Grenzen gelangt, das die
750 Entwicklung des Kapitalismus in den vergangenen drei Jahrzehnten geprägt und
751 getragen hatte.

752 Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung
753 wurde in diesem Lande in extremer Weise auf Exportsteigerung ausgerichtet und
754 davon abhängig. Gleichzeitig wurde die Binnennachfrage stranguliert und damit
755 auch der Import ausgebremst. Den Exportüberschüssen entsprechen enorme Kapi-
756 talexporte deutscher Unternehmen. Dabei geht es nicht nur um produktive Direkt-
757 investitionen, sondern in großem Umfang um Kredite oder den Ankauf von Anlei-
758 hen und Wertpapieren, darunter auch massenhaft heute weitgehend wertloser
759 "Giftmüll"-Papiere. Deutsche Unternehmen und reiche Geldvermögensbesitzer
760 haben so in erheblichem Maße zur Finanzierung der US-Verschuldung und damit
761 zur Entwicklung der Weltfinanzkrise beigetragen.

762 Politisch geförderter Druck auf die Arbeitsentgelte hat das Exportwachstum be-
763 günstigt und die Binnennachfrage geschwächt. Die Kürzung öffentlicher Sozialaus-
764 gaben hat in die gleiche Richtung gewirkt, die Verteilung zu Lasten der Lohn- und
765 Gehaltsabhängigen verschlechtert und die Binnennachfrage dauerhaft geschwächt.
766 Deutschland hat mittlerweile von allen Mitgliedsländern der Europäischen Union
767 einen der geringsten Beschäftigtenanteile im öffentlichen Dienst. Ergebnis war
768 eine schwache und gespaltene Wirtschaftsentwicklung. Sie dient nur dem Export-
769 sektor, ist im Interesse der Konzerne und des Finanzkapitals. Sie erfolgt auf Kosten
770 der Beschäftigten und der für den inländischen Bedarf produzierenden, also der
771 großen Mehrzahl der kleineren und mittleren Betriebe. Schwache Wirtschaftsent-
772 wicklung und schwindende Steuereinnahmen aufgrund von Steuersenkungen für
773 Unternehmen und Reiche haben die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte ver-
774 schärft. Diese wiederum dient zur Begründung weiterer Ausgabenkürzungen, von
775 Personalabbau und Privatisierung der noch verbliebenen öffentlichen Güter und
776 Unternehmen.

777 Deutschland ist durch die Exportlastigkeit der Wirtschaft verwundbar geworden.
778 Wenn die Nachfrage aus anderen Ländern zurückgeht, weil deren Handelsbilanzde-
779 fizite, die ja die notwendige Kehrseite der deutschen Exportüberschüsse sind, nicht
780 unbegrenzt finanziert werden können, führt dies zu einer dramatischen Unteraus-
781 lastung der industriellen Kapazitäten in der Bundesrepublik. Ohne staatliches Ge-
782 gensteuern droht die De-Industrialisierung weiterer Regionen und weiter steigende
783 Erwerbslosigkeit.

784 Diese Entwicklungen zeigen: Der Kapitalismus ist nicht nur sozial ungerecht. Er
785 unterminiert auch die produktiven Grundlagen der Ökonomie. Er führt zu einer
786 systematischen Fehlsteuerung der Wirtschaft, zum Aufbau riesiger Überkapazitä-
787 ten und an anderer Stelle zu einer gravierenden Unterversorgung und zu gewalti-
788 gen ökologischen Schäden. Sein Ergebnis sind bedrohliche globale Ungleichge-
789 wichte und die Zerstörung von Produktion und Produktivität, von Arbeitsplätzen
790 und Wohlstand, von Innovation und Kreativität. Er ruiniert die Mittelschichten und
791 bewirkt eine extreme Einkommens- und Vermögenskonzentration bei den Reichs-
792 ten, die die Finanzmärkte aufbläht und die Nachfrage auf den Gütermärkten stran-
793 guliert.

794 Die neoliberale Politik hat durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung
795 die Wurzeln für die gegenwärtige Krise gelegt, die sich, wenn nicht politisch gegen-
796 gesteuert wird, zur Katastrophe auswachsen kann. Die Unterordnung von Wirt-
797 schaft und Gesellschaft unter die Kapitalverwertung bedroht die Existenz der
798 menschlichen Zivilisation. Der Finanzmarktkapitalismus hat die Elemente einer
799 vierfachen Krise aufgehäuft. Sie betreffen die Fragen von Macht und Eigentum, das

800 Verhältnis von Natur und Gesellschaft, die Produktions- und Lebensweise und die
801 Fragen von Sicherheit und Entwicklung.

802 **Krise des sozialen Zusammenhalts**

803 Immer mehr Menschen werden in extreme Unsicherheit und wachsende Armut
804 gezwungen. Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der Bevölke-
805 rung – darunter in zunehmendem Maß auch hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Aus-
806 uferndes Gewinnstreben und wachsende materielle Ungleichheit zersetzen die
807 Gesellschaft von innen. Konkurrenzkampf, Misstrauen, soziale Abgrenzung und
808 Unsicherheit wachsen, Kooperation, Vertrauen in gesellschaftliche Strukturen und
809 Bereitschaft, soziale Verantwortung zu übernehmen, schwinden. Darunter leidet
810 auch die generationenübergreifende Solidarität, denn unsere Gesellschaft baut auf
811 dem auf, was die vorangegangene Generation geschaffen hat, und ist in ihrer Zu-
812 kunft auf Bildung, Können, Arbeit und Verantwortungsbewusstsein der kommen-
813 den Generation angewiesen. Das Bildungssystem trägt zur sozialen und kulturellen
814 Spaltung der Gesellschaft bei. Rassismus und faschistische Tendenzen, Antisemi-
815 tismus und Islamfeindlichkeit nehmen zu. Migrantinnen und Migranten sind von
816 menschenrechtswidrigen Abschiebungen bedroht. Repressive Elemente in der
817 Innenpolitik werden ausgeweitet.

818 **Aushöhlung der Demokratie**

819 Die Möglichkeit demokratischer Einflussnahme und Mitgestaltung schwindet in
820 dem Maße, wie die Macht der Konzerne und des Finanzkapitals zunimmt und die
821 Privatisierung und Liberalisierung der Ökonomie die politischen und öffentlichen
822 Gestaltungsspielräume verringern. Die Gewinne der Globalisierung werden privati-
823 siert, die Verluste sozialisiert. Gleichzeitig wird der repressive Überwachungsstaat
824 ausgebaut. Die Rechte von Staatsbürgerinnen und -bürgern werden geschwächt,
825 und ihre Durchsetzung hängt immer stärker vom persönlichen Einkommen ab. Wer
826 davon zu wenig hat und gleichzeitig von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen
827 wird, reagiert oft mit Politikverdrossenheit. So entsteht ein gefährlicher Teufels-
828 kreis der Unterhöhlung eines demokratischen Systems durch ökonomische Macht
829 und der hilflosen Reaktion darauf.

830 Es entwickelt sich eine Krise der Demokratie und der gesellschaftlichen Regulati-
831 on. Die globalen Herrschaftseliten entscheiden nicht im Interesse der großen
832 Mehrheit der Weltbevölkerung. Sie haben sich als unfähig und nicht willens erwie-
833 sen, die Richtung der globalen Entwicklung sozial und ökologisch zu verändern. Die
834 Staaten und die Weltgesellschaft bleiben Geisel der Vermögensbesitzer und Speku-

835 lanten. Standortkonkurrenz und der Kampf um knappe Ressourcen liefern ganze
836 Kontinente und große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung einem hemmungslosen
837 Unterbietungswettbewerb, dem Sozialabbau und der Ausplünderung aus. Die er-
838 kämpfte Demokratie, die eroberten individuellen Freiheiten und die sozialstaatli-
839 chen Fortschritte werden durch die Vorherrschaft einer globalen Oligarchie unter-
840 graben.

841 **Die Zentralität der ökologischen Frage**

842 Der Kapitalismus wird sozialen Bedürfnissen, ökonomischen Herausforderungen
843 und ökologischen Lösungen nicht gerecht. Er orientiert Entscheidungen auf immer
844 kürzere Zeithorizonte. Es wird auf Wechselkursschwankungen, auf Kursänderungen
845 von Wertpapieren und Aktien, auf Zinsdifferenzen und Veränderungen von Preisen
846 für Immobilien und Ressourcen spekuliert. Entscheidungen mit längerfristiger Per-
847 spektive und die Berücksichtigung langer Zyklen der Natur stehen in tiefem Wider-
848 spruch zum kurzfristigen Profitkalkül. Das Wachstum der vergangenen 250 Jahre
849 basierte vor allem auf der Nutzung fossiler Energieträger, zunächst der Kohle und
850 seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts von Erdöl und Erdgas. Die Öl-, Kohle- und
851 Gasreserven sind jedoch begrenzt. Der Höhepunkt der Förderung wird in absehba-
852 rer Zeit erreicht sein. Danach wird das Angebot von fossiler Energie rückläufig sein,
853 während die Nachfrage infolge des immer noch riesigen Bedarfs an fossilen Ener-
854 gien in den Industrieländern und den Schwellenländern steigt. Unter kapitalisti-
855 schen Bedingungen wird dies die Preise der fossilen Energieträger und dabei auch
856 die Profite der Energiekonzerne hochtreiben und auf diese Weise auch ihre gesell-
857 schaftliche und politische Macht weiter stärken.

858 Es ist zu einer Krise der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, einer Krise der
859 Reproduktion gekommen. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarflächen
860 zerstört lokale landwirtschaftliche Strukturen und verschärft Hunger und Unterer-
861 nährung. Die heutigen Gesellschaften zehren von der Substanz. Die drohende
862 Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die
863 beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt einerseits und die Spaltung der
864 Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in aus-
865 ufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten
866 einer Medaille. Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam ge-
867 löst werden.

868 Die große Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel.
869 Dürregebiete weiten sich aus, Gletscher schmelzen, Flusspegel sinken, der Mee-
870 resspiegel steigt, Landstriche werden überflutet. Menschen werden zur Migration

871 gezwungen. Um den Anstieg der Temperaturen auf der Erde zu begrenzen, muss
872 der Verbrauch fossiler Energien radikal eingeschränkt werden. Technische Lösun-
873 gen wie die Kohlendioxidspeicherung haben unkalkulierbare Risiken und Neben-
874 wirkungen und verzögern nur den notwendigen Umbau. Auch die bisherigen Erfah-
875 rungen mit dem EU-Emissionshandel sind enttäuschend. Es ist zu befürchten, dass
876 die gehandelten Zertifikate als Wertpapiere, wie andere verbriefte Papiere auch, zu
877 spekulativen Zwecken genutzt werden. Der Erwerb von Emissionsrechten durch die
878 Verursacher von Treibhausgasen in den Industrieländern von den Entwicklungslän-
879 dern ist ein zynisches Tauschgeschäft von Umweltverschmutzung gegen Armut.
880 Immer deutlicher wird: Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Wider-
881 spruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich
882 eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage.

883 **Imperialismus und Krieg**

884 Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff
885 auf alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten
886 sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Dazu nutzen sie ihre öko-
887 nomische und militärische Vormachtstellung und ihre beherrschende Rolle in den
888 internationalen Handels- und Finanzinstitutionen. Der heutige Imperialismus stützt
889 sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung.

890 Imperiale Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomi-
891 sche, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite, Märkte und Rohstoffe.
892 Kriege entspringen darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawan-
893 del, aus Verknappung und ungerechter Aneignung von Naturressourcen. Sie führen
894 zu weiteren militärischen, ethnischen und religiösen Konflikten, dem Zerfall von
895 Staaten, zu Fundamentalismus und Terrorismus sowie Umweltzerstörung. Unter
896 Missachtung der Charta der Vereinten Nationen werden auch Gewalt und Kriege
897 zum Mittel der Politik. Oft geschieht dies unter dem Vorwand des Kampfes gegen
898 den Terrorismus oder gegen "Schurkenstaaten". Besonders fatal ist dabei die Be-
899 gründung von militärischen Interventionen mit dem Schutz von Menschenrechten.
900 Nach dem Ende der Systemauseinandersetzung ist in den 90er Jahren der Krieg
901 auch nach Europa zurückgekehrt. Deutschland war eine treibende Kraft im Krieg
902 gegen Jugoslawien, unterstützt direkt und indirekt den illegalen Krieg der USA im
903 Irak und beteiligt sich am Krieg in Afghanistan.

904 Fraktionen der Machteliten der Vereinigten Staaten haben deren globale Vorherr-
905 schaft zum Ziel. Aber in der Welt vollziehen sich grundlegende Veränderungen. Die
906 Hegemonie der USA als einzige nach der bipolaren Konfrontation verbliebene Su-

907 permacht ist in Frage gestellt. Eine multipolare Welt ist im Entstehen. Auch die EU
908 versucht zunehmend aggressiv, in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht,
909 Einfluss und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen. Kriege, einschließlich
910 präventiver Angriffskriege, gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der
911 EU wieder als taugliche Mittel der Politik. Das globale Netz von ausländischen
912 Militärstützpunkten wurde ausgebaut. Der Schutz der Menschenrechte wird dazu
913 missbraucht, Kriege zu legitimieren.

914 Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften wurden Konflikte innerhalb
915 der Gemeinschaft nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgetragen. Heute beteiligt
916 sich die EU außerhalb ihres Territoriums aber immer öfter an Kriegen: Dem Krieg
917 zur Zerschlagung Jugoslawiens folgte die Beteiligung an den Aggressionen gegen
918 Afghanistan und den Irak durch eine Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten. Die wach-
919 sende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich im Vertrag von Lissa-
920 bon wider. Er enthält nicht nur eine Aufrüstungsverpflichtung, sondern ermöglicht
921 auch die Beteiligung von EU-Kampfverbänden an internationalen Konflikten.

922 **III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert**

923 Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, sondern eine Etappe der
924 Menschheitsentwicklung, in der sich zwar viele Hoffnungen der Aufklärung erfüll-
925 ten und eine enorme Steigerung der menschlichen Produktivkräfte stattfand, die
926 aber auch massenhafte Verelendung, Völkermord und unvorstellbare Kriege über
927 die Menschheit brachte. Heute, da der Kapitalismus zu einem globalen System
928 geworden ist, treibt sein Raubbau an Mensch und Natur in eine globale, die
929 menschliche Zivilisation bedrohende Krise. Wir sind davon überzeugt, dass den
930 vielfachen Krisenszenarien nur durch eine Überwindung des kapitalistischen Aus-
931 beutungssystems, eine Veränderung der Produktions- und Lebensweise, die Über-
932 windung des Geschlechtergegensatzes, die Demokratisierung aller Lebensbereiche
933 und eine Veränderung des Verhältnisses von Mensch und Natur entgegengewirkt
934 werden kann. Der Kapitalismus kann überwunden werden, wenn es gelingt, Mehr-
935 heiten zu gewinnen für einen Aufbruch zu einer anderen Art zu arbeiten und zu
936 leben.

937 Der erste große Versuch im 20. Jahrhundert, eine nichtkapitalistische Ordnung
938 aufzubauen, ist an mangelnder Demokratie, Überzentralisation und ökonomischer
939 Ineffizienz gescheitert. Unter Pervertierung der sozialistischen Idee wurden Ver-
940 brechen begangen. Dies verpflichtet uns, unser Verständnis von Sozialismus neu
941 zu bestimmen. Wir wollen einen demokratischen Sozialismus, der den heutigen

942 gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen und Möglichkeiten des 21.
943 Jahrhunderts gerecht wird.

944 Für Rosa Luxemburg endet Gleichheit ohne Freiheit in Unterdrückung, und Freiheit
945 ohne Gleichheit führt zu Ausbeutung. Wir streben eine sozialistische Gesellschaft
946 an, in der jeder Mensch in Freiheit sein Leben selbst bestimmen und es im Zu-
947 sammenleben in einer solidarischen Gesellschaft verwirklichen kann. Die Überwin-
948 dung der Dominanz kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft und ein sozialer
949 Rechtsstaat sind dafür die wichtigsten Grundlagen. Alle Menschen sollen am
950 Reichtum teilhaben können. Der sozial gleiche Zugang jedes Menschen zu den
951 Bedingungen eines freien Lebens und die Demokratisierung aller Lebensbereiche
952 gehören zusammen. Sozialismus und Demokratie sind untrennbar. Wir wollen eine
953 andere Art von wirtschaftlicher Entwicklung und wissenschaftlich-technischem
954 Fortschritt, um die natürliche Umwelt zu bewahren und den nachfolgenden Gene-
955 rationen eine verbesserte Welt zu hinterlassen. Wir wollen, dass Rechtsstaat und
956 Sozialstaat eine Einheit bilden, und streiten für eine weltweite Ordnung, die durch
957 Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit geprägt ist. So kann ein gutes Leben gestal-
958 tet, eine soziale Demokratie hergestellt und erweitert werden.

959 Wir stehen mit unserem Kampf um gesellschaftliche Alternativen jenseits der
960 kapitalistischen Produktions- und Lebensweise nicht allein. Unterschiedlichste
961 Kräfte und verschiedene Bewegungen sind davon überzeugt, dass eine andere Welt
962 möglich ist. Eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung, Fremdbestimmung und ökologische
963 Zerstörung. Sie suchen, wie in Lateinamerika, nach neuen Wegen für eine nichtka-
964 pitalistische Entwicklung und fordern nicht nur unsere Solidarität, sondern auch
965 unsere Lernbereitschaft. Die Kompliziertheit der Probleme und Ausgangsbedin-
966 gungen verbietet jeden Anspruch auf eine führende Rolle des einen oder anderen
967 Landes, dieser oder jener Bewegung oder einer einzelnen Partei.

968 Heute besteht die Möglichkeit, jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit
969 und Würde zu gewährleisten. Not und Elend können überall auf der Welt überwun-
970 den werden. Wir streben eine neue, gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der
971 anderen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten an. Wir wollen, dass alle Menschen
972 am gesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess mitwirken, gleichberechtigt ge-
973 gesellschaftliche Entwicklung und Kultur mitgestalten und demokratische Entschei-
974 dungsprozesse beeinflussen können. Hierzu streiten wir für ein öffentliches Bil-
975 dungssystem, das niemanden ausgrenzt, sondern alle bestmöglich fördert und in
976 die Lage versetzt, ihren eigenen Berufs- und Lebensweg selbstständig zu gestalten.
977 Bildung darf nicht darauf beschränkt bleiben, Menschen zu befähigen, sich in vor-
978 gegebene Strukturen einzupassen. Ziel von Bildung muss es sein, Menschen in die
979 Lage zu versetzen, die Welt zu verändern, soziale, ökologische und demokratische

980 Reformen zu entwickeln und umzusetzen. Wir wollen Solidarität und gemeinsames,
981 forschendes Lernen als Leitlinien in der Bildung verankern und damit die Grundlage
982 für gemeinsame gesellschaftliche Veränderungen schaffen. Wir wollen die Klas-
983 sengesellschaft überwinden. Die neue und bessere Ordnung, die der demokrati-
984 sche Sozialismus erstrebt, ist eine von Klassenschranken befreite Gesellschaft.

985 DIE LINKE lässt sich von dem Ziel leiten, dass alle Menschen unabhängig davon, in
986 welcher Region der Erde sie leben, selbstbestimmt, in Würde und Solidarität leben
987 können. Diesem Ziel liegt ein Menschenbild zugrunde, das von der Universalität
988 und Unteilbarkeit der Menschenrechte ausgeht und lediglich eine Begründung
989 braucht: Weil ich ein Mensch bin. Es greift Marx' Vision im Kommunistischen Mani-
990 fest auf: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und
991 Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden
992 die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

993 Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit,
994 Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit. Diese bestimmen
995 auch die Mittel auf dem Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft.
996 Demokratischer Sozialismus fördert die Entfaltung der zivilisatorischen Entwick-
997 lungspotenziale der Gesellschaft und zielt auf grundlegende Veränderungen der
998 herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse. Er verbindet Pro-
999 test und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformpro-
1000 jekte unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des
1001 Kapitalismus zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das
1002 21. Jahrhundert bestimmen wird. Er knüpft an ökonomische Entwicklungen an, die
1003 bereits heute über kapitalistische Produktionsformen hinausweisen.

1004 DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher
1005 Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser
1006 Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und
1007 Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.

1008 **Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie**

1009 Eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Eigen-
1010 tumsfrage. Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Solange die
1011 Entscheidungen großer Unternehmen sich an den Renditewünschen statt am Wohl
1012 der Allgemeinheit orientieren, ist Politik erpressbar und Demokratie wird ausge-
1013 höhlt. Eine soziale, friedliche, umweltgerechte, demokratische Gesellschaft erfor-
1014 dert, dass die ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstö-
1015 rung, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt und überwunden wird.

1016 DIE LINKE kämpft für die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Wir wollen eine
1017 radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entschei-
1018 dungen erstreckt und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und
1019 ökologischen Maßstäben unterwirft. Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich
1020 die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchset-
1021 zen. Die Demokratie bleibt unvollkommen. Deshalb sehen wir in der Wirtschafts-
1022 demokratie eine tragende Säule des demokratischen Sozialismus. Mehr Demokra-
1023 tie in der Wirtschaft durchzusetzen war schon immer ein wichtiges Anliegen der
1024 Arbeiterbewegung. Wir sehen uns in dieser Tradition.

1025 Unter den heutigen Bedingungen hat die Durchsetzung von Wirtschaftsdemokratie
1026 eine internationale, eine europäische, nationale und regionale Dimension. Wirt-
1027 schaftsdemokratie ist angesichts der ökonomischen Internationalisierungsprozes-
1028 se nicht mehr nur im nationalstaatlichen Rahmen durchsetzbar. Internationale
1029 Regeln sind unabdingbar, die die Wirtschaftsmacht begrenzen und zurückdrängen.
1030 Es geht hierbei auch darum, Wissen und Information öffentlich zugänglich zu ma-
1031 chen. Es ist nicht hinnehmbar, dass mit öffentlichen Geldern subventionierte For-
1032 schungsergebnisse nicht öffentlich zugänglich sind. Für eine friedliche, solidarische
1033 und demokratische Gesellschaft ist der öffentliche Zugang zu Wissen und Informa-
1034 tion unumgänglich und darf nicht Einzelnen vorbehalten bleiben. Wir wollen die
1035 Wirtschaft den Maßstäben des Gemeinwohls unterwerfen, damit sie sozial und
1036 ökologisch verträglich wirkt.

1037 Demokratische Steuerung der Wirtschaftsentwicklung setzt voraus, die Finanz-
1038 märkte zu bändigen und auf ihre eigentliche dienende Funktion für die Realwirt-
1039 schaft zurückzuführen. Eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht dem Profit
1040 dient, hat vor allem folgende Funktionen zu erfüllen: Erstens soll sie die Bedürfnis-
1041 se der Bürgerinnen und Bürger befriedigen und allen ein Leben in Wohlstand und
1042 sozialer Sicherheit gewährleisten, zweitens ökologisch nachhaltig wirken, drittens
1043 innovativ auf neue Herausforderungen reagieren und viertens sparsam die gesell-
1044 schaftlichen Ressourcen einsetzen. Darüber hinaus muss sie so organisiert sein,
1045 dass alle direkt und indirekt in der Wirtschaft tätigen Menschen ihre Fähigkeiten
1046 frei entfalten und sich in ihrer Tätigkeit bilden und weiterbilden können. In einer
1047 solidarischen Wirtschaftsordnung, wie DIE LINKE sie anstrebt, haben verschiedene
1048 Eigentumsformen Platz: staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private,
1049 genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums. Die Belegschaften, die
1050 Verbraucherinnen und Verbraucher, die Repräsentanten der Gemeinwohlinter-
1051 essen sollen eine starke demokratische Mitsprache haben und an den wirtschaftli-
1052 chen Entscheidungen direkt partizipieren.

1053 Es geht um eine global und geschlechtergerecht fair geteilte Erledigung all dessen,
1054 was Menschen brauchen und wünschen. Jede und jeder muss von den Einkünften
1055 würdig leben können. Alle sollen in der Lage sein, an allen gesellschaftlichen Be-
1056 reichen - der Erwerbsarbeit, der Familien-, Sorge- und Hausarbeit, der gesellschaft-
1057 lichen Arbeit sowie der politischen Gestaltung - teilzuhaben. Jede Arbeit, bezahlte
1058 oder unbezahlte, soll Wertschätzung erfahren.

1059 Eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie aller notwendiger
1060 Arbeiten und Teilhabe möglichst aller an den Entscheidungen über die Zukunft der
1061 Gesellschaft gehören zu den Voraussetzungen einer demokratisch-sozialistischen
1062 Gesellschaft. Wir wollen die behaupteten Freiheiten des Neoliberalismus zu wirkli-
1063 chen machen. Unsere Reformvorschläge entwickeln wir in der Perspektive einer
1064 gerechteren Gesellschaft. Wir wollen schon im Hier und Heute einen lebenswerten
1065 Alltag garantieren.

1066 Ein zentraler Punkt in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ist die
1067 Frage der Arbeitszeit. Wir fordern als dringend notwendigen Schritt eine drastische
1068 Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, zugleich das Recht auf Arbeit und gleichen
1069 Lohn für gleiche Arbeit. Dies ist Voraussetzung, damit die Arbeit der Sorge und
1070 Pflege von Menschen um das Leben und seine natürlichen Voraussetzungen aus
1071 der Ecke der Vernachlässigung und unentgeltlichen Zuweisung an Frauen geholt
1072 wird, diese Tätigkeiten gesellschaftlich organisiert und alle Gesellschaftsmitglieder
1073 beteiligt werden.

1074 **Öffentliches und Belegschaftseigentum**

1075 Wir wollen mehr öffentliches Eigentum in verschiedenen Formen. Strukturbestim-
1076 mende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in demokratische gesellschaftliche
1077 Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum überwinden. Auf wel-
1078 che Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaft-
1079 ung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen
1080 (staatliches oder kommunales Eigentum, Genossenschaften, Belegschaftseigen-
1081 tum) sie sich vollziehen soll, muss im demokratischen Prozess entschieden wer-
1082 den. DIE LINKE setzt sich dafür ein, geeignete Rechtsformen zu schaffen, welche
1083 die Übernahme von Betrieben durch die Beschäftigten erleichtern und fördern.
1084 Allumfassendes Staatseigentum ist aufgrund bitterer historischer Erfahrungen
1085 nicht unser Ziel.

1086 Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen
1087 bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an
1088 dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden. In wichtigen Fra-

1089 gen, etwa wenn Massenentlassungen oder Betriebsschließungen geplant sind,
1090 muss es Belegschaftsabstimmungen geben. Eigentumsverhältnisse sind mehr als
1091 nur Besitzverhältnisse. Allein die Änderung der Eigentumstitel ist unzureichend.
1092 Letztlich kommt es auf die Verfügung und auf die Zugänge zum gesellschaftlichen
1093 Reichtum an.

1094 Die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur, die Finanzinstitutionen
1095 und die Energiewirtschaft gehören in öffentliche Hand und müssen demokratisch
1096 kontrolliert werden. Sie dürfen nicht nach dem Profitkalkül privater Unternehmen
1097 geführt werden. Insbesondere die Angriffe europäischer Institutionen auf die Eigen-
1098 tumsordnungen der Mitgliedsstaaten und der massive Liberalisierungsdruck der EU
1099 auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sind zu stoppen. Stattdessen
1100 muss die EU dem Schutz öffentlicher Güter sowie dem Zugang aller zu den Leis-
1101 tungen der öffentlichen Daseinsvorsorge höchste Priorität einräumen.

1102 Die Grundversorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Leistungen wie Ener-
1103 gie, Wasser und Mobilität, aber auch Wohnen, die soziale Infrastruktur, Gesund-
1104 heit, Bildung und Kultur darf nicht kapitalistischem Profitstreben überlassen wer-
1105 den. Sie muss öffentlich organisiert und garantiert werden. Denn renditeorientierte
1106 Unternehmen richten ihr Angebot nicht am Bedarf der Menschen aus, sondern
1107 ausschließlich an der zahlungskräftigen Nachfrage. Sie umwerben und privilegieren
1108 die Wohlhabenden und vernachlässigen die Finanzschwachen.

1109 Private Energieversorger begünstigen industrielle Großkunden und belasten vor
1110 allem ärmere Haushalte. Stattdessen muss Energie für industrielle Großverbrau-
1111 cher teuer sein, um den Einsatz energiesparender Technologien zu begünstigen.
1112 Vor allem ärmere Haushalte müssen dagegen von hohen Energiekosten entlastet
1113 und bei der Energieeinsparung unterstützt werden. Ebenso gilt: Die Bahn und Un-
1114 ternehmen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs dürfen sich nicht allein an der
1115 Rendite orientieren. Entscheidend muss sein, dass sie Mobilität – auch zwischen
1116 kleineren Orten – ermöglichen und eine attraktive, preisgünstige und umweltver-
1117 trägliche Alternative zum Individualverkehr darstellen. Es muss konsequent die
1118 Zielsetzung verfolgt werden, den Energieverbrauch im Verkehrs- und Transportwe-
1119 sen entscheidend zu senken: z.B. durch Verlagerung des Gütertransports von der
1120 Straße auf die Schiene, Strom- und Gasversorgung, Wasserver- und -entsorgung,
1121 Tele- und Internetkommunikation, Eisenbahnverkehr und andere Dienste sind an
1122 bundesweite, regionale und kommunale Netze gebunden, die natürliche Monopole
1123 bilden. Befinden sich solche Monopole in privater Hand, ist Preiswucher die nahezu
1124 unvermeidliche Folge. Oft führt das private Profitkalkül auch dazu, dass die War-
1125 tung und Instandhaltung der Netze vernachlässigt wird. Negative Langzeitfolgen
1126 sind das Ergebnis. Die Netzneutralität in den digitalen Kommunikationswegen

1127 muss gegen die Bestrebungen der großen Konzerne, große Anbieter zu bevorzu-
1128 gen, verteidigt werden. Daher müssen netzgebundene Dienstleistungen und Ein-
1129 richtungen der Daseinsvorsorge in öffentlichem Eigentum bleiben oder in öffentli-
1130 ches Eigentum überführt werden und der demokratischen Kontrolle unterliegen.

1131 Auch große Naturreichtümer gehören allen und daher grundsätzlich in öffentliche
1132 Hand. Nach dem Grundgesetz soll Eigentum dem Wohle der Allgemeinheit dienen
1133 und nicht nur dem der oberen Zehntausend. Dieser Verfassungsgrundsatz kann nur
1134 in einer Wirtschaft eingelöst werden, in der private Großanleger und Finanzinvesto-
1135 ren keine Vormacht haben, sondern die auf einem starken öffentlichen Sektor
1136 beruht. Dabei sind starke und aktive Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche
1137 Organisationen unverzichtbar. Nur mit ihnen lässt sich die sozialstaatliche Regulie-
1138 rung demokratisch gestalten.

1139 DIE LINKE tritt für ein Bankensystem aus drei Säulen ein: Sparkassen, Genossen-
1140 schaftsbanken und staatliche Großbanken. Ein funktionierender Finanzsektor ist
1141 ein öffentliches Gut, seine Bereitstellung daher eine öffentliche Aufgabe. Das euro-
1142 päische Banken- und Finanzsystem gehört dauerhaft unter gesellschaftliche Kon-
1143 trolle. Die Zentralbanken sollen sich nicht nur an der Geldwert- und Währungsstabi-
1144 lität, sondern gleichberechtigt auch am Beschäftigungsziel und dem Ziel nachhalti-
1145 ger Entwicklung orientieren.

1146 Allein die Form des Eigentums, ob öffentlich oder privat, entscheidet nicht über die
1147 soziale und ökologische Qualität der Entwicklung. Auch Unternehmen im Eigentum
1148 von Bund, Ländern oder Kommunen bedürfen der Kontrolle. Sie müssen sozialen
1149 und ökologischen Vorgaben unterliegen und dem Gemeinwohl gesetzlich verpflich-
1150 tet werden. Den Belegschaften müssen starke Mitbestimmungsrechte als Korrektiv
1151 zu den Entscheidungen des Managements garantiert werden. Die Bürgerinnen und
1152 Bürger sollen wirksame Möglichkeiten der Partizipation an der Entwicklung der
1153 kommunalen Dienstleistungen erhalten. Im Unterschied zu privaten Unternehmen
1154 sind öffentliche Unternehmen nicht an kurzfristige Renditeerwartungen gebunden.
1155 Öffentliches Eigentum ist keine Garantie, aber die Voraussetzung für neue Kriterien
1156 und Prioritäten des Wirtschaftens. Hinzu kommt: Gewinne öffentlicher Unterneh-
1157 men stärken öffentliche Einnahmen, sei es auf kommunaler, Landes- oder Bundes-
1158 ebene, und kommen damit der Allgemeinheit und nicht nur einer kleinen Schicht
1159 von privaten Eigentümern zugute. Wohnungsgenossenschaften, die als gemein-
1160 schaftliche und demokratische Unternehmen das soziale Ziel der bezahlbaren
1161 Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung verfolgen, werden darin
1162 von der Partei DIE LINKE in ihrer Entwicklung unterstützt.

1163 **Kleine und mittlere Unternehmer**

1164 Ein Ausgleich der Interessen von denen in freien Berufen, von Kleinunternehmen
1165 und den gewerkschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen ist lohnend für Demo-
1166 kratie und Volkswirtschaft. Ohne den Mut und die Ausdauer von Handwerksbetrie-
1167 ben, Erfinderinnen und Kleingewerbetreibenden wären nachhaltig-ökologische
1168 Produkte oft so nicht durchgesetzt worden und wäre der Ausbau regionaler Kreis-
1169 läufe undenkbar. DIE LINKE beteiligt sich daran mit Rat und Tat, um den gemein-
1170 samen Streit für Binnenkaufkraft, für Freiheit von monopolkapitalistischer Gänge-
1171 lung und von Bank-Diktaten zu verbreitern. Selbstbewusste Selbstständige in
1172 Handwerk, Kunst und anderer Dienstleistung sind unverzichtbar für einen demo-
1173 kratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Grundsätzlich gehört zur pluralen
1174 Eigentumsordnung des demokratischen Sozialismus das Privateigentum kleiner
1175 und mittlerer Unternehmen. Das gilt auch für bäuerliches Eigentum an Grund und
1176 Boden. Wir wollen Rahmenbedingungen, die Selbstausbeutung und Druck auf Be-
1177 schäftigte verhindern.

1178 **Eine wirkungsvolle demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung**

1179 Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht nur dem Markt und den Unternehmen über-
1180 lassen, sondern muss in ihren Grundrichtungen demokratisch gesteuert werden.
1181 Erforderlich ist neben leistungsfähigen öffentlichen Unternehmen eine zielgerichte-
1182 te öffentliche Investitionstätigkeit.

1183 Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss Vollbeschäftigung anstreben, die inländi-
1184 sche Nachfrage stärken und für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwick-
1185 lung sorgen. Dazu müssen die Arbeitszeiten bei zunehmender Produktivität ohne
1186 Einkommensverlust fortschreitend verkürzt werden. Regionale und sektorale Wirt-
1187 schaftspolitik muss auf der Grundlage einer demokratischen Rahmenplanung und
1188 einer strategisch gestaltenden Strukturpolitik steuernden Einfluss auf die Investiti-
1189 onentscheidungen der Unternehmen nehmen.

1190 DIE LINKE tritt neben dem Ausbau direkter Demokratie für ihre Erweiterung durch
1191 Runde Tische und Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen
1192 Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher,
1193 soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein. Sie können im
1194 Dialog erarbeiten, was für die verschiedenen Aufgabenbereiche jeweils als orien-
1195 tierendes allgemeines Interesse angesehen werden soll und gesellschaftlich zur
1196 Geltung zu bringen ist. Sie sollen an der Entwicklung regionaler Leitbilder für die
1197 demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung beteiligt werden und die
1198 Möglichkeit zu gesetzgeberischen Initiativen erhalten.

1199 **IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung**

1200 Der Kampf für eine andere, bessere Welt, für den demokratischen Sozialismus,
1201 beginnt mit der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben. DIE LINKE setzt
1202 sich für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, die friedliche Lösung von Kon-
1203 flikten und die Demokratisierung der Gesellschaft ein. Einkommen und Vermögen
1204 werden durch Arbeit erzeugt und sollen daher entsprechend dem Beitrag zum
1205 gesellschaftlichen Arbeitsprozess sowie nach Bedürftigkeit verteilt werden. Reich-
1206 tum darf sich nicht länger bei den Kapital- und Großgrundbesitzern konzentrieren.
1207 Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, die Sorge um Kinder, Partner und Freunde, die
1208 Teilhabe am kulturellen und politischen Leben und schließlich individuelle Weiter-
1209 bildung und Muße sind wesentliche Lebensbereiche. DIE LINKE will für alle Men-
1210 schen die Möglichkeit schaffen, diese Lebensbereiche in selbstbestimmter Balance
1211 zu verbinden. Ihre demokratische Gestaltung und geschlechtergerechte Verteilung
1212 haben eine wichtige Rolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebens-
1213 verhältnisse und des demokratischen Sozialstaats.

1214 Wir wollen die Grundrechte und Ansprüche verwirklichen, die das Grundgesetz
1215 formuliert: Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechti-
1216 gung aller Menschen, freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, Unverletzlichkeit der
1217 Wohnung, Meinungs-, Bekenntnis- und Vereinigungsfreiheit, Brief- und Telekom-
1218 munikationsgeheimnis, Asylrecht für politisch Verfolgte. Eigentum verpflichtet und
1219 soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Naturschätze
1220 und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeinei-
1221 gentum überführt werden. Die Bundesrepublik Deutschland soll ein demokrati-
1222 scher und sozialer Rechtsstaat sein. Er hat die Aufgabe, die natürlichen Lebens-
1223 grundlagen zu schützen. Alle Staatsgewalt soll vom Volke ausgehen und in Wahlen
1224 und Abstimmungen ausgeübt werden. Vorbereitung oder Führung eines Angriffs-
1225 krieges sind unter Strafe zu stellen.

1226 DIE LINKE fordert die Durchsetzung von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und
1227 politischen Reformen, die die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung in den
1228 Mittelpunkt stellen und nicht die Bereicherungsansprüche der oberen Zehntau-
1229 send. Indem wir heute für linke Reformprojekte kämpfen, wirken wir zugleich für
1230 unser sozialistisches Ziel.

1231 Die nachhaltige Überwindung der wirtschaftlichen Krise und der Massenerwerbslo-
1232 sigkeit, der sozialen Krise und der Energie- und Klimakrise erfordert eine andere
1233 Wirtschaftsordnung, die nicht mehr vom Streben nach maximalem Profit be-
1234 herrscht wird. Als erster Schritt ist ein grundlegender Richtungswechsel der öko-
1235 nomischen und gesellschaftlichen Entwicklung notwendig, ein sozial-ökologischer

1236 Umbau. Dazu muss die gesamte Wirtschafts- und Lebensweise und insbesondere
1237 das Energiesystem naturverträglich umgestaltet und auf regenerative Quellen um-
1238 gestellt werden. Dies muss verbunden werden mit einer Politik zur Verbesserung
1239 der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit. Die soziale Sicherung und die
1240 öffentlichen und sozialen Dienstleistungen müssen aus- statt abgebaut werden.
1241 Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt und umgekehrt werden. Der
1242 Finanzsektor muss demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Statt Privatisie-
1243 rung muss der öffentliche und gemeinwirtschaftliche Sektor wieder erweitert wer-
1244 den. Demokratische und soziale Rechte, Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten
1245 aller Menschen und insbesondere benachteiligter Gruppen müssen gestärkt wer-
1246 den. Notwendig sind friedliche und kooperative Konfliktlösungen, Abrüstung und
1247 internationale Solidarität statt Kriegführung unter welchem Deckmantel auch im-
1248 mer. DIE LINKE ist der Überzeugung, dass ein krisenfreier, sozialer, ökologischer
1249 und friedlicher Kapitalismus nicht möglich ist. Aber im Ergebnis gesellschaftlicher
1250 und politischer Kämpfe und veränderter Kräfteverhältnisse ist es möglich, eine
1251 andere Entwicklungsrichtung durchzusetzen und so auch Ausgangsbedingungen
1252 für weitergehende demokratisch-sozialistische Umgestaltungen zu schaffen. In
1253 solchen Auseinandersetzungen werden die Konzepte, gesellschaftlichen Kräfte und
1254 Mehrheiten für Alternativen zum Kapitalismus entwickelt.

1255 **IV. 1. Wie wollen wir leben?**

1256 **Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit**

1257 DIE LINKE will, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozia-
1258 ler Sicherheit führen, sein Recht auf Arbeit, auf Bildung und Kultur wahrnehmen
1259 kann und nicht diskriminiert oder ausgegrenzt wird.

1260 **Gute Arbeit**

1261 Menschliches Leben umfasst die physische, kulturelle und geistige Reproduktion
1262 und reicht damit weit über den Bereich der Erwerbs- und Lohnarbeit hinaus. Arbeit
1263 ist mehr als Erwerbsarbeit, denn ohne die täglich zu leistende Arbeit in der Haus-
1264 haltung, in der Erziehung, Sorge und Pflege, im Ehrenamt und im Kulturbereich
1265 könnte auch die in Lohnarbeit investierte Arbeitskraft sich im gesellschaftlichen
1266 Maßstab nicht reproduzieren. Die Erwerbsarbeit hat die spezifische Bedeutung,
1267 dass in ihr die Einkommen erwirtschaftet und die Güter und Dienstleistungen pro-
1268 duziert werden, die gekauft werden können. Die Weiterentwicklung der Produktiv-
1269 kräfte erfolgt überwiegend im Bereich der Erwerbsarbeit.

1270 Gute Erwerbsarbeit fördert die eigenen Stärken, schöpft Potenziale und eröffnet
1271 Perspektiven zur persönlichen und beruflichen Verwirklichung. Gute Arbeit ist
1272 vereinbar mit Familie und sozialem Leben. Voraussetzungen für gute Erwerbsarbeit
1273 sind: Sie muss mit dem Gewissen des und der Erwerbstätigen vereinbar sein, ein
1274 gutes Einkommen sichern, die berufliche Qualifikation in Wert stellen und keine zu
1275 hohen Ansprüche an die Flexibilität und die Fahrtzeiten bedeuten. Sie darf nicht
1276 gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstoßen. Erwerbsarbeit kann
1277 Quelle von Selbstverwirklichung sein, aber für viele beginnt Selbstverwirklichung
1278 außerhalb ihrer Arbeitsverhältnisse.

1279 Massenerwerbslosigkeit ist erzwungene Erwerbslosigkeit und muss überwunden
1280 werden. Sie ist erniedrigend für die Betroffenen, und sie schwächt die Position der
1281 Beschäftigten und der Erwerbslosen und die Durchsetzungskraft ihrer Gewerk-
1282 schaften gegenüber dem Kapital. Sie verursacht großen finanziellen Druck auf den
1283 Sozialstaat. Sie schwächt zudem alle politischen Bestrebungen für eine soziale und
1284 ökologische Gestaltung der Produktions- und Lebensweise. Jeder und jede hat das
1285 Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote sanktionsfrei abzuleh-
1286 nen. Zwang zur Erwerbsarbeit lehnen wir ab.

1287 DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter Be-
1288 schäftigung. Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit sozial versichert sein. Wir kämpfen
1289 dagegen, dass reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit
1290 oder Minijobs ersetzt wird. Unabhängig von Geschlecht und Erwerbsstatus muss
1291 gelten: Gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit. Schluss mit Armuts-
1292 löhnen und Lohndumping. Die Enteignung der Beschäftigten muss gestoppt wer-
1293 den.

1294 Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe.
1295 Tarifverträge müssen leichter als bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden
1296 können. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die
1297 Tarifverträge einhalten, Mindestlöhne zahlen und soziale und ökologische Kriterien
1298 beachten. Tariffucht muss bekämpft werden. Das Entsendegesetz muss künftig für
1299 sämtliche Branchen vorschreiben, dass für alle Anbieter die Standards des Ortes
1300 gelten, an dem die Arbeit geleistet wird. Leiharbeit muss verboten werden. Der
1301 Kündigungsschutz muss verbessert und Befristungen müssen gesetzlich eng ein-
1302 geschränkt werden.

1303 Wir wollen regelmäßige Lohnzuwächse, die mindestens den Produktivitätszuwachs
1304 und die Preissteigerungen ausgleichen. Die Managergehälter müssen auf das 20-
1305 fache der untersten Lohngruppen im Unternehmen begrenzt, die Vergütung mit
1306 Aktienoptionen sowie übermäßige Abfindungen verboten werden.

1307 Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich verkürzen. Gute Arbeit für
1308 alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen – das wollen wir als neue Vollbeschäfti-
1309 gung. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung und Pflege muss
1310 verbessert werden. Die Beschäftigten brauchen zudem größere Selbst- und Mitbes-
1311 timmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit und genügend freie Zeit für Erholung,
1312 Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten. Durch die Reform des Arbeitszeitgesetzes
1313 soll die höchstzulässige durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden be-
1314 grenzt werden. Perspektivisch streben wir eine Obergrenze von 35 Stunden, län-
1315 gerfristig von 30 Stunden an. Wir wollen, dass dabei für die Beschäftigten ein voller
1316 Lohnausgleich gesichert wird. Die Mitbestimmungsrechte von Personal- und Be-
1317 tribsräten sind vor allem im Hinblick auf Personal- und Stellenpläne zu erweitern.
1318 So ist zu erreichen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu mehr Beschäfti-
1319 gung führt und der Leistungsdruck nicht weiter ansteigt. Den betrieblichen Arbeits-
1320 und Gesundheitsschutz und das Jugendarbeitsschutzgesetz wollen wir verbessern.
1321 Die Ansprüche der Beschäftigten auf Weiterbildung wollen wir ausweiten.

1322 Gute Arbeit für jede und jeden erfordert erweiterte Mitbestimmung der Beschäftig-
1323 ten im Betrieb und im Unternehmen. Wir sind für den Ausbau bindender Veto-
1324 Rechte von Beschäftigten in bedeutenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologi-
1325 schen Belangen. Starke Gewerkschaften sind notwendig. DIE LINKE unterstützt sie
1326 in ihren Anstrengungen. Das ungehinderte Streikrecht, einschließlich des Rechts
1327 auf den politischen Streik und den Generalstreik, muss gewährleistet werden. Die
1328 Aussperrung als Kampfinstrument der Unternehmer gegen die Gewerkschaften
1329 muss verboten werden.

1330 Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken und des
1331 Internets bringt neue Möglichkeiten, Arbeit aus dem betrieblichen Zusammenhang
1332 zu lösen und mit eigenen Produktionsmitteln selbstbestimmt tätig zu sein. Insbe-
1333 sondere Soloselbstständige, die als Scheinselbstständige von einem Auftraggeber
1334 abhängig sind, sind bei Auftragseinbrüchen unmittelbar existenziell betroffen und
1335 unzureichend sozial abgesichert. Gleichzeitig wachsen damit die Risiken, auch
1336 qualifizierte „Informationsarbeit“ zu verlagern, an billigere Anbieter im In- und Aus-
1337 land zu vergeben und so Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen auszuüben.
1338 In der Kultur- und Kreativwirtschaft und im Softwarebereich sowie in Callcentern
1339 sind ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, schlechte Bezahlung und Arbeits-
1340 bedingungen besonders verbreitet. In großem Maße werden zu miesen Konditionen
1341 arbeitende Selbstständige und Minijobber sowie Praktikantinnen und Praktikanten
1342 ausgebeutet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, Praktika als Lernverhältnisse zu regeln
1343 und Mindestentgelte festzusetzen. Alle Selbstständigen müssen in den Schutz der
1344 Sozialversicherungen einbezogen werden, dabei sollen die Auftraggeber entspre-

1345 chend den Arbeitgeberbeiträgen bei Arbeitnehmern zur Finanzierung herangezogen
1346 werden. Wo es möglich ist, sind gemeinsame Vergütungsregeln für von Selbst-
1347 ständigen für Unternehmen erbrachte Leistungen durchzusetzen.

1348 **Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**

1349 Die neoliberale Entstaatlichungs- und Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre
1350 hat in vielen Bereichen zu einer massiven Unterversorgung geführt. Die Überwin-
1351 dung des öffentlichen Investitionsstaus und ein Ausbau öffentlicher Beschäftigung
1352 sind überfällig. Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie Deutschland
1353 Straßen verrotten, Schulgebäude verfallen, Kinder und Jugendliche keine gute
1354 Bildung erhalten, Pflegebedürftige vernachlässigt und kommunale Bibliotheken
1355 oder Schwimmbäder aus Geldmangel geschlossen werden.

1356 Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie
1357 muss eine neue Vollbeschäftigung, höhere Masseneinkommen und die Stärkung
1358 der öffentlichen Finanzen anstreben. Dabei darf es keine sozial und ökologisch
1359 blinde Wachstumsfixierung geben, sondern dies muss mit sinkendem Rohstoffver-
1360 brauch und sinkenden Umweltbelastungen verbunden werden. Dazu muss die
1361 inländische Nachfrage durch eine Umverteilung zugunsten kleiner und mittlerer
1362 Einkommen und eine Ausweitung öffentlicher Leistungen gestärkt werden. DIE
1363 LINKE fordert große öffentliche Zukunfts- und Investitionsprogramme für Bildung,
1364 für soziale, ökologische und Verkehrsinfrastruktur. Dies schafft Nachfrage und
1365 Beschäftigung in privaten Unternehmen ebenso wie im öffentlichen Dienst.

1366 Die Beschäftigung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen ist in
1367 Deutschland im internationalen Vergleich stark unterentwickelt und zudem häufig
1368 schlecht bezahlt. Wir wollen in diesen Bereichen Millionen neue reguläre und tarif-
1369 lich bezahlte Arbeitsplätze schaffen und so zugleich dringende gesellschaftliche
1370 Bedürfnisse befriedigen. Dies kann und muss durch eine sozial gerechte und öko-
1371 logische Steuerpolitik, die Reiche und finanzstarke Unternehmen verstärkt heran-
1372 zieht und den Umweltverbrauch und den Ressourcenverbrauch besonders besteu-
1373 ert, solide finanziert werden.

1374 Eine aktive staatliche Industrie- und Dienstleistungspolitik ist erforderlich, um De-
1375 industrialisierung zu verhindern und Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, im
1376 Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen zu sichern. Wir fordern ein Verbot
1377 von Massenentlassungen in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind. Das
1378 wird in großem Umfang sozial abgesicherte Übergänge von Beschäftigten aus
1379 schrumpfenden in zukunftsfähige Branchen einschließen.

1380 Wir wollen einen öffentlichen Zukunftsfonds einrichten, mit dem bedrohten, aber
1381 überlebensfähigen Unternehmen geholfen und der sozial-ökologische Umbau ge-
1382 fördert werden kann. Dabei dürfen staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entspre-
1383 chende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand oder Belegschaftsanteile vergeben
1384 werden. Diese Eigentumsrechte sind zu nutzen, um die Kriterien der Unterneh-
1385 mensführung zu verändern: Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den
1386 Eigentümern beziehungsweise Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein
1387 Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum, an den
1388 Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.

1389 Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich in besonderem Maße für all
1390 diejenigen Menschen engagiert, die schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt
1391 haben. Die Kenntnisse, Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Mitarbeiterinnen und
1392 Mitarbeiter müssen nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dazu gehö-
1393 ren Regelungen, die Menschen über 50 wirksam vor Kündigung schützen und ih-
1394 nen im Falle der Erwerbslosigkeit eine ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entspre-
1395 chende tariflich bezahlte Beschäftigung zum Wohle und zum Nutzen aller ermögli-
1396 chen. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sinnvolle und tariflich bezahlte
1397 Arbeitsplätze anbieten. Diese sollten besonders dort geschaffen werden, wo der
1398 Markt Bedürfnisse im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich nicht abdeckt.
1399 Die Annahme dieser Arbeitsplätze ist freiwillig.

1400 Wir diskutieren darüber, inwieweit mit einem öffentlich geförderten Beschäfti-
1401 gungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im Non-Profit-
1402 Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann.

1403 **Den Finanzsektor demokratisch kontrollieren und dem Gemeinwohl ver-** 1404 **pflichten**

1405 Die privaten Banken sind für die Spekulationsblasen der vergangenen Jahre und die
1406 entstandenen Milliardenverluste wesentlich verantwortlich. Private Banken müssen
1407 deshalb verstaatlicht, demokratischer Kontrolle unterworfen und auf das Gemein-
1408 wohl verpflichtet werden. Durch strikte Regulierung ist zu gewährleisten, dass der
1409 Bankensektor in Zukunft wieder seinen öffentlichen Auftrag erfüllt: die zinsgünstige
1410 Finanzierung wirtschaftlich sinnvoller Investitionen, insbesondere auch kleiner und
1411 mittlerer Unternehmen, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und Bereitstellung
1412 eines kostenlosen Girokontos für jedermann, sichere Anlage privater Ersparnisse.
1413 Das in den vergangenen Jahren explosiv angewachsene Investmentbanking ist
1414 abzuwickeln, der Eigenhandel mit Wertpapieren und die Spekulation mit Derivaten
1415 sind Banken zu verbieten, ebenso jegliche Geschäfte außerhalb der eigenen Bilanz

1416 und Geschäfte mit Unternehmen oder Personen, die rechtlich in Steueroasen re-
1417 registriert sind. Dringend erforderlich sind Rahmenvorgaben für Kredit- und Gutha-
1418 benzinsen. Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen festgelegten
1419 Mindestanteil ihrer Bilanzsumme in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an
1420 mittelständische Unternehmen zu vergeben.

1421 Wir fordern eine effektive Kontrolle und Regulierung des internationalen Kapital-
1422 verkehrs, ein Verbot hochspekulativer Investitionsvehikel, die die Stabilität des
1423 Finanzsystems und damit der gesamten Weltwirtschaft gefährden. Wir wollen spe-
1424 kulativen Investmentvehikeln wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften
1425 die Geschäftstätigkeit in der Bundesrepublik verbieten. Sämtliche Finanztransakti-
1426 onen wie Börsenumsätze, außerbörslicher Handel oder Devisengeschäfte sind mit
1427 einer Steuer zu belegen, um Spekulation unattraktiv zu machen. Leerverkäufe sind
1428 zu verbieten. Als ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Börsenumsatz-
1429 steuer in Deutschland. Die Wechselkurse der wichtigsten Leitwährungen müssen
1430 durch Zielzonen stabilisiert werden. Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs-
1431 und Aufsichtsstrukturen aufgebaut und bestehende gestärkt werden. Wir setzen
1432 uns für eine Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken ein, um Steuerdumping
1433 innerhalb der EU zu beenden. Steueroasen – in denen zudem keine wirksame Re-
1434 gulierung stattfindet – müssen ausgetrocknet werden, indem Geschäfte mit ihnen
1435 unterbunden werden.

1436 **Nachhaltige Agrarwirtschaft und ländliche Entwicklung**

1437 Die agrarwirtschaftliche Primärproduktion gehört zu den Schlüsselbereichen beim
1438 sozial-ökologischen Umbau und zur Sicherung der Ernährungssouveränität. Sie
1439 muss durch nachhaltige Produktionsmethoden und -verfahren die Nachfrage nach
1440 Rohstoffen für sichere, gesunde Lebens- und Futtermittel sowie Biomasse zur
1441 energetischen und stofflichen Nutzung decken. Zugleich soll sie die Böden frucht-
1442 bar, das Wasser sauber und die Luft rein halten sowie die biologische Vielfalt in
1443 den Kulturlandschaften bewahren. Wir wollen innovative, ressourcenschonende
1444 Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei im Einklang mit der Natur. Das
1445 erfordert einen sinkenden Aufwand an Agrochemikalien, synthetischen Düngemit-
1446 teln, Wasser und Energie. Ermöglicht wird das durch Verbindung von Agrarwissen-
1447 schaften und bäuerlichen Erfahrungen.

1448 Wir wollen nachhaltig wirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe, genossenschaft-
1449 liche und kommunale Betriebe stärken und einer Konzentration privaten Grundei-
1450 gentums entgegenwirken, die Errungenschaften der Bodenreform verteidigen und
1451 vielfältige Formen überbetrieblicher, regionaler und überregionaler Zusammenar-

1452 beit der Primärproduzenten unterstützen. Wir setzen auf sozialökologisch ausge-
1453 richteten Strukturwandel durch Kooperation.

1454 **Förderung strukturschwacher Regionen, Verantwortung in Ostdeutschland**

1455 DIE LINKE strebt gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundes-
1456 republik Deutschland und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäi-
1457 schen Union an. Die europäische Politik muss in diesem Zusammenhang die Regi-
1458 onen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und zugleich die Stabilität
1459 in allen anderen Regionen stützen. Die Weiterentwicklung der EU-

1460 Strukturförderung muss den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energie-
1461 wende gerecht werden, sie muss den ökologischen Umbau und den Ausbau der
1462 öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren. Strukturschwache Länder und Regionen
1463 müssen in einem kooperativen und sozialen Bundesstaat unterstützt werden. Wir
1464 wenden uns gegen Wettbewerbsföderalismus, in dem die Länder gegeneinander
1465 mit unterschiedlichen Steuern, Standards und Bedingungen im öffentlichen Dienst
1466 konkurrieren. Er nützt nur den reichen Ländern sowie den mobilen Unternehmen
1467 und wohlhabenden Bevölkerungsgruppen. Er schadet den Menschen, deren Le-
1468 bens- und Arbeitsbedingungen verschlechtert werden.

1469 Notwendig ist eine starke Regionalpolitik, an der die Bürgerinnen und Bürger vor
1470 Ort demokratisch beteiligt werden und die alle vorhandenen lokalen und regiona-
1471 len Entwicklungspotenziale in Regionalentwicklungsplänen und Bürgerhaushalten
1472 fördert. Erforderlich ist eine verbesserte Zusammenarbeit und Verflechtung von
1473 Wachstumszentren und strukturschwachen ländlichen Gebieten. Es geht darum,
1474 durch umfassende Angebote in Bildung, Kultur, Freizeit- und Kinderbetreuungsein-
1475 richtungen und die Förderung attraktiver Arbeitsplätze lebenswerte Rahmenbedin-
1476 gungen – besonders für junge Menschen – zu schaffen, so dass es sich lohnt, in
1477 der Region zu bleiben.

1478 Für DIE LINKE hat schon aufgrund ihrer historischen Entwicklung die Vertretung
1479 ostdeutscher Interessen besonderen Stellenwert. Ostdeutschland bedarf eines
1480 neuen Politikansatzes, um extrem hohe Erwerbslosigkeit, niedrigere Löhne als im
1481 Westen und das weitere Abwandern junger Menschen zu beenden. Neue Entwick-
1482 lungswege für Ostdeutschland erfordern Landesentwicklungskonzepte und eine
1483 langfristige gesamtdeutsche Innovations-, Investitions- und Strukturpolitik, um
1484 Entwicklungsnachteile Ostdeutschlands gezielt auszugleichen. Dazu gehören ver-
1485 stärkte Investitionen in Bildung, Qualifikation und Forschung, die Förderung von
1486 Zukunftsbranchen und -unternehmen sowie von Zentren regionaler Wirtschafts-

1487 entwicklung durch Kooperation von Wissenschaftseinrichtungen und Unterneh-
1488 mensnetzen.

1489 **Umverteilung und gerechte Steuern**

1490 DIE LINKE will soziale Sicherheit für alle und soziale Gerechtigkeit. Soziale Un-
1491 gleichheit der Einkommen und Vermögen sind nur gerechtfertigt, wenn sie auf
1492 unterschiedlicher Leistung beruhen oder als Anreize für die Bewältigung gesell-
1493 schaftlicher Aufgaben notwendig sind. Wir streben deshalb eine soziale Umvertei-
1494 lung von oben nach unten an. Gerechte, ausgeglichene Verhältnisse
1495 sind auch wichtig zur Stärkung der Demokratie, weil die Verfügung über große
1496 finanzielle Mittel auch politische Macht verleiht.

1497 Die öffentlichen Finanzen wollen wir mit einer gerechten Steuerpolitik, die zu höhe-
1498 ren Einnahmen führt, stärken. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.
1499 Die Profiteure des Finanzkapitalismus, der Umverteilungspolitik und der Banken-
1500 rettungsaktionen der Staaten müssen an den Kosten der Krisenbewältigung und
1501 eines sozial-ökologischen Umbaus beteiligt werden. Wir fordern die Wiedereinfüh-
1502 rung der Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent
1503 jährlich auf private Millionenvermögen. Wir fordern zugleich eine deutliche Anhe-
1504 bung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen. Dies alles ist auch wichtig, um die
1505 extreme Ungleichheit und Konzentration privater Vermögen zu verringern. DIE
1506 LINKE tritt für ökologische Steuern mit einer wirksamen Lenkungsfunktion in Rich-
1507 tung Senkung des Ressourcenverbrauchs ein. Diese Steuern müssen bei der Pro-
1508 duktion statt beim Endverbraucher ansetzen.

1509 Konzerne und andere finanzstarke Unternehmen müssen wieder mehr Steuern
1510 zahlen. Steuerschlupflöcher wollen wir schließen. Wir fordern die kräftige Anhe-
1511 bung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer. Wir verlangen die Kontroll-
1512 mitteilungen der Banken über Kapitalerträge und eine Meldepflicht für Finanzanla-
1513 gen im Ausland sowie mehr Personal in den Finanzbehörden, um Steuerflucht und
1514 hinterziehung zu bekämpfen. Kapitaleinkommen müssen künftig wieder zum per-
1515 sönlichen Steuersatz versteuert werden statt mit einer pauschalen Abgeltungs-
1516 steuer von nur 25 Prozent. Die Bezieherinnen und Bezieher niedriger und mittlerer
1517 Einkommen wollen wir dagegen steuerlich entlasten. Wir fordern die Abschaffung
1518 des Ehegattensplittings, denn dieses fördert die traditionelle männlich dominierte
1519 Alleinverdienerehe und hemmt die Erwerbstätigkeit von Frauen. Andere Familien-
1520 formen werden dadurch benachteiligt. Stattdessen sind die öffentlichen Maßnah-
1521 men zur Förderung von Kindern auszuweiten.

1522 Wir wollen eine vom jeweiligen Verkehrsmittel unabhängige Kilometerpauschale
1523 für den Weg zur Arbeit einführen – auch für Niedrigverdienerinnen und -verdiener,
1524 die keine Steuern zahlen. DIE LINKE will den ermäßigten Umsatzsteuersatz auf
1525 arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks ausweiten.

1526 **Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat**

1527 Jede und jeder braucht soziale Sicherheit, um selbstbestimmt leben und das Recht
1528 auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können. Hierzu be-
1529 darf es der Stärkung des Sozialstaatsprinzips im Grundgesetz durch die Einführung
1530 sozialer Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, Bildung, Wohnen, soziokulturelle
1531 Existenzsicherung und gesundheitliche Versorgung. Wir wollen einen aktiven Sozi-
1532 alstaat, der die Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und Behin-
1533 derung sowie Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit solidarisch absichert, vor
1534 Armut schützt und im Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde garantiert. Wir
1535 setzen auf die finanzielle Förderung der Selbstorganisation aus öffentlichen Mit-
1536 teln, insbesondere der Erwerbslosen. Sozialstaatliche Leistungen müssen auf indi-
1537 viduellen Rechtsansprüchen beruhen, um patriarchale Abhängigkeiten und behörd-
1538 liche Willkür zu verhindern.

1539 Die Politik der Entstaatlichung, Liberalisierung und bedingungslosen Wettbewerbs-
1540 orientierung ist rückgängig zu machen. Die Befriedigung menschlicher Grundbe-
1541 dürfnisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit muss für jeden Menschen unab-
1542 hängig von seinem Geldbeutel gewährleistet werden. Die Daseinsvorsorge in der
1543 Versorgung mit Wasser, Energie, Transport- und Kommunikationsdiensten flächen-
1544 deckend, für alle erschwinglich und in hoher Qualität zu sichern, ist eine öffentliche
1545 Aufgabe. Sie muss ebenso wie Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen in öffent-
1546 lichen, nicht profitorientierten Unternehmen organisiert werden. Das Recht auf
1547 menschenwürdiges Wohnen muss gesetzlich verankert werden. Die Teilhabe an
1548 Kultur muss gesichert werden. Wir wollen, dass Betreuungs- und Freizeitangebote
1549 für Kinder und Jugendliche problemlos erreichbar sind, ebenso wie soziale Dienste
1550 der Familien- und Erziehungshilfe. Ausnahmslos alle in Deutschland Lebenden,
1551 unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, müssen durch den demokratischen
1552 Sozialstaat gegen Ausgrenzungen geschützt werden.

1553 Eine angemessene Wohnung und selbstbestimmtes Wohnen für alle Generationen
1554 gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde.
1555 Wohnen muss für alle langfristig bezahlbar sein. Dazu gehören ein sozial ausgewo-
1556 genes Mietrecht, wohnwertbezogene Mieten und ein regelmäßig angepasstes
1557 Wohngeld. Wir fordern einen sozialen Wohnungsbau sowie die gleichberechtigte

1558 Förderung aller Wohneigentumsformen und eine aktive Städtebauförderung. Eine
1559 gemeinnützige Wohnungswirtschaft soll Träger des Wohnens als Daseinsvorsorge
1560 sein und zur ausgewogenen Entwicklung des Wohnungsmarktes beitragen. DIE
1561 LINKE wird weiterhin dafür streiten, dass das Grundrecht auf Wohnen ins Grundge-
1562 setz aufgenommen wird.

1563 Ein wichtiger Grund für die Finanzprobleme der Sozialkassen ist die Massen-
1564 erwerbslosigkeit. Hinzu kommen politische Entscheidungen zu Lasten der Sozial-
1565 versicherungen, Lohndumping und die Vernichtung sozialversicherungspflichtiger
1566 Arbeitsplätze. Diese Entwicklungen haben zur Erosion der Beitragseinnahmen
1567 geführt. Es gibt auch keinen demografischen Grund für Rentenkürzungen. Trotz
1568 eines wachsenden Anteils Älterer an der Bevölkerung sind steigende Renten reali-
1569 sierbar. Diese Möglichkeit beruht auf steigender Produktivität der Arbeit und voller
1570 Ausschöpfung des gesellschaftlichen Arbeitspotenzials. Denn die steigende Pro-
1571 duktivität der Arbeit ermöglicht bei solidarischer Verteilung weiter steigende Ren-
1572 ten ebenso wie Arbeitseinkommen trotz eines wachsenden Anteils Älterer an der
1573 Bevölkerung.

1574 Wir wollen eine solidarische Erwerbstätigenversicherung als Alterssicherung, die zu
1575 einer gesetzlichen Rente deutlich über der Armutsgrenze führt und den erarbei-
1576 teten Lebensstandard weitgehend sichert. Sie macht eine staatliche Förderung der
1577 privaten Altersvorsorge überflüssig. Diese kann drohende Altersarmut nicht ver-
1578 meiden und hat zur Aufblähung der Finanzsphäre wesentlich beigetragen. Wir for-
1579 dern eine solidarische Erwerbstätigenversicherung, die alle Erwerbstätigen in eine
1580 paritätisch finanzierte, gesetzliche Rentenversicherung einbezieht, sowie eine
1581 solidarische Mindestrente im Rahmen der Erwerbstätigenversicherung, um Alters-
1582 armut zu verhindern. Die solidarische Mindestrente speist sich zum einen aus den
1583 eigenen beitragsbegründeten Rentenansprüchen und zum anderen aus Steuermit-
1584 teln für diejenigen, deren Einkommen und Vermögen zu einem Leben unterhalb
1585 der Armutsgrenze führen würden. Wir wollen den Solidarausgleich in der gesetzli-
1586 chen Rente stärken, darum auch die Beitragsbemessungsgrenzen erst deutlich
1587 anheben und letztlich aufheben und die Rentenansprüche für die hohen Einkom-
1588 men abflachen. Wir streiten für die Angleichung der Rentenwerte Ost auf das
1589 Westniveau. Die Rente erst ab 67 lehnen wir ohne Wenn und Aber ab. Wir fordern
1590 die Wiedereinführung der Regelaltersgrenze von 65 Jahren und die Möglichkeit,
1591 schon vorher flexibel aus dem Erwerbsleben auszusteigen.

1592 Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten
1593 Lebensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg.
1594 DIE LINKE fordert stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Ar-
1595 beitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung,

1596 die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet.
1597 Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Bedarfsgemeinschaften und die
1598 Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsver-
1599 pflichtungen. Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedin-
1600 gungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und
1601 gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln.
1602 Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen
1603 wir weiterführen.

1604 DIE LINKE kämpft für ein demokratisches Gesundheitswesen, das auf der Solidari-
1605 schen Bürgerversicherung als allgemeiner Kranken- und Pflegeversicherung und
1606 einer öffentlichen Gesundheitsversorgung basiert. In eine Solidarische Bürgerver-
1607 sicherung zahlen alle Menschen entsprechend ihrer Einkünfte (Erwerbs-, Kapital-
1608 und andere Einkommen) ein. Die Solidarische Bürgerversicherung hebt die Tren-
1609 nung von Gesetzlicher und Privater Kranken- und Pflegeversicherung auf und basiert
1610 auf Wiederherstellung der Parität. Unter Gesundheit verstehen wir „einen Zustand
1611 vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht bloß
1612 die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen“ (Definition der Weltgesundheits-
1613 organisation WHO). Die Leistungen des Gesundheitswesens müssen uneinge-
1614 schränkt der bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnort- und zeitnahen ge-
1615 sundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen Menschen, unabhän-
1616 gig von ihrer sozialen, finanziellen und Aufenthaltsrechtlichen Situation zur Verfü-
1617 gung stehen.

1618 Gesundheit ist keine Ware. Die öffentlichen Eigentumsverhältnisse und Strukturen
1619 des Gesundheitswesens, als Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, sind vor
1620 marktwirtschaftlichen Eingriffen zu schützen. Arzneimittelpreise sind gesetzlich zu
1621 kontrollieren. Die demokratische Mitbestimmung der Versicherten, der unabhän-
1622 gigen Patientenvertretungen und der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist ent-
1623 sprechend gesetzlich zu regeln. Im Gesundheitswesen erzielte wirtschaftliche
1624 Überschüsse sind zum Wohle der Versicherten und Beschäftigten einzusetzen.
1625 Dienste der stationären und ambulanten medizinischen Versorgung, der Rehabilita-
1626 tion und der Pflege sind als Integrierte Versorgung sektorenübergreifend zu organi-
1627 sieren. Wir wollen poliklinische Strukturen, die Einrichtung ambulanter Behand-
1628 lungszentren mit angestellten Fachärzten verschiedener Fachrichtungen fördern,
1629 um einen vernünftigen Umgang mit Ressourcen statt Leistungskürzungen zu garan-
1630 tieren. Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention müssen als eigenständige
1631 Säule des Gesundheitswesens entwickelt und in einem Präventionsgesetz veran-
1632 kert werden.

1633 Wir wollen eine liberale und aufgeklärte Drogenpolitik in Deutschland. Drogen sind
1634 eine Alltagserscheinung. Der Alkoholmissbrauch wird immer mehr ein gesellschaft-
1635 liches Problem. Die Unterscheidung in legale und illegalisierte Substanzen ist will-
1636 kürlich. Illegalisierte Drogen sowie deren Missbrauch können zu schweren gesund-
1637 heitlichen, sozialen und materiellen Problemen führen. Wir treten daher für eine
1638 rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogen-
1639 konsums und eine Legalisierung von weichen Drogen beinhaltet. Im Grundsatz
1640 wollen wir eine Gesellschaft, die nicht auf Strafe und Repression gegen Drogen-
1641 konsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern die mit Prävention und Aufklä-
1642 rung dem Drogenmissbrauch vorbeugt.

1643 **IV.2. Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft**

1644 Die Bundesrepublik Deutschland bedarf der Erneuerung als demokratischer und
1645 sozialer Rechtsstaat. Deshalb muss die repräsentative parlamentarische Demokra-
1646 tie durch direkte Demokratie erweitert werden. Der Volksentscheid soll dafür ein
1647 wichtiges Mittel werden. Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, insbesonde-
1648 re auch im Finanzsektor, die Stärkung des Öffentlichen und einer demokratischen
1649 Öffentlichkeit sind unsere Alternativen zu neoliberaler Privatisierung und einem
1650 autoritären Sicherheitsstaat.

1651 **Stärkung der Parlamente und partizipative Demokratie**

1652 Für DIE LINKE gehören politische und soziale, individuelle und kollektive Freiheits-
1653 und Teilhaberechte zusammen. DIE LINKE will demokratische Kontrolle und Mitbe-
1654 stimmung in der Wirtschaft und im Staat, in den Massenmedien, in Bildung, Wis-
1655 senschaft und anderen Gesellschaftsbereichen ausbauen. Betriebe und Beleg-
1656 schaften dürfen nicht länger die Verfügungsmasse von Finanzinvestoren sein.
1657 Deshalb setzen wir uns für die Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung und
1658 für die Durchsetzung des Vetorechts der Belegschaften gegen die Schließung von
1659 Betrieben ein, die nicht von Insolvenz bedroht sind.

1660 Der Kapitalismus hat die Grundlagen von Demokratie als Herrschaft des Volkes
1661 untergraben. Wahlen werden zur Farce, wenn sich die Gewählten ihre Entschei-
1662 dungen von Großunternehmen und den Vermögenden diktieren lassen und so der
1663 demokratischen Kontrolle entziehen. Deshalb fordern wir, dass Wirtschaftsverbän-
1664 de und Unternehmen nicht an Parteien spenden dürfen und es ihnen verboten
1665 wird, Abgeordnete in Landtagen, Bundestag oder Europaparlament auf ihren Gel-
1666 haltslisten zu führen. Auch Großspenden von Privatpersonen müssen begrenzt
1667 werden, um die Demokratie vor dem Einfluss des großen Geldes zu schützen.

1668 Wir treten für eine Stärkung aller Vertretungskörperschaften – von der Gemeinde-
1669 vertretung bis zum Europäischen Parlament – als demokratische Entscheidungs-
1670 gremien ein. Dafür brauchen die Vertretungskörperschaften entsprechende Rechte
1671 und Ressourcen, um auf gleicher Augenhöhe mit Regierungen und Verwaltungen
1672 agieren zu können. Die Parlamente müssen durch die Regierungen nicht nur früh-
1673 zeitiger und umfassender über die Entscheidungsvorbereitung informiert, sondern
1674 auch in sie einbezogen werden. Die parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit ist zu
1675 qualifizieren. Positionen von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Mie-
1676 ter- und Behindertenverbänden, Selbsthilfeorganisationen und demokratischen
1677 Bewegungen müssen frühzeitig gehört werden. Die Rechte der Ausschüsse und
1678 Abgeordneten auf Unterrichtung und Akteneinsicht sind zu stärken.

1679 Das Europäische Parlament muss gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden
1680 können und ein eigenständiges Initiativrecht erhalten. In dem Maße, indem die
1681 Europäische Union geographisch, gesellschaftlich, kulturell, aber auch
1682 administrativ größer und komplexer geworden ist und ihre
1683 Entscheidungsbefugnisse umfangreicher werden, sind erweiterte Kontroll- und
1684 Mitwirkungsrechte des Bundestages und der Landesparlamente im Prozess der
1685 europäischen Gesetzgebung notwendiges und unverzichtbares Element. DIE LINKE
1686 fordert weiter, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre abzusenken.

1687 Wir setzen uns dafür ein, neue Formen einer Politik von unten zu entwickeln. Dazu
1688 gehören auch der politische Streik und der Generalstreik. Eine lebendige Demokra-
1689 tie muss erweiterte Möglichkeiten direkter demokratischer Entscheidung und Mit-
1690 wirkung über Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sowie Bürger-
1691 begehren und Bürgerentscheide schaffen. Zugleich sollen obligatorische Volksent-
1692 scheide über die EU-Verträge eingeführt werden; die Bürgerinnen und Bürger müs-
1693 sen EU-weit das Recht erhalten, über Bürgerinitiativen, -begehren und -entscheide
1694 auf europäische Entscheidungen wirksam Einfluss zu nehmen.

1695 **Demokratische Kommunen**

1696 Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, über ihr eigenes Leben selbst zu bestim-
1697 men, hängt in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen
1698 des Alltags wie auch der Zukunft der Gesellschaft entschieden. DIE LINKE enga-
1699 giert sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für starkes
1700 kommunales Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Da-
1701 seinsvorsorge. Damit Demokratie keine leere Hülle wird, brauchen Kommunen und
1702 Staat hinreichende finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaft-
1703 liche und soziale Prozesse. Auch deshalb lehnen wir die Privatisierung öffentlicher

1704 Daseinsvorsorge und sozialer Sicherungssysteme ab und fordern eine Stärkung
1705 öffentlichen Eigentums.

1706 Für die LINKE sind die Kommunen nicht nur eine Verwaltungs-, sondern auch eine
1707 entscheidende Gestaltungsebene. Hier erleben Bürgerinnen und Bürger alle Wider-
1708 sprüche der gesellschaftlichen Entwicklung unmittelbar und erfahren, wie Politik
1709 funktioniert. Mit den Instrumenten der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und
1710 Bürger können sie Veränderungen bewirken. Kommunen müssen eine stärkere
1711 Stellung im föderalen System erhalten. Dadurch erhalten Bürgerinnen und Bürger
1712 größeren Einfluss auf die Lösung lokaler und regionaler Probleme. In den Kommu-
1713 nen gibt es die Chance, neue Lebensformen zu erproben. Dafür müssen Räume zur
1714 politischen, sozialen und kulturellen Selbstorganisation geschaffen werden. Leis-
1715 tungen der Daseinsvorsorge müssen durch die Kommunen selbst wahrgenommen
1716 werden. Für Profitinteressen darf dabei kein Platz sein. Deshalb gilt es im Interesse
1717 des Gemeinwohls, das öffentliche Eigentum zu erhalten und keine weitere Privati-
1718 sierung kommunaler Leistungen zuzulassen. Vielmehr sind Rekommunalisierungen
1719 für die Stärkung der Daseinsvorsorge notwendig.

1720 Für eine stärkere Stellung der Kommunen im föderalen System müssen Verände-
1721 rungen in mindestens drei Bereichen vorgenommen werden. Das kommunale Ver-
1722 fassungsrecht muss so ausgestaltet werden, dass Kommunen im stärkeren Maße
1723 in eigener Verantwortung Aufgaben wahrnehmen können. Notwendig ist eine
1724 Finanzverfassung, die eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen sichert.
1725 Das kommunale Wirtschaftsrecht muss so ausgestaltet werden, dass kommunale
1726 Unternehmen gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teilnehmen können. Öffentli-
1727 che Unternehmen müssen so gestärkt werden, dass sich regionale Wirtschafts-
1728 kreisläufe besser entwickeln können. Zur Umsetzung dieser drei Bereiche ist es
1729 notwendig, die kommunale Demokratie auszubauen. Die damit verbundene Stär-
1730 kung der Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen sichert die kom-
1731 munale Daseinsvorsorge.

1732 DIE LINKE wirkt für eine partizipative Haushaltspolitik, für Bürgerhaushalte als
1733 wichtige Form der kommunalen Demokratie. Unsere Vision sind solidarische Bür-
1734 gerkommunen, in denen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden
1735 und gestalten und die soziale und ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften
1736 eigenständig in die Hand nehmen.

1737 Die zivilgesellschaftliche Selbstverwaltung ist ein wichtiges Feld für demokratische
1738 Mitbestimmung. Sie festigt den sozialen Zusammenhalt in den Städten, Dörfern
1739 und Gemeinden. Vereine, Verbände und Initiativen ermöglichen vielen Bürgerinnen
1740 und Bürgern, Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben in vielfältigen Berei-

1741 chen zu übernehmen. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, zivilgesellschaftliche
1742 Akteure, die gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, zu fördern. Sie fordert dabei
1743 Transparenz und öffentliche Kontrolle, um die Einhaltung sozialer und ökologischer
1744 Standards zu sichern. Voraussetzung sind die demokratische Legitimation und eine
1745 ausreichende Finanzierung der übertragenen Aufgaben.

1746 **Konsequente Umsetzung der Gewaltenteilung – Selbstverwaltung der Justiz** 1747 **einführen**

1748 Im europäischen Maßstab ist Deutschland Schlusslicht und wurde von der Parla-
1749 mentarischen Versammlung des Europarates aufgefordert, dem Vorbild der über-
1750 wiegenden Mehrheit der europäischen Staaten zu folgen und zur Sicherung der
1751 Unabhängigkeit der Justiz die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwalt-
1752 schaften durch Justizräte zu ermöglichen.

1753 DIE LINKE setzt sich darum auf Bundes- und Landesebene für eine konsequente
1754 Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine Demokratisierung der Justiz
1755 ein. Die zu bildenden Justizräte sind parteipolitisch unabhängig und ausschließlich
1756 der Umsetzung des grundgesetzlichen Justizgewährungsanspruchs verpflichtet. Die
1757 Bestellung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten
1758 soll ausschließlich durch Richterwahlausschüsse erfolgen. Dabei ist sicherzustellen,
1759 dass die ausgewählten Kandidatinnen und Kandidaten alle gesellschaftlichen
1760 Schichten angemessen repräsentieren. Nur eine repräsentative Zusammensetzung
1761 der Justiz bietet Gewähr, dass tatsächlich im Namen des Volkes Recht gesprochen
1762 wird. Die Stärkung des Rechtsstaates erfordert außerdem eine den Richterinnen
1763 und Richtern gleiche Unabhängigkeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

1764 **Demokratisch kontrollierte Medien**

1765 Medienmacht und Medienmanipulation sind eine Gefahr für die Demokratie. Um so
1766 wichtiger ist die Bewahrung eines freien Internets ohne Zensur und mit festge-
1767 schriebener Netzneutralität. Das Internet ist für DIE LINKE ein öffentliches Gut, die
1768 Netzinfrastruktur gehört unter gesellschaftliche Kontrolle und muss demokratisiert
1769 werden. Demokratische Medien erfordern demokratische Redaktionsstatuten, die
1770 Stärkung einer breiten Gegenöffentlichkeit sowie die Anwendung des Kartellrechts
1771 auf den Mediensektor.

1772 Medienbildung muss im digitalen Zeitalter als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
1773 begriffen werden. DIE LINKE fordert Medienbildungsangebote, die für alle Bevölke-
1774 rungsgruppen unabhängig von Alter, sozialer Lage und Region zur Verfügung ste-

1775 hen und Kompetenz im Umgang mit dem Internet und digitalen Medien zu vermit-
1776 teln.

1777 Bürgerinnen und Bürger müssen analytische Fähigkeiten entwickeln, um digitale
1778 Medien und Inhalte zu verstehen, kritisch zu bewerten sowie selbst in vielfältigen
1779 Kontexten zu kommunizieren. Eine patriarchal gedachte Verbots- und Bewahrpä-
1780 dagogik, die auf Basis eines repressiv verstandenen Jugendschutzes kompetenten
1781 Medienumgang zu beschränken versucht, ist nicht im Sinne eines emanzipatori-
1782 schen Menschenbildes – dies lehnt DIE LINKE ab.

1783 Viele Menschen haben keinen Zugang zu modernen Medien und können somit
1784 nicht die Möglichkeiten nutzen, die mit moderner Informationstechnologie verbun-
1785 den sind. Die Massenmedien befinden sich überwiegend im Besitz weniger Kon-
1786 zerne und Finanzinvestoren. Sie bestimmen mit, was wir lernen und wissen, wor-
1787 über wir reden und was wir meinen sollten. Mediennutzung und Kontrolle durch
1788 Medien überlappen sich immer mehr. DIE LINKE kämpft gegen diese Spaltung,
1789 gegen Überwachung und Kontrolle, für Informations- und Meinungsäußerungsfrei-
1790 heit und für die Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien.

1791 **Demokratie in der digitalen Gesellschaft**

1792 Das Netz bietet für Partizipation, Offenheit und Transparenz neue Möglichkeiten.
1793 Dort findet mehr und mehr öffentliche Meinungsbildung statt. Die Möglichkeiten
1794 für mehr gesellschaftliche Teilhabe an politischen Entscheidungen im digitalen
1795 Zeitalter muss DIE LINKE aufgreifen – im Sinne auch von Bürgerinnen und Bürgern,
1796 die sich von der Politik abgewandt haben. DIE LINKE öffnet sich für das demokrati-
1797 sche Potenzial des Netzes, die gesellschaftliche Teilhabe durch Open Government
1798 und E-Demokratie (bspw. Online-Petitionen, Bürgerhaushalte) zu verteidigen und
1799 auszubauen. Wir setzen uns ein für ein verstärktes Angebot und die Nutzung von
1800 Open Data, also nicht genuin schützenswerten Daten wie Archiven und Haushalts-
1801 daten oder Rechtstexten.

1802 Auch Soziale Netzwerke im Internet, Suchmaschinen, Geodatendienste, Online-
1803 Shops und andere Inhalte-Anbieter sammeln weltweit persönliche Daten von Milli-
1804 onen Menschen, auch gegen deren Willen, und verknüpfen diese. Immer vielfältige-
1805 re Datenprofile von Nutzerinnen und Nutzern entstehen und werden privatwirt-
1806 schaftlich verwertet. Der Vorteil frei zugänglicher Information und sozialer Interak-
1807 tion wird durch die Ausbeutung privater Daten aufgehoben. Die Welt als ein media-
1808 les Dorf benötigt neue Kontrollmechanismen, damit der Mensch im digitalen Zeital-
1809 ter nicht unter den Datenmengen und ihrer Verwertung begraben wird.

1810 **Stärkung der individuellen Rechte**

1811 Gegen den Abbau von Bürgerrechten und den Ausbau des Sicherheitsstaates setzen wir auf die Stärkung der individuellen Rechte, den Schutz persönlicher Daten, 1812 Partizipationsmöglichkeiten sozialer Organisationen und Bewegungen und auf eine 1813 unabhängige demokratische Kontrolle der staatlichen Sicherheitsorgane. Wir unterstützen 1814 Initiativen der demokratischen Selbstverwaltung öffentlicher Räume. Wir 1815 lehnen den Ausbau des Überwachungsstaates ab und fordern die strikte Trennung 1816 und demokratische Kontrolle von Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten. Perspektivisch 1817 wollen wir die Geheimdienste abschaffen. Wir setzen uns ein für gleiche 1818 politische und soziale Rechte für alle in Deutschland und der Europäischen 1819 Union lebenden Menschen, denn politische und soziale Rechte sind Menschenrechte. 1820 Der Rechtsstaat muss sozial werden. Heute ist die Bedingung einer lebendigen 1821 Demokratie, dass Gleichheit vor dem Gesetz gesichert ist, materiell nicht 1822 erfüllt. Ein Gerichtsverfahren über einen höheren Streitwert kann sich nur leisten, 1823 wer über die nötigen finanziellen Mittel verfügt. Dies muss korrigiert werden, damit 1824 alle Menschen vor Gericht gleichgestellt sind. 1825

1826 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gerät zunehmend in Gefahr. Die 1827 Vorstellung von gläsernen Bürgerinnen und Bürgern erschreckt uns. Das Recht auf 1828 Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung ist für uns unverzichtbare 1829 Voraussetzung demokratischer Staatlichkeit. Der „Datenstriptease“ stellt die ganze 1830 Bevölkerung unter einen Generalverdacht, in besonderem Maße betroffen sind 1831 sozial Schwache beim Leistungsantrag und politisch aktive Linke, die einer Total- 1832 überwachung unterworfen werden. Wir setzen uns für die Sparsamkeit bei der 1833 Erfassung von Daten, für umfassende Verfahrensrechte bei der Verarbeitung und 1834 ihre Sicherheit ein. Konkret stehen wir gegen den Aufbau von Zensurinfrastrukturen 1835 im Internet und Onlinedurchsuchungen, gegen den Ausbau von Videoüberwachung 1836 und die umfassende Speicherung von Telekommunikationsdaten.

1837 **Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit**

1838 Es gibt immer noch kein ausgeglichenes und gerechtes Verhältnis zwischen den 1839 Geschlechtern. Nach wie vor beeinflussen die traditionellen Rollenklischees das 1840 Leben von Frauen und Männern, beeinträchtigen ihre Lebensqualität und Chancen 1841 in der beruflichen und sozialen Entwicklung. Patriarchale Strukturen durchziehen 1842 nach wie vor alle gesellschaftlichen Bereiche. Frauen erbringen mehr als die Hälfte 1843 aller Arbeit in der Gesellschaft, aber ihre Arbeit wird weniger anerkannt, und sie 1844 werden immer noch wesentlich geringer entlohnt als die männlichen Kollegen. 1845 Entsprechend niedriger fallen ihre Sozialleistungsansprüche aus. Insbesondere die

1846 Arbeitsbedingungen, die schlechtere Bezahlung und lange Arbeitszeiten benachteiligen 1847 Frauen und verfestigen das traditionelle Geschlechterverhältnis. Folge ist, 1848 dass Frauen häufig ihre Existenz nicht selbst sichern können. Ökonomische Ab- 1849 hängigkeiten begünstigen auch das Entstehen von Gewaltverhältnissen.

1850 Jede dritte Frau weltweit, jede vierte in Deutschland und Europa ist Gewalt ausge- 1851 setzt. Gewalt gegen Frauen ist ein wichtiges Mittel der Kriegsführung. Doch auch 1852 im privaten Bereich und in der Familie erleben Frauen Gewalt von Männern. Auch 1853 am Arbeitsplatz werden Frauen sexuell belästigt. Gewalt hat viele Gesichter. Ver- 1854 letzung des Rechts auf Selbstbestimmung, körperliche und seelische Schikane, 1855 Demütigung und Diskriminierung. Migrantinnen und in die Illegalität gezwungene 1856 Frauen sind noch häufiger Opfer von Gewalt. Deshalb will DIE LINKE Prävention 1857 ausbauen, unabhängige Frauenhäuser und Gewaltschutzeinrichtungen dauerhaft 1858 finanziell absichern. Geschlechtsspezifische Gewalt muss umfassend als Asylgrund 1859 anerkannt, Opferschutz ausgebaut werden. Opfer von Frauenhandel müssen Blei- 1860 berecht erhalten. Sexuelle Verstümmelung und Zwangsheirat wollen wir wirksam 1861 bekämpfen. Die LINKE weist die Instrumentalisierung von Frauenrechten zur Be- 1862 gründung von Rassismus und Kriegen zurück.

1863 DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem An- 1864 spruch. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben ein, in dem 1865 Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement für 1866 Männer und Frauen miteinander vereinbar werden. Wir treten dafür ein, die sozia- 1867 len Sicherungssysteme, die Gestaltung der Arbeitswelt, das Angebot an öffentli- 1868 chen Dienstleistungen und die Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung 1869 in Wirtschaft und Politik so zu verändern, dass Benachteiligungen abgebaut wer- 1870 den. Alle politischen Entscheidungen und Vorschläge müssen systematisch danach 1871 beurteilt werden, welche Auswirkungen sie auf Frauen und auf Männer haben.

1872 Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitra- 1873 gen, streiten für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, für die Verkür- 1874 zung der Arbeitszeit und für die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienar- 1875 beit auf Männer und Frauen. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz auch für die 1876 Privatwirtschaft. Die Flexibilisierung der Arbeit darf nicht dazu führen, dass das 1877 soziale Miteinander in Familien dem Diktat der Verwertbarkeit von Arbeit unterwor- 1878 fen wird. Wir lehnen prekäre, ungesicherte Beschäftigung und eine zunehmende 1879 Flexibilisierung der Arbeit auch deshalb ab, weil solche Arbeitsverhältnisse fami- 1880 lien- und kinderfeindlich sind. Vielmehr wollen wir Arbeitszeit und Arbeitsmöglich- 1881 keiten in der Weise flexibel gestalten und sozial absichern, dass sie familien- und 1882 kinderfreundlich sind. Wir fordern ein Recht auf ganztägige gebührenfreie Betreu- 1883 ung und Bildung in Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten für alle Kinder.

1884 Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für eine gute frühkindliche Förderung
1885 aller Kinder und ist erforderlich, damit Frauen und Männer gleichberechtigt Er-
1886 werbsarbeit und Familienleben miteinander vereinbaren können. Quotierung bleibt
1887 ein wichtiges Mittel zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit. Wir setzen uns
1888 für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben und die Streichung des Schwanger-
1889 schaftsabbruches als Straftatbestand (§ 218) aus dem Strafgesetzbuch ein.

1890 **Einwanderungsland Deutschland**

1891 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir wollen die soziale und politische Teil-
1892 habe für alle in Deutschland lebenden Menschen erreichen. Der Familiennachzug
1893 muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartne-
1894 rinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein. Die
1895 Förderung der sprachlichen Entwicklung und die Förderung des Bildungserfolges
1896 sind dafür ein Schlüssel. Ethnische Minderheiten sollen optimale Rahmenbedin-
1897 gungen und finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Sprache, Kultur und Identi-
1898 tät pflegen zu können. Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir for-
1899 dern offene Grenzen für Menschen in Not.

1900 DIE LINKE setzt sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Aner-
1901 kennung der Verschiedenheit aller Menschen unterschiedlicher ethnischer Her-
1902 kunft ein. Das erfordert vor allem demokratische Mitbestimmung von Migrantinnen
1903 und Migranten in allen gesellschaftlichen Entscheidungen. DIE LINKE setzt sich für
1904 das aktive und passive Wahlrecht für jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in
1905 Deutschland haben, sowie für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle
1906 Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die
1907 deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die Einbürgerung muss wieder erleichtert
1908 werden. Doppelte Staatsbürgerschaften sollten grundsätzlich möglich sein. DIE
1909 LINKE ist für die Anerkennung von zertifizierten, im Ausland erworbenen Qualifika-
1910 tionen für alle Migrantengruppen.

1911 Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfol-
1912 gung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir for-
1913 dern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die
1914 Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, jede Form von Sonderge-
1915 setzen wie die Residenzpflicht sowie gegen Sammellager. Die unmenschliche Ab-
1916 schottungspolitik der EU nach außen ist zu - wir wollen keine Festung Europa.

1917 **Antidiskriminierungspolitik**

1918 DIE LINKE wendet sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des
1919 Alters, der Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Iden-
1920 tität oder aufgrund jedweder körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung. Alle
1921 Barrieren – in Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der
1922 Kommunikation – wollen wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung be-
1923 drohten Menschen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden. Wir
1924 wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleicher-
1925 maßen respektiert, geachtet und geschützt wird. Ein Paradigmenwechsel in der
1926 Familienpolitik ist dringend notwendig und erfordert ein neues Familienbild. Neben
1927 verheirateten sind unverheiratete Eltern, Patchwork-Familien und auch die Partner-
1928 schaften von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie anderen, die sich nicht in die
1929 gängigen Geschlechterrollen einfügen, als Erziehende anzuerkennen. DIE LINKE
1930 streitet für eine aktive Antidiskriminierungspolitik, die rechtliche Gleichstellung von
1931 Lesben, Schwulen und derjenigen, die nicht den üblichen Geschlechterrollen ent-
1932 sprechen, und für die Förderung ihrer zivilgesellschaftlichen Strukturen.

1933 Um Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftli-
1934 chen Leben zu ermöglichen, sind Nachteilsausgleiche und das Recht auf Selbstver-
1935 tretung auf allen Ebenen unerlässlich. Wir fordern die Umsetzung der UN-
1936 Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

1937 **Gleichberechtigung für Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma**

1938 Die Angehörigen der seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Minderheiten –
1939 Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben – müssen gleichberechtigt ihre spe-
1940 zifischen Belange und Ansprüche artikulieren und realisieren können. Die Politik
1941 hat Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wahrung und Weiterentwicklung der
1942 Identität, Sprache und Kultur der Minderheiten sichern. Notwendig ist die Erarbei-
1943 tung entsprechender bundespolitischer Grundsätze, die mittelfristig in einen
1944 Grundgesetzartikel münden müssen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Rech-
1945 te dieser Minderheiten, insbesondere ihr Recht auf Selbstbestimmung, geschützt
1946 werden und ihre Repräsentanz und Mitwirkung im gesellschaftlichen Meinungs-
1947 und Willensbildungsprozess gefördert wird. In der Bundesrepublik muss sich die
1948 Politik im Bund wie in den Ländern endlich an den international anerkannten Maß-
1949 stäben ausrichten.

1950 **Das Alter würdigen**

1951 DIE LINKE wird in den Seniorenvertretungen der Länder, Kreise und Kommunen
1952 stärker auf die Erarbeitung und Realisierung von Senioren- und Altenhilfeplänen
1953 sowie anderer seniorenpolitischer Instrumentarien Einfluss nehmen, um mehr
1954 Mittel und Möglichkeiten für ältere Menschen sinnvoll zu erschließen. Wir wollen
1955 entsprechend der Vielfalt persönlicher Bedürfnisse und Interessen ältere Men-
1956 schen aufrufen und ermuntern, in Seniorenklubs, Freizeitstätten und Seniorenaka-
1957 demien mitzuwirken sowie spezifischen Neigungen in Bürger-, Heimat- und Sport-
1958 vereinen nachzugehen. Wir halten es für sinnvoll, in Streitgesprächen mit Jugendli-
1959 chen, gemeinsamen Geschichtsprojekten, kulturellen und sportlichen Veranstal-
1960 tungen die Solidarität zwischen den Generationen aktiver fördern.

1961 **Emanzipatorische Bildung**

1962 Bildung ist ein Menschenrecht. Sie soll Menschen in die Lage versetzen, als Indivi-
1963 duen und gemeinsam mit anderen ein freies, ein sozial verantwortliches und
1964 selbstbestimmtes Leben zu führen und die gesellschaftliche Entwicklung aktiv
1965 mitzugestalten. Eine solche emanzipatorische Bildung erfordert Selbstbestimmung
1966 der Lernenden und fördert Kreativität, Kritik- und Handlungsfähigkeit, Solidarität
1967 und historisch-politisches Bewusstsein. Sie entwickelt die Kompetenzen zur Bear-
1968 beitung der gesellschaftlichen und globalen Schlüsselprobleme der Menschheit.
1969 Bildung ist für uns eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung und darf nicht auf
1970 den ökonomisch verwertbaren Wissenserwerb verengt werden. Auch auf europäi-
1971 scher Ebene setzen wir uns für eine entsprechende bildungspolitische Kehrtwende
1972 ein.

1973 In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über den Bil-
1974 dungserfolg wie hierzulande. Das Bildungssystem verstärkt die soziale Ausgren-
1975 zung statt zu integrieren, Bildungsprivilegien der oberen Klassen werden zemen-
1976 tiert. Wir wollen das Grundrecht auf Bildung durchsetzen und Bildungsbarrieren
1977 überwinden. Dafür wollen wir ein inklusives Bildungssystem schaffen, in dem alle
1978 Kinder und Jugendlichen möglichst lange gemeinsam lernen und bestmöglich ge-
1979 fördert werden.

1980 Bildung muss gebührenfrei sein. Dies gilt von der frühkindlichen Bildung über Schu-
1981 len und Berufsausbildung bis zum Studium. Bildung ist ein öffentliches Gut, keine
1982 Ware. Sie muss öffentlich verantwortet und finanziert werden. Wir treten Privatisie-
1983 rungen im Bildungsbereich entgegen, weil diese die Ungerechtigkeiten in der Bil-
1984 dung verstärken und die öffentlichen Bildungsinstitutionen schwächen. Gleiche
1985 Bildungsmöglichkeiten für alle erfordern eine erheblich bessere Finanzierung der

1986 öffentlichen Bildungsinstitutionen und eine bessere Zusammenarbeit von Bund und
1987 Ländern.

1988 Die Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, sich Bildung anzueignen, werden
1989 durch ihre Lebensbedingungen bestimmt. Das Zusammenleben in der Kommune,
1990 Freizeit- und Sportangebote sollen in öffentlicher Verantwortung ausgebaut, für
1991 alle zugänglich und am Wohl von Kindern und Jugendlichen orientiert werden. Gute
1992 Lernbedingungen erfordern ebenso gute Arbeitsbedingungen für Lehrende. Prekä-
1993 re Beschäftigung, hohe Arbeitsbelastung, fehlende Zeit und schlechte Löhne gehö-
1994 ren jedoch in vielen Bildungsbereichen zum Alltag. DIE LINKE steht an der Seite
1995 der Gewerkschaften, die für bessere Arbeitsbedingungen und eine gute soziale
1996 Absicherung der Beschäftigten in der Bildung streiten.

1997 Wir treten für die Demokratisierung aller Bildungsbereiche ein. Schülerinnen und
1998 Schüler, Auszubildende und Studierende sollen über die Gestaltung der Bildungs-
1999 prozesse mitentscheiden können.

2000 Wir treten für einen Rechtsanspruch aller Kinder auf ganztägige frühkindliche Bil-
2001 dung und Betreuung unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern ein. Für eine besse-
2002 re Qualität der Förderung streben wir eine Ausbildung der Erzieherinnen und Erzie-
2003 her auf Hochschulniveau an.

2004 Ziel unserer Bildungspolitik ist die Gemeinschaftsschule, die als inklusive Schule
2005 des gemeinsamen Lernens auf die Aufteilung von Lernenden verzichtet. Gemein-
2006 schaftsschulen haben den Anspruch und entwickeln die Fähigkeit, alle Kinder und
2007 Jugendlichen unabhängig von persönlichen und sozialen Voraussetzungen zum
2008 bestmöglichen Lernfortschritt und zum höchstmöglichen Schulabschluss zu füh-
2009 ren.

2010 Wir fordern ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot an Ausbildungs-
2011 plätzen. Daran müssen sich alle Betriebe mit einer solidarischen Umlagefinanzie-
2012 rung beteiligen. Wir wollen gute Ausbildungsvergütungen in allen Branchen, damit
2013 Auszubildende ihren Lebensunterhalt möglichst eigenständig bestreiten können.
2014 Das duale System bildet für uns den Kern der Berufsausbildung. Wir wollen die
2015 Qualität der Ausbildung verbessern und machen uns dafür stark, dass künftig Ar-
2016 beitgeber, Arbeitnehmer und die Öffentliche Hand gleichberechtigt hieran mitwir-
2017 ken.

2018 DIE LINKE will die Hochschulen ausbauen und die Zahl der Studierenden deutlich
2019 erhöhen. Hierzu gehört auch eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifi-
2020 zierte. Allen Studierenden muss die eigenständige inhaltliche Schwerpunktsetzung
2021 und der Zugang zum Master gewährt werden. Bildung und Forschung sollen eine
2022 Einheit bilden. Rüstungsforschung hat an Hochschulen und Forschungseinrichtun-

2023 gen nichts zu suchen, ökonomische Einflussnahme und Verwertungsinteressen
2024 müssen zurückgedrängt werden. Stattdessen sollen Bildung und Wissenschaft im
2025 Dienst der Menschen und einer sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung
2026 der Gesellschaft stehen. Wir wollen neue Freiräume für kritische Wissenschaft
2027 erkämpfen.

2028 Lernen endet nicht mit dem ersten Job. Wir wollen Weiterbildung und lebenslanges
2029 Lernen als öffentliche Aufgabe und individuelles Recht ausbauen. Die Betriebe
2030 müssen für die Fortbildung ihrer Beschäftigten stärker in die Verantwortung ge-
2031 nommen werden. Gleichzeitig brauchen wir umfassende öffentliche Angebote, die
2032 gebührenfrei zugänglich sind und auch allgemeine, kulturelle und politische Wei-
2033 terbildung umfassen.

2034 Die soziale Benachteiligung in der Berufs- und Weiterbildung wollen wir durch eine
2035 Strukturreform der Ausbildungsförderung hin zu einer öffentlich finanzierten Er-
2036 wachsenbildungsförderung bekämpfen. Alle Erwachsenen in Ausbildung sollen
2037 bei individuellem Bedarf eine bedarfsdeckende und elternunabhängige Förderung
2038 erhalten. Diese soll ohne Rückzahlungsverpflichtung und perspektivisch auch über
2039 eine Erstausbildung hinaus gewährt werden.

2040 **Kultur ist unser Fundament**

2041 „Denn wovon lebt der Mensch?“ – fragt Bertolt Brecht. „Wir wollen BROT UND
2042 ROSEN!“ – sagten die Arbeiterinnen von Massachusetts vor 90 Jahren.
2043 Ohne Kultur in Freiheit, in all ihren Facetten und für alle von Anfang an, gibt es
2044 keine lebendige Demokratie. Das ist unsere Überzeugung. Deshalb setzen wir uns
2045 für kulturelle Vielfalt, Kreativität, Kreative, Kunst und Künstler ein.

2046 Heiner Müller schrieb: „Wir stecken bis zum Hals im Kapitalismus.“ Dem wollen
2047 wir die Schaffenskraft entgegensetzen, denn in ihr liegt die Kraft zur Erneuerung
2048 der Gesellschaft. Arbeit allein sichert kein gutes Leben – genauso existentiell ist
2049 das Bedürfnis der Menschen nach Schönheit, Liebe und Kunst. Diese Existenz-
2050 grundlage zu garantieren, ist die Aufgabe des Staates. Deshalb fordern wir das
2051 Staatsziel Kultur. Im Grundgesetz soll festgelegt sein: Der Staat schützt und fördert
2052 die Kultur.

2053 Kunst braucht Brot. Wer ein reiches Kunst- und Kulturschaffen will, muss gute,
2054 existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich ermöglichen. Kunstschaffende und Krea-
2055 tive müssen von ihrer Arbeit leben können – deshalb engagieren wir uns für eine
2056 Reform der sozialen Sicherungssysteme und für Honoraruntergrenzen.

2057 Kultur ist Vielfalt, das heißt: Unterschiedliche Sichtweisen, Gedanken, Visionen,
2058 Positionen kommen zusammen. Ihre Widersprüche stoßen Prozesse an, deren

2059 Wirkung weit über den Kulturbereich hinausgeht. Kulturpolitik ist Gesellschaftspoli-
2060 tik. Deshalb ist es unser Ziel, dass jeder Mensch auf seine Weise an Kultur und
2061 Bildung teilhaben kann.

2062 Kultur hat Kraft. Weltweit hat die Kunst große emanzipatorische Wirkung. Deswe-
2063 gen werden Künstler und Künstlerinnen verfolgt, unterdrückt, zum Schweigen
2064 gebracht. Wir erklären uns mit all jenen solidarisch, die mit ihrem Leben und Den-
2065 ken für eine freie und gerechte Gesellschaft eintreten.

2066 Kultur ist Erinnerung. Menschen haben unterschiedliche kulturelle Traditionen und
2067 Geschichten. Erst die Rückbesinnung auf das kulturelle Erbe lässt ein gemeinsa-
2068 mes Kulturverständnis entstehen. Denn in jeder Kultur mischt sich Vertrautes mit
2069 Neuem, Eigenes mit Fremdem. Kultur verbindet Tradition und Moderne. Deshalb
2070 liegt in der Kultur die Basis für Verständigung und Toleranz.

2071 Das heute herrschende Motto heißt: Brot und Spiele. Wir aber wollen Brot und
2072 Rosen!

2073 **Wissensproduktion und Urheberrecht**

2074 Wir wollen eine Wissenschaftsentwicklung, die zu größerer gesellschaftlicher Ver-
2075 antwortung der Wissenschaftler wie der Anwender führt und die es immer mehr
2076 Menschen ermöglicht, an den Erkenntnissen und Ergebnissen teilzuhaben und ihre
2077 destruktiven Kräfte auszuschalten. Private Monopole über das gesellschaftliche
2078 Wissen widersprechen demokratischen Prinzipien des freien Zugangs zur Wissens-
2079 allmende, des freien Zugang zum Gemeingut der Wissensbestände der Mensch-
2080 heit. Wir lehnen daher eine Privatisierung von Wissenschaftseinrichtungen ebenso
2081 ab wie von Bibliotheken, Museen, Theatern und anderen Stätten des Wissens und
2082 der Kultur. Das schließt die Nutzung der Wissenschaften zur Erhaltung und Bewah-
2083 rung der natürlichen Umwelt sowie die Technikfolgenabschätzung ein.

2084 DIE LINKE setzt sich ein für die Vielfalt und die Freiheit der Medien wie der moder-
2085 nen Kommunikationsmittel und die freie Nutzung des Internets. Alle Nutzerinnen
2086 und Nutzer müssen Daten ihrer Wahl senden und empfangen können. Die Neutra-
2087 lität des Netzes muss gesichert und allen Menschen, ob arm oder reich, in der
2088 Stadt oder auf dem Land, ein gleichberechtigter Zugang zum Internet ermöglicht
2089 werden. Das ist ebenso eine öffentliche Aufgabe wie die Förderung von frei zu-
2090 gänglicher Software (Open Source), die Beschränkung digitaler Eigentumsrechte
2091 und die Sicherung großer und allgemein zugänglicher digitaler Wissensbestände.
2092 Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunterneh-
2093 men wollen wir stärken. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot von Verträgen ein, bei
2094 denen sämtliche Nutzungsrechte an Werken ohne räumliche und zeitliche Begren-

2095 zung gegen ein fixes Honorar an Verwerter abgetreten werden (Total-Buy-Out). Wir
2096 setzen uns dafür ein, dass für möglichst alle Gruppen von Urheberinnen und Urhe-
2097 bern verbindliche Vergütungsregeln bzw. Urhebentarifverträge vereinbart werden.
2098 Wir wollen, dass die Leistungen professionell schöpferisch Tätiger angemessen
2099 vergütet werden und zugleich einen Ausgleich finden, damit die nichtkommerzielle
2100 Nutzung und die kreative Weiterverarbeitung möglichst wenig eingeschränkt wird.
2101 In diesem Sinne wollen wir das Urheberrecht für das Internetzeitalter weiterentwi-
2102 ckeln.

2103 **Kirchen und Religionsgemeinschaften**

2104 DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf freie Religionsausübung. Sie
2105 tritt ein für den Schutz religiöser Minderheiten. Staat und Kirchen sind zu trennen.
2106 DIE LINKE achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre soziale Tätigkeit
2107 und ihre Unabhängigkeit. Allerdings müssen die Grundrechte und Arbeitnehmer-
2108 rechte auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtun-
2109 gen Geltung haben. Niemand, der sich nicht bekennt, darf in irgendeiner Weise
2110 benachteiligt werden. Wir wenden uns gegen jeglichen politischen Missbrauch von
2111 Religion. Schulen sollen Wissen über Religionen vermitteln und die wechselseitige
2112 Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern.

2113 **Faschismus und Rassismus bekämpfen**

2114 Unsere antifaschistische Praxis ist dem Schwur von Buchenwald verpflichtet: "Die
2115 Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer
2116 neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Wir fordern in diesem
2117 Sinne die politische und strafrechtliche Bekämpfung von Faschismus, Neofaschis-
2118 mus, Rassismus und Antisemitismus und setzen uns für ein Verbot aller faschisti-
2119 schen Organisationen ein. Jeglicher Leugnung der Verbrechen des Faschismus
2120 treten wir entschieden entgegen. Sogenannte "national befreite Zonen" dürfen
2121 nicht hingenommen werden, sondern müssen durch Aufklärung und gezielte Aktio-
2122 nen zurückgedrängt und verhindert werden. Gleiches gilt für Nazitreffpunkte und
2123 Naziläden.

2124 Wir setzen uns für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer Bildungs-
2125 arbeit ein. Diskriminierung, Rassismus und Sündenbockpolitik verletzen die Würde
2126 der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr
2127 gegen Krieg und Sozialabbau. Die Verunsicherung von Millionen von Menschen in
2128 Deutschland und Europa durch Wirtschafts- und Finanzkrisen hat seit dem ersten
2129 Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts Rechtspopulismus, autoritären Tendenzen, Antise-

2130 mitismus und im besonderen Maße antimuslimischem Rassismus einen neuen
2131 Schub gegeben. DIE LINKE tritt gegen die Stilisierung des Feindbildes „Islam“ ein
2132 und verurteilt die Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen auf dem Ar-
2133 beitsmarkt, im Bildungssystem, durch Behörden etc.

2134 **IV.3. Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau**

2135 DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als
2136 eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen
2137 Politikbereichen an.

2138 Jeder Mensch hat ein universell gleiches Recht auf einen Anteil an dem, was die
2139 Erde bietet, und eine universell gleiche Pflicht, seine Lebensgrundlage zu schützen.
2140 Die Gleichheit der Nutzungsrechte und die Gleichheit der Schutzpflichten müssen
2141 zum Leitbild des globalen Handelns werden. Die Europäische Union und Deutsch-
2142 land müssen international eine Vorreiterrolle einnehmen. Dabei geht es nicht nur
2143 darum, die Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungsziele der UNO zur Minde-
2144 rung von Armut, Hunger, Kindersterblichkeit, Analphabetismus, Unterentwicklung
2145 und Umweltzerstörung einzuhalten, sondern wegweisend voranzuschreiten. Dazu
2146 gehört vor allem der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft. Er ist nicht
2147 nur ökologisch geboten, sondern auch eine ethische, soziale und wirtschaftliche
2148 Notwendigkeit. Unsere heutige Produktions- und Konsumtionsweise ist nicht ge-
2149 rechtigkeitsfähig, auch weil sie zu unökologisch ist. Und sie ist nicht ökologiefähig,
2150 auch weil sie ungerecht ist.

2151 Das inzwischen allgemein akzeptierte Ziel einer deutlichen Reduktion von Stoff-
2152 und Energieumsätzen wird nur dann erreicht werden, wenn die Gesellschaft gleich-
2153 zeitig sozialer, demokratischer und freier wird. Nur so wird die Herausbildung neu-
2154 er, mit der Umwelt verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps
2155 Akzeptanz finden können. Soziale Sicherheit, verlässliche und ausreichende Ein-
2156 kommens- und Berufsperspektiven, ein Weniger an Herrschaft bei der Arbeit und in
2157 der Gesellschaft sind die Basis für ein Mehr an zwischenmenschlichen Beziehun-
2158 gen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Muße. Eine glücklichere Gesellschaft, die mit
2159 weniger Konsum auskommt, braucht mehr Gleichheit. DIE LINKE will dabei kei-
2160 neswegs bestimmte Lebensweisen vorschreiben, es gibt viele ökologische Lebens-
2161 stile. Entscheidend ist, dass der ökologische Fußabdruck eines jeden im global
2162 zulässigen Rahmen bleibt, also nicht mehr als etwa eine Tonne Kohlenstoffdioxid
2163 pro Jahr verursacht. Wie er entsteht, ist der individuellen Freiheit überlassen, aber
2164 nicht allein individuelle Aufgabe. Es kommt darauf an, die Rahmenbedingungen so
2165 zu gestalten, dass ein ressourcenleichtes Leben für alle attraktiv wird.

2166 Zukunftsfähiges Wirtschaften erfordert die Reduktion des Verbrauchs fossiler Res-
2167 sourcen um 90 Prozent. DIE LINKE will deshalb, dass die Produktion von Gütern
2168 und Dienstleistungen nicht mehr den Profit als oberste Maxime hat, sondern an
2169 sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet wird. Entscheidend wird die Verbindung
2170 ökologischer Steuerung mit mehr sozialer Gerechtigkeit und mit einer Ausweitung
2171 persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten sein. Wenn zur ökologischen Steuerung der
2172 Verbrauch von Umweltressourcen verteuert wird, etwa durch eine Besteuerung von
2173 CO₂, so müssen die Ärmeren von den entstehenden Einnahmen überproportional
2174 profitieren, sei es durch direkte Zahlungen oder sei es durch den Ausbau öffentli-
2175 cher Dienstleistungen.

2176 Eine an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtete Wirtschaft strebt nicht Wachstum
2177 um des Wachstums willen an. Ein steigendes Bruttoinlandsprodukt führt nicht
2178 automatisch zu mehr Wohlstand. Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, den Wachs-
2179 tumsdruck, der aus übermäßiger Profitorientierung und ungerechten, bedrückenden
2180 Verhältnissen resultiert, aus Gesellschaft und Wirtschaft herauszunehmen.

2181 Hohe Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Arbeitszeiten,
2182 übermäßige Verschuldung öffentlicher Haushalte und eine unzureichende Absiche-
2183 rung von Lebensrisiken durch die sozialen Sicherungssysteme blockieren die Ab-
2184 kehr von der Wachstumsfixierung. Herrschaftliche und konkurrenzbetonte Lebens-
2185 und Arbeitsverhältnisse fördern ökologisch und sozial fragwürdige wirtschaftliche
2186 Aktivitäten und Konsumverhaltensweisen.

2187 Wir wollen sämtliche Politikbereiche am sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft
2188 und Gesellschaft orientieren. Dazu gehören vor allem Wirtschafts- und Finanzpoli-
2189 tik, Sozial- und Bildungspolitik, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepoli-
2190 tik, Struktur- und Regionalpolitik, aber auch Friedens- und Verkehrspolitik.

2191 **Klimaschutz und Energiewende**

2192 DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland ohne
2193 Vorbedingungen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu halbieren. Auf ihre Sen-
2194 kung um mindestens 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts wollen wir hinwirken.
2195 Unser Ziel ist die 100-prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien mit einer
2196 Priorität auf Nutzung nahräumlicher Quellen bis zum Jahr 2050. Die Nutzung von
2197 Biomasse zur Energieerzeugung ist erst dann vertretbar, wenn weltweit die voll-
2198 ständige Eigenversorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln sowie Industrierohstof-
2199 fen aus der Landwirtschaft gewährleistet ist. Sie darf nur soweit gehen, dass sie
2200 nicht zur Verteuierung von Nahrungsmitteln führt und in einer nachhaltigen Art und
2201 Weise erfolgt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein erfolgreiches Umbau-

2202 Gesetz. Wir setzen uns für dessen Erhalt und Ausbau ein, auch, um den
2203 Einspeisevorrang von erneuerbaren Energien zu sichern. Die Kosten für die mit
2204 dem ökologischen Erfolg steigende Umlage müssen jedoch vornehmlich von den
2205 Vielverbrauchern in Industrie und Privathaushalten gezahlt werden. Ein Basisver-
2206 brauch muss erschwinglich für alle bleiben und von der Mehrzahlung der Vielver-
2207 braucher finanziert werden. Energienutzung ist ein Menschenrecht, ihr übermäßi-
2208 ger Gebrauch soll jedoch erschwert werden.

2209 Wir fordern die unverzügliche Stilllegung aller Atomkraftwerke und ein Verbot für
2210 den Export von Atomtechnik. Die Endlagersuche muss ergebnisoffen und transpar-
2211 ent, unter Einbeziehung der Bevölkerung erfolgen, der Atom Müll auf Kosten der
2212 Verursacher an Orten mit den geringsten Risiken verwahrt werden. Den Neubau
2213 von Kohlekraftwerken sowie die Untertagespeicherung von Kohlendioxid wollen wir
2214 verhindern. Der Einsatz von Kohle muss sich so verteuern, dass der Betrieb laufen-
2215 der und die Planung neuer Kohlekraftwerke unwirtschaftlich werden.

2216 Die Verbesserung der Energieeffizienz ist ebenfalls Teil der Energiewende. Vor
2217 allem bei der Optimierung des Energieverbrauchs von Gebäuden gibt es große
2218 Potenziale. Sanierungsmaßnahmen, die sich nicht durch geringere Energiekosten
2219 refinanzieren, müssen gefördert werden. Die Kosten sind dabei nicht von den Mie-
2220 ttern, sondern aus den Gewinnen der Energiewirtschaft zu tragen. Wir fordern daher
2221 die Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum und die demokrati-
2222 sche Kontrolle der Unternehmen mit dem Ziel, einen ökologisch verantwortlichen
2223 Umgang mit Energie und eine sozial verantwortliche Finanzierung der Umbaumaß-
2224 nahmen zu erreichen.

2225 Zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Elektrogeräten wollen wir gesetzliche
2226 Regelungen einführen, die gewährleisten, dass die Standards der Geräte mit dem
2227 geringsten Energie- und Ressourceneinsatz während ihres gesamten Lebenszyklus
2228 innerhalb kurzer Zeit zur Vorschrift werden. Als weiteres Kriterium soll die Repara-
2229 turfreundlichkeit mit in die Bewertung einfließen. Diese Regelung sollte auch auf
2230 andere Produkte übertragen werden.

2231 Die bisher für Atomkraft, einschließlich Kernfusion, und fossile Energiesysteme
2232 eingesetzten Forschungs- und Fördermittel sind in den Ausbau erneuerbarer Ener-
2233 giesysteme und Speicherverfahren, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie in
2234 Ausbau und Regelung der Netze umzuleiten. Besonders zu fördern ist die Regelung
2235 von Netzen mit hohem Anteil fluktuierender erneuerbarer Quellen, zum Beispiel
2236 durch die Integration von Kraft-Wärme-Kopplung.

2237 **Natur ist unser Leben**

2238 Die Naturnutzung des einen ist auch der Nutzungsentzug für den anderen. Wer
2239 stetigen Zuwachs fordert, gefährdet das elementare Entwicklungsrecht anderer.
2240 Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen ist kein lästiger Kostenfaktor,
2241 sondern ein Türöffner für eine lebenswertere Zukunft. Wir wollen natürliche Le-
2242 bensräume erhalten, in Deutschland, Europa und weltweit. Die biologische Vielfalt
2243 muss bewahrt werden, um ihrer selbst willen und als Grundlage unseres Lebens.
2244 Dazu gehören Bewahrung und Schutz der verbliebenen großen Naturräume der
2245 Erde ebenso wie die Vernetzung von Schutzgebieten. Wälder, Meere und Land-
2246 schaften sollen in öffentlicher Verantwortung so genutzt und geschützt werden,
2247 dass ihre natürliche Regenerationsfähigkeit erhalten bleibt. Eine Übertragung von
2248 Schutzgebieten an Privatpersonen ist diesem Ziel nicht förderlich. Für Umweltor-
2249 ganisationen sowie Bürgerinnen und Bürger streben wir mehr demokratische Pla-
2250 nungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an. Wir setzen uns für natürliche Flussläufe
2251 als Hochwasserschutz ein, aber auch, um die typischen Tier- und Pflanzenarten
2252 und den landschaftsästhetischen Wert der Auenlandschaften zu erhalten.

2253 Der fortschreitenden Versiegelung von Landschaften für wachsende Siedlungs-
2254 und Verkehrsflächen wollen wir durch eine verstärkte Innenentwicklung von Ort-
2255 schaften, reduzierte Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten und den
2256 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs entgegenwirken. Der Wandel in der
2257 Siedlungsstruktur muss mit einer geänderten Preisstruktur korrelieren. Wohnen,
2258 Handel und Gewerbe im Innenbereich ließe sich etwa aus den Einnahmen einer
2259 Versiegelungsabgabe fördern. Gewolltes muss vergünstigt und Unerwünschtes
2260 erschwert werden, ohne dabei ärmere Menschen in ihren Möglichkeiten zu be-
2261 schränken. Innerstädtische Mieten und Grundstückspreise sind nach oben zu be-
2262 grenzen, so dass Siedlungen und Einkaufszentren auf der grünen Wiese an attrak-
2263 tivität verlieren.

2264 Wir setzen uns für den Schutz frei lebender Tierarten ein, aber auch für artgerechte
2265 Haltungsformen in der Landwirtschaft und die Ablösung von Tierversuchen. Wir
2266 fördern eine deutliche Steigerung des ökologischen Landbaus und fordern ein
2267 ökologisches Wirtschaften aller Betriebe. Um dies zu erreichen, wollen wir ökologi-
2268 schen Landbau – ähnlich wie regenerative Energieerzeugung – systematisch preis-
2269 lich bevorzugen, finanziert etwa durch Umlagen bei nicht-ökologischer Erzeugung.
2270 So wird der Kauf von Bio-Lebensmitteln für alle möglich.

2271 Obwohl er mittlerweile Staatsziel ist, sind wir von einem wirksamen Tierschutz weit
2272 entfernt. Wir treten ein für ein bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutz-
2273 verbände. Die Sozialgesetzgebung sollte eine angemessene Tierhaltung ermögli-

2274 chen. Transporte von Tieren, ihre Züchtung und ihre Haltung in Zoos bedarf
2275 strengerer Auflagen und demokratischer Kontrolle. DIE LINKE setzt sich für ein
2276 Tierschutzsiegel auf Lebensmitteln ein. Die Agro-Gentechnik lehnen wir aufgrund
2277 unkalkulierbarer Risiken ab, die Kennzeichnungspflicht ist bis auf die technisch
2278 mögliche Nachweisgrenze zu senken.

2279 **Mobilität für alle – ökologische Verkehrswende**

2280 Befriedigung grundlegender Mobilitätsbedürfnisse muss für alle unabhängig vom
2281 Geldbeutel so umweltfreundlich wie möglich gewährleistet werden. Sie ist ein
2282 wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Ziel ist ein flächende-
2283 ckendes und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Tak-
2284 tung, guten Umstiegsmöglichkeiten sowie sozialverträglichen Tarifen. Einen unent-
2285 geltlichen Nahverkehr sehen wir als Vision, auf die wir langfristig hinwirken wollen.
2286 Der öffentliche Personennah- und fernverkehr muss unter Einbeziehung von Inte-
2287 ressenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und anderen
2288 Betroffenen kooperativ und demokratisch reguliert und betrieben werden.

2289 Die Deutsche Bahn muss einer direkten demokratischen Kontrolle unterliegen.
2290 Privatisierungen öffentlicher Verkehrsunternehmen lehnen wir ab. Langfristiges
2291 Ziel ist ein Schienenverkehrssektor unter ausschließlich öffentlichem Einfluss. Der
2292 Bund hat den Erhalt und den erforderlichen Ausbau der Schienenwege in vollem
2293 Umfang zu sichern und den Ländern dauerhaft ausreichende Mittel für die Ver-
2294 kehrsleistungen und den Infrastrukturausbau im öffentlichen Personennahverkehr
2295 zur Verfügung zu stellen.

2296 Bei der Planung von Verkehrsprojekten müssen Bürgerinnen und Bürger sowie
2297 Interessenvertretungen deutlich eher und stärker von den Planungsbehörden ein-
2298 bezogen und Volksentscheide in einem frühen Stadium ermöglicht werden.

2299 Wir wollen eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung hin zur
2300 umweltgerechten Mobilitätsplanung. Das Rückgrat unseres Mobilitätskonzepts ist
2301 der Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn. Den Anteil der im Um-
2302 weltverbund zurückgelegten Wege wollen wir deutlich steigern und den motorisier-
2303 ten Individualverkehr reduzieren. Wir setzen uns in der Raumplanung für kurze
2304 Wege zwischen den Orten von Wohnen, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine
2305 fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Eine deutliche Steigerung der
2306 Lebensqualität wollen wir durch eine Umwidmung von Verkehrsflächen erreichen:
2307 Naherholung statt Lärm- und Abgasbelastung.

2308 Die Erweiterung des Autobahn- und Straßennetzes lehnen wir ab. Wir sprechen uns
2309 für ein allgemeines Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen aus. Elektroautos

2310 sind keine Lösung für die Probleme, die durch Energie- und Ressourcenverbrauch
2311 sowie verstopfte Straßen und Unfälle entstehen.
2312 Der innerdeutsche Flugverkehr ist weitestgehend und der innereuropäische zu
2313 einem großen Teil auf die Schiene zu verlagern. Erste Schritte dazu sind die Einfüh-
2314 rung einer EU-weit einheitlichen Kerosinsteuer und eine internationale Flugticket-
2315 abgabe. Die Subventionierung von Flughäfen muss beendet werden. Der Güterver-
2316 kehr muss deutlich reduziert werden, wobei die externen Kosten den Transport-
2317 preisen anzulasten sind. Mittel dazu sind eine höhere Mineralölsteuer und eine
2318 verbindliche Lkw-Maut in ganz Europa. Den verbleibenden Güterverkehr wollen wir
2319 so weit wie möglich auf die Schiene und auf eine umweltverträgliche See- und
2320 Binnenschifffahrt verlagern. Mit einer möglichst weltweiten, alternativ europaweit-
2321 en Abgabe auf fossile Kraftstoffe wollen wir ressourcen- und umweltschonende
2322 Antriebe fördern. Durch Kooperation statt Konkurrenz zwischen den Hafenstandor-
2323 ten können wir Güterströme gezielt lenken und vorhandene Kapazität und Infra-
2324 struktur optimal nutzen. Eine modernisierte Binnenschifffahrtsflotte wird zielorien-
2325 tiert eingesetzt, nutzt sinnvolle Innovation und benötigt keinen weiteren Flussaus-
2326 bau.

2327 Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen wesentlich nachhaltiger erfolgen.
2328 Die Belastung und Gesundheitsgefährdung vieler Menschen durch Verkehrslärm
2329 und Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickoxide müssen reduziert werden. An
2330 bestehenden Verkehrswegen und Flugplätzen muss Verkehrslärm durch strenge
2331 Grenzwerte und aktiven Lärmschutz, insbesondere Nachtflugverbote, deutlich
2332 verringert werden.

2333 **Regionale Wirtschaftskreisläufe**

2334 Wir wollen den Übergang zu regionalen, arbeitsplatzschaffenden Wirtschafts- und
2335 Stoffkreisläufen schaffen. Dafür brauchen wir nicht nur selbstverwaltete regionale
2336 Entwicklungsfonds, einen veränderten kommunalen Finanzausgleich sowie eine
2337 Struktur- und Anschubförderung, sondern auch eine dezentrale Energieversorgung
2338 und höhere Transportpreise. Auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvor-
2339 sorge wie Wasser/Abwasser, Abfallentsorgung, Gesundheit und Kultur sind mög-
2340 lichst regional und dezentral zu organisieren. Ebenso ist das Kreislaufwirtschafts-
2341 gesetz in Richtung gesteigerter Wiederverwendung, höherer Recycling-Quoten und
2342 strengerer Anforderungen weiterzuentwickeln. Ziel ist die Verträglichkeit men-
2343 schengemachter mit natürlichen Kreisläufen. Das heißt, der Gebrauch von Rohstof-
2344 fen und chemischen Erzeugnissen ist nur soweit zulässig, wie er natürliche Prozes-
2345 se und Senken nicht überlastet.

2346 **IV.4. Wie wollen wir die Europäische Union grundlegend umgestalten? De-** 2347 **mokratie, Sozialstaatlichkeit, Ökologie und Frieden**

2348 Die Europäische Union beeinflusst das Leben der Bürgerinnen und Bürger in allen
2349 Mitgliedsstaaten unmittelbar und in wachsendem Umfang. Entscheidungen des
2350 Europäischen Parlaments, des von den Staats- und Regierungschefs der Mitglieds-
2351 staaten gebildeten Europäischen Rates, des Rates der Europäischen Union, der
2352 Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofes bestimmen die
2353 Lebensbedingungen, den Alltag der Menschen in der Bundesrepublik substantiell.
2354 Die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen sind von zentraler Bedeutung für die
2355 Sicherung des Friedens, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Lö-
2356 sung der ökologischen Herausforderungen auf dem Kontinent und darüber hinaus.
2357 Linke Politik in Deutschland muss angesichts dessen heute mehr denn je die euro-
2358 päische Dimension mitdenken und für die Gestaltung der europäischen Politik
2359 eigene Vorschläge unterbreiten. Die Europäische Union ist für DIE LINKE eine un-
2360 verzichtbare politische Handlungsebene.

2361 Gemeinsam mit anderen linken Parteien stehen wir für einen grundlegenden Poli-
2362 tikwechsel in der Europäischen Union. Wir wollen eine andere, eine bessere EU.
2363 Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökolo-
2364 gischen und friedlichen Union werden.

2365 Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht geeignet. Wir
2366 haben deshalb den Vertrag von Lissabon abgelehnt. Unsere Kritik richtete und
2367 richtet sich weiterhin vor allem gegen die in diesem Vertragstext enthaltenen Aus-
2368 sagen zur Militarisierung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik, gegen die
2369 Grundausrüstung der EU an den Maßstäben neoliberaler Politik, gegen den Ver-
2370 zicht auf eine Sozialstaatsklausel, gegen die angestrebte Art der verstärkten Zu-
2371 sammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsdienste sowie gegen das weiter beste-
2372 hende Demokratiedefizit in der EU und ihren Institutionen.

2373 Die Eurokrise hat einen weiteren Beleg dafür erbracht, dass die EU-Verträge nicht
2374 für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa taugen,
2375 sondern ganz im Gegenteil zur Verschärfung der Krise beitragen.

2376 Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision
2377 jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch
2378 und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von
2379 den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen
2380 EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können.

2381 Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäi-

2382 schen Union, der die europäische Integration im Interesse der großen Mehrheit der
2383 Menschen auf ein neues Fundament stellt.

2384 Wir wollen eine friedliche Europäische Union, die im Sinne der Charta der Vereinten
2385 Nationen Krieg ächtet, die strukturell nicht angriffsfähig und frei von Massen-
2386 vernichtungswaffen ist, die sowohl auf den Ausbau militärischer Stärke als auch
2387 auf eine weltweite militärische Einsatzfähigkeit und weltweit auf militärische Ein-
2388 sätze verzichtet. Wir setzen auf Abrüstung, zivile Kooperation und die Entwicklung
2389 partnerschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten.

2390 Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut, eine EU, in der
2391 gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesi-
2392 chert sind. Sozialstaatlichkeit muss zu den Werten und Zielen der EU gehören und
2393 höchste Priorität bei der Umsetzung aller EU-Politiken haben. DIE LINKE tritt für die
2394 Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht ein. So wie in der
2395 EU der Wettbewerb kontrolliert wird, müssen auch die Einhaltung von sozialen
2396 Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet werden. Um Steu-
2397 erdumping zu verhindern, fordert DIE LINKE neben einer Vereinheitlichung der
2398 Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern die Festlegung eines EU-weiten
2399 Mindeststeuersatzes für Unternehmensgewinne in angemessener Höhe.

2400 Wir wollen eine Europäische Union, deren Rechtsgrundlagen wirtschaftspolitisch
2401 neutral gestaltet sind und die gegenüber einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung
2402 mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor sowie künftigen Gesellschaftsentwick-
2403 lungen offen sind. Die Wirtschaftspolitik der EU soll sozialen Fortschritt und ökolo-
2404 gischen Strukturwandel befördern. Notwendig sind dafür mehr öffentliche Investi-
2405 tionen und eine Stärkung der Binnenwirtschaft. Der Stabilitäts- und Wachstums-
2406 pakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, sozia-
2407 le Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden, der auch Maßnahmen zur außen-
2408 wirtschaftlichen Stabilität einschließt. Die EU braucht eine europäische Wirt-
2409 schaftspolitik, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges
2410 Wirtschaften orientiert. Die Europäische Zentralbank muss demokratisch kontrol-
2411 liert und ihr Wirken neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und nachhaltige
2412 Entwicklung ausgerichtet werden.

2413 Wir wollen eine Gemeinsame Europäische Agrarpolitik, die konsequent sozial und
2414 ökologisch ausgerichtet ist und stärker die Belange der Entwicklungsländer be-
2415 rücksichtigt. Unternehmen der agrarischen Primärproduktion müssen unabhängig
2416 von Betriebsgröße und Bewirtschaftungsform für soziale und ökologische Leistun-
2417 gen unterstützt werden, um den Einfluss landwirtschaftsfremden Kapitals zurück-
2418 zudrängen.

2419 Wir wollen eine Europäische Union, die sich weltweit dafür einsetzt, dass die Fi-
2420 nanzmärkte einer strikten Kontrolle unterworfen werden, damit sie wieder dem
2421 Allgemeininteresse und nicht länger der Spekulation dienen. Kapitalverkehrskon-
2422 trollen müssen auf europäischer Ebene ermöglicht werden.

2423 Wir wollen eine Europäische Union mit einem starken Europäischen Parlament und
2424 transparenten Entscheidungsprozessen in allen europäischen Institutionen und
2425 mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. In der europäischen
2426 Politik müssen die Menschen- und Grundrechte, die zu den Verfassungstraditionen
2427 in Europa gehören, Vorrang vor den Grundfreiheiten des Binnenmarktes bekom-
2428 men.

2429 Wir wollen eine Europäische Union, in der Frauen und Männer wirklich gleichbe-
2430 rechtigt sind und die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Her-
2431 kunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung,
2432 des Alters oder der sexuellen Identität ausgeschlossen ist. Wir wollen, dass Frauen
2433 endlich die gleichen Möglichkeiten in Beruf und Gesellschaft haben wie Männer.
2434 Dies erfordert gesetzliche Maßnahmen, beispielsweise, um Kinderbetreuung zu
2435 sichern und Lohndiskriminierung zu bekämpfen.

2436 Wir wollen eine solidarische Erweiterung der Europäischen Union, in der alle Fra-
2437 gen – insbesondere die Förder- und Investitionspolitik – so behandelt werden, dass
2438 die Regionen partnerschaftlich kooperieren und die Verbesserung von Arbeits- und
2439 Lebensverhältnissen im Vordergrund steht. Im EU-Haushalt müssen durch Umver-
2440 teilung der Mittel, aber auch durch die Erhöhung der finanziellen Beiträge der Mit-
2441 gliedstaaten entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

2442 Wir wollen eine Europäische Union, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicher-
2443 heit garantiert sind und die Bekämpfung von Kriminalität nicht zu Lasten der
2444 Grund- und Menschenrechte geht. Die EU muss sich zum Prinzip der Gewaltenteil-
2445 ung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär bekennen. Das
2446 Grundrecht auf Asyl ist zu garantieren. Neofaschismus, Fremdenhass, Rassismus,
2447 religiöser Fundamentalismus, Sexismus und Homophobie müssen europaweit
2448 geächtet werden.

2449 Wir wollen eine Europäische Union, die als Teil der einen Welt gleichberechtigte
2450 internationale Beziehungen fördert, eine solidarische Weltwirtschaft anstrebt und
2451 ihrer Verantwortung zur Lösung der globalen Probleme gerecht wird.

2452 Diese Grundsätze werden wir unserer gesamten politischen Arbeit zugrunde legen.

2453 Die Linke in Europa ist gefordert, den Kampf um die Europäische Union aufzuneh-
2454 men. Ein anderes Europa, eine EU, die ihr Gestaltungspotenzial im Interesse von
2455 Millionen Menschen in aller Welt nutzt, ist möglich – wenn es gelingt, die Politik

2456 und Entwicklung der Europäischen Union zu verändern, sie an Frieden und zivilen
2457 Konfliktlösungen zu orientieren, an Demokratie, die Überwindung des Patriarchats,
2458 an sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit und an einer Wirtschaft, die
2459 den Menschen dient. Dieses andere Europa kann entscheidend dazu beitragen,
2460 dass eine andere Welt möglich wird.

2461 DIE LINKE wird dazu beitragen, dass die Kämpfe gegen neoliberale Politik in den
2462 Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten zunehmend auch auf der Ebene der EU
2463 geführt werden. Wir werden unsere europapolitischen Ansätze in Protesten gegen
2464 die Politik der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten ebenso vertreten wie in
2465 den Parlamenten aller Ebenen. Wir wollen die Menschen mit überzeugenden kon-
2466 kreten Projekten gewinnen, ihnen Mut machen, sich wieder politisch zu beteiligen.
2467 So können wir unser politisches Ziel einer demokratischen, sozialen, ökologischen
2468 und friedlichen Neugestaltung der Fundamente der Europäischen Union erreichen.
2469 So verhindern wir, dass Neofaschisten und Rassisten in den EU-Mitgliedstaaten
2470 Unterstützung für ihre menschenverachtenden Ideologien erhalten.

2471 **IV.5. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und ge-** 2472 **meinsame Entwicklung**

2473 Die LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für Gewaltfreiheit ein-
2474 tritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten. Daraus leiten wir
2475 unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen
2476 und militärische Denklagen im Umgang Konflikten ab. Neben der Kritik an Ge-
2477 waltakteuren und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es uns um die Auf-
2478 klärung über tiefere Zusammenhänge von Konfliktursachen. Gemeinsam mit Frie-
2479 densbewegungen und allen friedensorientierten Partnern ringen wir um Wege zu
2480 struktureller Gewaltprävention und für einen zivilen Konfliktaustrag. Unser Leitbild
2481 ist die Idee des gerechten Friedens, der mehr bedeutet als die bloße Abwesenheit
2482 von Gewalt, weil er soziale wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingun-
2483 gen als Voraussetzung für dauerhafte friedliche Entwicklungen erachtet.

2484 DIE LINKE gründet ihre internationalistische Politik auf vier Prinzipien: Frieden
2485 durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtan-
2486 griffsfähigkeit. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung
2487 und Umweltzerstörung. Einsatz für eine demokratische, soziale, ökologische und
2488 friedliche Europäische Union. Reform und Stärkung der UNO.

2489 **Frieden in Solidarität statt terroristische Kriege**

2490 Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO
2491 und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russ-
2492 lands. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der
2493 NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass
2494 Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und
2495 die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird. Wir fordern ein
2496 sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche
2497 Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta.
2498 Um Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu erlangen, ist zunehmend
2499 von "zivilmilitärischer Kooperation" und von Konzepten zur "vernetzten Sicherheit"
2500 die Rede. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maß-
2501 nahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentali-
2502 siert wird.

2503 **Reform und Stärkung der Vereinten Nationen**

2504 Die LINKE erachtet als internationalistische Partei das Völkerrecht und die Verein-
2505 ten Nationen als wichtigste Institution für die friedliche Verständigung zwischen
2506 den Staaten und Gesellschaften der Erde. Den globalen Herausforderungen kann
2507 die Menschheit nur friedlich, im Dialog und multilateral auf der Basis eines sich
2508 konsensual fortentwickelnden rechtlichen Rahmens begegnen. Die Vereinten Nati-
2509 onen müssen auf die Basis ihrer eigenen Charta zurückgebracht werden. Probleme
2510 und Herausforderungen von Armut, Klimawandel, Massenerkrankungen, Unterent-
2511 wicklung, Ernährung, Wasserversorgung, Energiesicherheit, regulierter Globalisie-
2512 rung oder fairen Handels sind Themen für alle und sie können nur im globalen
2513 Miteinander behandelt und einer Lösung näher gebracht werden. Die zentrale
2514 Aufgabe der Vereinten Nationen bleibt die Sicherung des Weltfriedens, d.h. die
2515 Prävention, Streitbeilegung und nachhaltige zivile Konfliktlösung auf der Basis des
2516 Völkerrechts. Hierzu dienen insbesondere die Grundsätze des Gewaltverzichts und
2517 der gleichen Sicherheit, ferner die Regelungen zur friedlichen Konfliktbeilegung in
2518 Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Charta. Dafür bedarf es der über-
2519 fälligen Reform, was größere Rechte der UN, größere ökonomische Rechte, größe-
2520 re Effektivität der UNO-Organisationen und eine bessere Legitimation des UN-
2521 Sicherheitsrates umschließt. Insbesondere fehlt eine stärkere Repräsentanz afri-
2522 kanischer und lateinamerikanischer Staaten. Notwendig ist auch die Verankerung
2523 größerer Rechte der größer gewordenen Generalversammlung. Aber auch Regio-

2524 nalorganisationen wie die OSZE können spezifische Beiträge zur Verwirklichung der
2525 Charta-Ziele leisten.

2526 **Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit**

2527 Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft ist
2528 eine Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, die sich
2529 strikt an das in der UN-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Bezie-
2530 hungen hält. DIE LINKE setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert
2531 ein striktes Verbot von Rüstungsexporten und den Umbau der Streitkräfte auf der
2532 Basis strikter Defensivpotenziale. Die EU und Deutschland müssen auf alle Atom-
2533 waffenoptionen verzichten, und alle in Deutschland stationierten Atomwaffen müs-
2534 sen abgezogen und vollständig vernichtet werden. Alle Massenvernichtungswaffen
2535 sind zu verbieten. Die Europäische Union sollte eine Vorreiterrolle bei der zivilen
2536 Konfliktprävention einnehmen und dafür die notwendigen Kapazitäten schaffen. Ein
2537 militärisch-ziviler Europäischer Auswärtiger Dienst und die Beteiligung an militäri-
2538 schen Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
2539 (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie
2540 an EU-Battle Groups und EU-Interventionsstreitkräften sind daher abzulehnen. DIE
2541 LINKE steht gegen die Militarisierung der EU.

2542 DIE LINKE lehnt den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einzusetzenden
2543 Kriegsführungsarmee ab. DIE LINKE setzt sich für eine schrittweise Abrüstung der
2544 Bundeswehr ein, die kriegsführungsfähigsten Teile sollen zuerst abgerüstet wer-
2545 den. Die Abrüstung ist zu begleiten durch Konversionsprogramme für die Soldatin-
2546 nen und Soldaten und für die Liegenschaften der Bundeswehr. DIE LINKE verfolgt
2547 langfristig das Ziel eines Deutschlands, eines Europas ohne Armeen, einer Welt
2548 ohne Kriege. Das Grundgesetz verbietet die Vorbereitung von und Teilhabe an
2549 Angriffskriegen. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen – diesem
2550 Gebot muss wieder Geltung verschafft werden. Die Bundeswehr muss aus allen
2551 Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz im Inneren ist strikt zu unter-
2552 sagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen
2553 und ermöglichen, sind aufzuheben.

2554 DIE LINKE fordert die Beendigung der Beteiligung von Bundes- und Länderpolizei
2555 an internationalen Polizeieinsätzen, die zur Unterstützung von Kriegen und autori-
2556 tären Regimen dienen. Auch Militärberatungsmissionen müssen beendet werden.
2557 DIE LINKE fordert die Etablierung eines zivilen Katastrophenschutzes mit eigenen
2558 zivilen Kapazitäten unter dem Dach der UNO. Deutschland soll für eine UN-
2559 geführte internationale Katastrophenhilfe ausreichend Kapazitäten vorhalten.

2560 Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Es
2561 darf nicht sein, dass die Infrastruktur in der Bundesrepublik dazu genutzt wird, um
2562 völkerrechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Ver-
2563 schleppung von Gefangenen zu ermöglichen.

2564 **Internationale Zusammenarbeit und Solidarität**

2565 Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die Entwicklungsperspek-
2566 tiven für die ärmeren Länder schafft, globale und soziale, ökologische und demo-
2567 kratische Rechte durchsetzt, statt die Konkurrenz um Anteile an weltweiten Ex-
2568 portmärkten voranzutreiben. Direktinvestitionen und transnationale Konzerne
2569 müssen strengen Regeln und Kontrollen unterworfen werden. Die Einhaltung sozia-
2570 ler und ökologischer Standards muss gewährleistet sein. Internationale Institutio-
2571 nen müssen demokratisiert werden.

2572 Solidarische Entwicklung und Frieden bedingen einander. Öffentliche Entwick-
2573 lungszusammenarbeit muss endlich in Höhe von mindestens 0,7 Prozent des Brut-
2574 toinlandsprodukts geleistet werden, wie es bereits vor Jahrzehnten vereinbart
2575 wurde. Insbesondere jene Länder, die von Unterentwicklung, Staatszerfall und
2576 Bürgerkrieg besonders betroffen sind, müssen gestärkt werden. Dazu können
2577 Maßnahmen wie ein Schuldenerlass, die schnelle Steigerung der Entwicklungshilfe,
2578 die Unterstützung beim Aufbau leistungsfähiger öffentlicher Dienste, insbesondere
2579 in den Bereichen von Bildung, Gesundheit und Daseinsvorsorge, sowie rechtsstaat-
2580 licher demokratischer Strukturen und ein geeigneter Technologietransfer beitra-
2581 gen.

2582 Der sozial-ökologische Umbau des 21. Jahrhunderts wird nur global und solidarisch
2583 gelingen. Allein die Abwendung einer Klimakatastrophe erfordert nach Experten-
2584 schätzungen jährlich rund 100 Milliarden Dollar Unterstützungsleistungen des
2585 Nordens für den Süden – zusätzlich zu der längst überfälligen Bereitstellung von
2586 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder für die Entwicklungshil-
2587 fe. DIE LINKE fordert, dass die Bundesrepublik und die Europäische Union ihren
2588 finanziellen und technischen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Anpassung an
2589 den Klimawandel in den Entwicklungsländern sowie zu dessen Begrenzung ohne
2590 jede Vorbedingungen in der notwendigen Höhe leisten. Umwelttechnologien sollen
2591 Entwicklungsländern unentgeltlich oder zu günstigsten Sonderbedingungen zur
2592 Verfügung gestellt werden. Wir wenden uns strikt gegen jede Verlagerung energie-
2593 und ressourcenaufwendiger Produktion aus dem Norden in den Süden.

2594 Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-Beziehungen sowie regionale Märkte und
2595 die kleinbäuerliche Produktion stärken, die Verarbeitung der Rohstoffe in den Ent-

2596 wicklungsländern fördern, für faire Preise auf den Weltmärkten sorgen, Geschlech-
2597 tergerechtigkeit als entwicklungspolitischen Schwerpunkt begünstigen und die
2598 Bildung von Mädchen und Frauen fördern. Durch die Regulierung der Finanzmärkte
2599 und den Aufbau regionaler Reserven soll die Spekulation mit Nahrungsgütern un-
2600 terbunden werden. Importe von Agrarrohstoffen zur Biospritzeugung müssen
2601 ausgeschlossen werden. Wir sind gegen die Subvention von Exporten in die Ent-
2602 wicklungsländer und treten dafür ein, diese bei der Sicherstellung ihrer Ernäh-
2603 rungssouveränität zu unterstützen. Energiepartnerschaften der EU mit Ländern im
2604 globalen Süden sollten im Interesse eines gemeinsamen Einstiegs in die Energie-
2605 wende gestaltet werden. Vorhaben, die die Überwindung von Armut, Unterentwick-
2606 lung und Umweltzerstörung erschweren, müssen gestoppt werden.

2607 **V. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft**

2608 DIE LINKE hat begonnen, die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik
2609 zu verändern. Sie trägt dazu bei, dass die Kämpfe um höhere Löhne, ein öffentli-
2610 ches Zukunftsinvestitionsprogramm, ein gebührenfreies Studium, soziale Sicher-
2611 heit, eine nachhaltige Energiepolitik und um den Schutz der natürlichen Umwelt,
2612 um Demokratie und Frieden mit neuer Kraft geführt werden. Die Politik kann heute
2613 nicht mehr von einem Kartell der neoliberalen Parteien beherrscht werden.

2614 DIE LINKE steht in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu
2615 Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistischer Politik und Krieg. Sie strei-
2616 tet für eine demokratische und soziale, emanzipatorische und friedliche Gesell-
2617 schaft. Mit der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand und dem Einsatz
2618 für eine grundlegende Umgestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialis-
2619 tischen Gesellschaft. Dabei knüpfen wir an die sozialstaatlichen, rechtsstaatlichen
2620 und demokratischen Errungenschaften sowie ökologischen Regulierungen an, die
2621 in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit bereits
2622 durchgesetzt wurden. Wir wollen sie weiterentwickeln und als Ausgangspunkt für
2623 weitergehende Veränderungen nutzen.

2624 Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der
2625 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestal-
2626 tung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und fried-
2627 liche Politik durchzusetzen. Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigen-
2628 tumsverhältnisse an. Hierfür ist es erforderlich, die Solidarität der Lohnabhängigen
2629 herzustellen, von den Kernbelegschaften bis zu den Erwerbslosen und prekär Be-

2630 schäftigten. Eine wichtige Aufgabe der LINKEN besteht darin, deren gemeinsame
2631 Interessen zu betonen.

2632 Für die Entstehung und Durchsetzung von Klassenmacht sind gewerkschaftliche
2633 und politische Organisationen erforderlich, in denen gemeinsame Interessen for-
2634 muliert und Kämpfe zu ihrer Durchsetzung geführt werden. Es ist Aufgabe der
2635 Partei DIE LINKE, diesen Prozess bewusst und aktiv zu fördern.

2636 **Breite linke Bündnisse**

2637 DIE LINKE versteht sich als lernende Partei. Sie will gemeinsam mit den Bürgerin-
2638 nen und Bürgern Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen von
2639 einer besseren Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten
2640 umsetzen können. Wir wollen durch das bessere Argument – öffentlich, transpa-
2641 rent, kulturvoll und demokratisch – streiten, Konzepte aus der Gesellschaft aufgrei-
2642 fen, eigene entwickeln und breite gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. Ein poli-
2643 tischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene
2644 durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinander-
2645 setzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich. Sozialer
2646 Wandel und politische Veränderung müssen aus der Gesellschaft erwachsen und
2647 von vielen Menschen getragen werden. Wir ringen daher um ein breites gesell-
2648 schaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine
2649 linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen
2650 Umgestaltung der Gesellschaft.

2651 Dieses Bündnis soll sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie bedrohte
2652 Mittelschichten und andere sozial, libertär und humanitär orientierte Milieus an-
2653 sprechen. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig arbeitender, er-
2654 werbsloser und diskriminierter Menschen in Deutschland sowie im europäischen
2655 und internationalen Maßstab und ihren konkreten Problemen aus. Wir wollen ein
2656 Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen
2657 Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und
2658 Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln. Wir unterstützen Zusammen-
2659 schlüsse gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit
2660 und wollen mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, für eine
2661 bessere Bildung, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der
2662 Natur einsetzen.

2663 Für die Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels und einer solidarischen
2664 Umgestaltung brauchen wir starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig
2665 handelnde Gewerkschaften. Sie agieren nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern

2666 sind auch in der Arbeitswelt verankert. Dies verleiht den gewerkschaftlich organi-
2667 sierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die von zentraler Be-
2668 deutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.
2669 Soziale Bewegungen mit ihren beweglich agierenden, kampagnenfähigen Netzwer-
2670 ken und unabhängigen Strukturen haben ebenfalls eine herausragende Bedeutung
2671 für die Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen.

2672 Ausgehend von ihrer Funktion als linke Partei, bringt DIE LINKE ihre eigenen Kom-
2673 petenzen in politische Bündnisse ein und unterstützt sie mit ihren Ressourcen. Als
2674 Partei greifen wir die Anliegen und Aktivitäten unserer politischen Partner auf und
2675 nehmen unsere eigenen Funktionen wahr. Wir bestärken unsere Mitglieder, in
2676 Gewerkschaften, sozialen Organisationen, Initiativen, Projekten und globalisie-
2677 rungskritischen Bewegungen aktiv mitzuwirken.

2678 Wir wollen Menschen ermutigen, sich gegen Politik zur Wehr zu setzen, die ihren
2679 Interessen widerspricht - mit Demonstrationen, Bürgerbegehren und zivilem Unge-
2680 horsam, aber auch mit den Mitteln politischer Streiks und des Generalstreiks.
2681 Letztere gehören, wie andere europäische Länder zeigen, zu den wirksamsten
2682 Kampfformen, um den Herrschenden und dem Kapital Grenzen zu setzen und Ver-
2683 änderungen zu erzwingen.

2684 Wir werden gemeinsam mit anderen linken Kräften an zentralen alternativen Pro-
2685 jekten des Einstiegs in eine andere Richtung gesellschaftlicher Entwicklung arbei-
2686 ten und sie mit Nachdruck vertreten. Solche Projekte erwachsen aus den sozialen
2687 und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart und müssen in öffentlichen
2688 Diskussionen und in Aktionen unterschiedlichster Kräfte entwickelt werden. Die
2689 Verbindung von demokratischem und sozialem Protest, die politische Mitgestal-
2690 tung in der Gegenwart und die Entwicklung von langfristigen Reformalternativen
2691 verstehen wir als strategische Herausforderung.

2692 **Auseinandersetzung mit neoliberaler Ideologie**

2693 DIE LINKE setzt der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen
2694 Entwicklungsweges entgegen. Diese wollen wir mit den Erfahrungen und Konflikten
2695 in den Betrieben, den Kommunen und im Alltagsleben verknüpfen und in der öf-
2696 fentlichen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die Zuspitzung der
2697 wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme verstehen wir vor allem als
2698 Ergebnisse neoliberal geprägter Antworten auf die neuen Herausforderungen unter
2699 dem Einfluss von Kapitalinteressen sowie als Ausdruck von Krisenprozessen und
2700 Widersprüchen, die die kapitalistische Ökonomie hervorbringt. Dabei macht DIE
2701 LINKE den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftli-

2702 cher Perspektive deutlich. Es geht um kritische Auseinandersetzung, Öffentlich-
2703 keitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit, um das Engagement
2704 in Netzwerken und um die Beteiligung an wissenschaftlichen und publizistischen
2705 Diskussionen.

2706 **Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen**

2707 Parlamentarische und außerparlamentarische politische Arbeit sind für DIE LINKE
2708 untrennbar. In Wahlen und politischen Kämpfen vertreten wir unsere alternativen
2709 Reformprojekte und wollen Mehrheiten für ihre Durchsetzung gewinnen. Die par-
2710 lamentarische Arbeit gestalten wir so, dass sie der Zusammenarbeit mit außerpar-
2711 lamentarischen linken Kräften und der öffentlichen Darstellung eigener Reformvor-
2712 schläge und damit letztlich der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhält-
2713 nisse und politischer Mehrheiten dient. Wir bemühen uns um Transparenz politi-
2714 scher Prozesse und wollen Missbrauch politischer Macht aufdecken und verhin-
2715 dern.

2716 Parlamentarische Opposition wie auch das Wirken in Regierungen sind für DIE
2717 LINKE Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung. Der Kampf für
2718 die Verbesserung der Lage von Benachteiligten, die Entwicklung und Durchsetzung
2719 linker Projekte und Reformvorhaben, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und
2720 die Einleitung eines Politikwechsels sind der Maßstab für den Erfolg unseres politi-
2721 schen Handelns. Parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften
2722 gehen wir dann ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel in
2723 Politik und Gesellschaft fördert. Den unterschiedlichen Möglichkeiten politischen
2724 Wirkens auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene tragen wir in
2725 unserer Politik Rechnung. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels
2726 ist dabei die bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die
2727 dafür notwendig sind, hier erfolgen die meisten Weichenstellungen.

2728 Voraussetzung für die Ausstrahlung, den Rückhalt und den Erfolg der LINKEN ist
2729 unsere Glaubwürdigkeit vor und nach den Wahlen. DIE LINKE muss mit ihrem pro-
2730 grammatischen Profil und ihren inhaltlichen Grundpositionen in allen politischen
2731 Konstellationen erkennbar sein. Wir wollen eine andere Politik und kämpfen dabei
2732 um die Hegemonie in der öffentlichen Diskussion. Regierungsbeteiligungen der
2733 LINKEN sind nur sinnvoll, wenn sie eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell
2734 durchsetzen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten. DIE
2735 LINKE strebt dann eine Regierungsbeteiligung an, wenn wir damit eine Verbesse-
2736 rung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen können. So lässt sich die
2737 politische Kraft der LINKEN und der sozialen Bewegungen stärken und das bei

2738 vielen Menschen existierende Gefühl von Ohnmacht und Alternativlosigkeit zu-
2739 rückdrängen. Regierungsbeteiligungen sind konkret unter den jeweiligen Bedin-
2740 gungen zu diskutieren und an diesen politischen Anforderungen zu messen. Die
2741 Entscheidung über Wahlprogramm und Koalitionsvertrag treffen in diesem Sinne
2742 die jeweils zuständigen Parteitage.

2743 An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Aus-
2744 land zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen
2745 der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung
2746 des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen. Im Zent-
2747 rum eines Politikwechsels stehen für uns auf der Bundesebene der Ausbau der
2748 finanziellen Spielräume der Öffentlichen Hand und die Stärkung des Sozialstaates.
2749 Besonders wichtig ist für uns ein gestärkter und handlungsfähiger Öffentlicher
2750 Dienst, die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns, der Kampf gegen Lohn-
2751 dumping und untertarifliche Bezahlung sowie die Überwindung des Hartz IV-
2752 Systems. DIE LINKE verlangt eine Politik, die soziale und kulturelle Bildungsprivile-
2753 gien überwindet und die Lage der ärmeren Bevölkerungsgruppen verbessert. Sie
2754 setzt sich für den Ausbau der demokratischen Rechte ein, wehrt sich gegen den
2755 Überwachungsstaat und weitere Beschneidungen der Bürgerrechte.

2756 Linke Politik muss sich stets, auch und gerade in Regierungen, auf die Gewerk-
2757 schaften und andere soziale Bewegungen und die Mobilisierung außerparlamenta-
2758 rischen Drucks stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinte-
2759 ressen und parlamentarischer Logik zu unterliegen. Wir wollen die Menschen er-
2760 mutigen, selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.

2761 **Europäische und internationale Zusammenarbeit**

2762 Gemeinsam mit der Partei der Europäischen Linken, den Abgeordneten der linken
2763 Fraktion im Europäischen Parlament, Aktivistinnen und Aktivisten politischer und
2764 sozialer Organisationen und gesellschaftlicher Bewegungen werden wir weiter für
2765 ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa kämpfen. Eine
2766 solche Neuausrichtung der EU kann nicht allein aus dem Parlament erzwungen
2767 werden. Ohne die wirksame außerparlamentarische Organisation von Gegenmacht
2768 sind sowohl die Demokratisierung der Institutionen als auch die Demokratisierung
2769 von Wirtschaftsmacht in der EU nicht zu erreichen. Aus diesem Grunde wollen wir
2770 eine europaweite Vernetzung der außerparlamentarischen politischen Netzwerke
2771 und Projekte in allen Sachgebieten nach Kräften fördern.
2772 DIE LINKE wird ihren Beitrag dafür leisten, dass die Partei der Europäischen Linken
2773 als ein wichtiger Faktor im politischen Leben Europas wirken kann. Ebenso wie

2774 unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt zur Vereinigung der Linken und
2775 kann die Kräfteverhältnisse in Richtung eines demokratischen, sozialen, ökologi-
2776 schen und friedlichen Europas verschieben. Wir stehen für die Gleichberechtigung
2777 aller Linken innerhalb unserer europäischen Partei. Wir wollen, dass die Partei der
2778 Europäischen Linken ihre Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellt, ohne beste-
2779 hende Differenzen zu vergessen. Nur wenn wir auf der Grundlage unserer gemein-
2780 samen Vorstellungen und politischen Ansätze zusammenfinden, werden wir stark
2781 sein. DIE LINKE wird sich in diesem Sinne weiter mit eigenen Vorschlägen in die
2782 Arbeit der Partei der Europäischen Linken und in die Gestaltung linker Politik in
2783 Europa einbringen. Dabei sind wir auf der Suche nach Partnern, die mit uns ge-
2784 meinsam für ein anderes Europa streiten wollen. So entstehen Alternativen, die
2785 mehrheitsfähig werden können, die in die gesellschaftlichen Debatten eingreifen
2786 und Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Europäerinnen und Europäer
2787 bewirken können.

2788 Besondere Bedeutung messen wir den Partnerschaftsbeziehungen zu Gliederungen
2789 linker Parteien in anderen europäischen Ländern, insbesondere in den Nachbar-
2790 staaten der Bundesrepublik, bei. DIE LINKE bricht unwiderruflich mit einer euro-
2791 zentristischen Sichtweise. DIE LINKE ist eine internationalistische Partei. Sie steht
2792 für weltweite Bündnisse mit sozialen Bewegungen.

2793 **Ein neuer Politikstil**

2794 DIE LINKE steht für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen
2795 Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung. Sie ist immer nur so stark, wie sie in
2796 der Gesellschaft verankert ist und gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke
2797 Politik in Parlamenten braucht treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerpar-
2798 lamentarische Mobilisierung. Frauen müssen DIE LINKE als Vertreterin ihrer Inte-
2799 ressen erleben und in ihr einen politischen Raum finden, in dem sie ungehindert
2800 durch patriarchale Geschlechterverhältnisse für politische Veränderungen streiten
2801 können. Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker arbeiten eng mit den ehrenamt-
2802 lich für DIE LINKE aktiven Kräften zusammen. Alle Landtags- und Bundestagsabge-
2803 ordnete sind verpflichtet, Angaben über Herkunft und Höhe ihrer Einkünfte zu
2804 veröffentlichen. Kein Parlamentsmitglied darf während der Ausübung des Mandats
2805 auf der Lohnliste eines Unternehmens oder Wirtschaftsverbandes stehen. Unsere
2806 Partei nimmt keine Spenden von Konzernen und Banken entgegen.

2807 Die Potenziale der LINKEN liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesell-
2808 schaftlichen Verankerung und Lebenserfahrung. Politische Beteiligung und Interes-
2809 se entstehen durch selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Handeln und demo-
2810 kratische Mitbestimmung bei der Gestaltung und Entwicklung gesellschaftlicher

2811 Prozesse. Diese Vision wollen wir auch in der eigenen Partei leben. DIE LINKE
2812 entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von gewählten Führungsgremien
2813 und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Pluralismus und Transparenz
2814 sind tragende Säulen unserer Partei. Bei politischen Richtungsentscheidungen
2815 muss DIE LINKE in der Partei und unter Beteiligung ihrer außerparlamentarischen
2816 Basis diskutieren und in bindenden Mitgliederentscheidungen klären, wie sie sich
2817 verhält.

2818 **Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft**

2819 Immer mehr Menschen lehnen den ungehemmten Kapitalismus ab und wollen eine
2820 Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit und der Solida-
2821 rität. Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale und
2822 ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus. Die Alter-
2823 native ist nicht "Freiheit oder Sozialismus", sondern Demokratie und Freiheit in
2824 einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unter-
2825 drückung. Gemeinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere Gesell-
2826 schaft aufbauen.